



**Protokoll der 9. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 16. März 2016, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel

Namensaufruf: 35 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderäte Lukas Hefti, Monika Landert, Kurt Sieber, Herbert Vetter, Mario Weber

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretärin: Heidi Arnold

Traktanden

- 46 Mitteilungen
- 47 Protokoll der Sitzung vom 17. Februar 2016
- 48 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Gesellschaft und Gesundheit
(Nachfolge von Gemeinderat Lukas Hefti, Fraktion SP/GWB/Juso)
- 49 Ersatzwahl eines Mitglieds der Spezialkommission
(Nachfolge von Gemeinderat Lukas Hefti, Fraktion SP/GWB/Juso)
- 50 Ersatzwahl eines Mitglieds der Spezialkommission
(Nachfolge von Gemeinderat Fredi Marty MproF)
- 51 Botschaft Bereinigung der Bilanz der Stadt Frauenfeld betreffend Zuteilung der Liegenschaften
Eintreten, Materielle Beratung, Beschlussfassung
- 52 Botschaft Kommunale Volksinitiative "Die Frauenfelder Wohninitiative" und Reglement über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum als indirekter Gegenvorschlag
Eintreten, Materielle Beratung, Beschlussfassung

53 Botschaft Kredit für die Übernahme der Basisinfrastrukturen der Wärme Frauenfeld AG
Eintreten, Materielle Beratung, Beschlussfassung

- - -

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich heisse Sie herzlich willkommen zur heutigen Gemeinderatssitzung. Erneut weise ich Sie darauf hin, dass das Fotografieren und Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Heute möchte ich Ihnen zwei Sprichwörter mit auf den Sitzungsweg geben. Das erste lautet folgendermassen: „Alles Politisieren, auch bei grössten Staatsmännern, ist Improvisieren auf gut Glück.“ Das zweite: „Politik ist die Kunst des Möglichen.“ Das eine Sprichwort ist von Nietzsche, das andere von Bismarck. Ich wünsche eine gute Sitzung.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass 34 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 13 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18 Stimmen.

Damit das Büro vollständig ist, möchte ich das Wort der Fraktion GLP/Grüne/CH erteilen.

Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass: Ich spreche stellvertretend für den Fraktionspräsidenten, der sich etwas verspätet. Wir schlagen Ihnen als kurzzeitigen Ersatz für das Wahlbüro Anita Bernhard-Ott vor.

Abstimmung

Anita Bernhard-Ott wird einstimmig ins Büro gewählt.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugestellt. Ich stelle somit die Tagesordnung zur Diskussion. – Da niemand das Wort wünscht, ist diese stillschweigend genehmigt. Wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

46

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:

1. Am 18. Februar 2016 wurde die einfache Anfrage von Gemeinderat Christoph Tschanen „Standortförderung Stadtentwicklung“ im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet.

2. Wie auch eine weitere einfache Anfrage von Gemeinderat Kurt Sieber mit dem Titel „Historisches Museum im Schloss Frauenfeld“.
3. Eine weitere einfache Anfrage „Budgetplanung des Stadtrats“ von Gemeinderat Fredi Marty.
4. Mit Stadtratsbeschluss Nr. 45 wurde die Antwort auf die einfache Anfrage von Gemeinderat Andreas Elliker bezüglich „Personal im allfälligen Agro Food Innovation Park“ ebenfalls im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet.
5. Am 23. Februar haben uns die Kreuzlinger Kollegen das Datum des nächsten Parlamentariertreffens mitgeteilt. Es wird am Freitag, den 19. August ab 15.30 Uhr stattfinden. Ich bitte Sie, sich diesen Termin zu reservieren.
6. Mit Stadtratsbeschluss Nr. 73 vom 8. März 2016 ist uns der Rücktritt von Gemeinderat Jürg Senn per 31 Juli 2016 bekannt geworden.
7. An Ihren Plätzen liegt die Broschüre „Frauenfeld verbindet“ auf. Ebenfalls ein lachsfarbenes Papier „Antrag auf Nachtrag zur Botschaft Nr. 9“ wie auch das Reglement über die Förderung für preisgünstigen Wohnraum der GPK-Fassung vom 23. Februar 2016.
8. Es wurde eine einfache Anfrage von Gemeinderat Andreas Elliker eingereicht mit dem Titel „Naturschutzkommission der Stadt Frauenfeld“.
9. Ebenso eine einfache Anfrage von Gemeinderätin Christa Zahnd mit dem Titel „Stadtkaserne Frauenfeld“.
10. Es freut mich sehr, dass so viele Gemeinderatskolleginnen und –kollegen am Gemeinderatsausflug vom 7. April teilnehmen können. Damit wir für die Fahrt nach Basel genügend Zeit haben, starten wir bereits um 07.30 Uhr statt wie vorgesehen um 8 Uhr auf dem Marktplatz in Frauenfeld. Ich freue mich auf diesen Tag mit Ihnen.

47

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 17. FEBRUAR 2016

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Das Protokoll der 8. Sitzung des Gemeinderats wurde am 26. Februar 2016 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Datum sind keine Änderungen und Ergänzungen gewünscht worden. Gibt es weitere Bemerkungen zum Protokoll aus dem Rat? – Auch das ist nicht der Fall. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Anregungen. Das Protokoll ist somit genehmigt. Herzlichen Dank der Ratssekretärin Heidi Arnold und den daran Beteiligten.

48

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK GESELLSCHAFT UND GESUNDHEIT

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Es geht um die Nachfolge von Gemeinderat Lukas Hefti, Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO. Die Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO hat das Vorschlagsrecht für eine Nachfolge in dieser Kommission.

Gemeinderat Pascal Frey, Fraktionspräsident SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Wir schlagen Ihnen Barbara Dätwyler als Nachfolge für Lukas Hefti in der GPK vor. Barbara Dätwyler wird die Nachfolge von Lukas Hefti im Rat per 1. April 2016 antreten. Sie sitzt übrigens auch hier für diejenigen, die sich das Gesicht ansehen wollen.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Vorgeschlagen ist Barbara Dätwyler-Weber. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das ist nicht der Fall. Ich schlage Ihnen vor, gemäss Art. 56 Abs. 3 des Geschäftsreglements die Wahl vorliegend offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist auch der Fall.

Abstimmung

Barbara Dätwyler-Weber wird einstimmig gewählt.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Somit ist Frau Barbara Dätwyler-Weber als neues Mitglied der GPK Gesellschaft und Gesundheit gewählt. Ich gratuliere Ihnen herzlich.

49

ERSATZWAHL EINES MITGLIEDS DER SPEZIALKOMMISSION

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Es geht wiederum um die Nachfolge von Gemeinderat Lukas Hefti der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO. Die Fraktion hat wiederum das Vorschlagsrecht.

Gemeinderat Pascal Frey, Präsident der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Für die Spezialkommission schlagen wir Monika Landert vor. Sie kommt Anfang April zurück aus ihrem Sabbatical.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Vorgeschlagen ist unsere Kollegin, Frau Gemeinderätin Monika Landert. Gibt es weitere Vorschläge aus den Fraktionen? – Auch das ist nicht der Fall. Ich schlage erneut die offene Abstimmung vor. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist auch der Fall.

Abstimmung

Monika Landert wird einstimmig gewählt.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Gemeinderätin Monika Landert ist einstimmig als neues Mitglied der Spezialkommission gewählt worden. Auch Ihnen herzliche Gratulation.

50

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS FÜR DIE SPEZIALKOMMISSION

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Es geht um die Nachfolge von Gemeinderat Fredi Marty, Menschen für Frauenfeld. Die Fraktion CH/Grüne/GLP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger in diese Kommission.

Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass, Präsident der Fraktion CH/Grüne/GLP: Die Fraktion CH/Grüne/GLP schlägt Ihnen zur Nachfolge Kollege Robin Kurzbein vor.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Besten Dank. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das ist nicht der Fall. Auch diese Wahl wird offen durchgeführt. Sind Sie damit einverstanden? – Dann wählen wir.

Abstimmung

Gemeinderat Robin Kurzbein wird bei Enthaltung des Gewählten einstimmig gewählt.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Alles Gute. Herzliche Gratulation.

51

BOTSCHAFT BEREINIGUNG DER BILANZ DER STADT FRAUENFELD BETREFFEND ZUTEILUNG DER LIEGENSCHAFTEN

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Die Botschaft Nr. 9. Des Stadtrats vom 12. Januar 2016 wurde am 19. Januar 2016 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Zudem steht uns das Protokoll der GPK Finanzen und Administration der 4. Sitzung vom 23. Februar 2016 zur Verfügung.

Soeben beehrt uns Heinrich Christ mit seiner Anwesenheit. Willkommen. Anwesend sind 35 Gemeinderäte, das absolute Mehr bleibt 18.

Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte, danach die materielle Beratung, sodann werden wir über die Anträge auf Seite 6 abstimmen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Das scheint der Fall.

Eintreten

Gemeinderat Christoph Regli, Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die Zuteilung der Liegenschaften in das Verwaltungs- und Finanzvermögen wurde letztmals 2008 vorgenommen. Im Rahmen der Bilanzierung neu mit HRM2 wurde eine erneute Überprüfung jeder einzelnen Parzelle vorgenommen. Dabei hat man den in der Botschaft aufgezeigten Korrekturbedarf festgestellt. Es ist unklar, wieso sich diese Fehler seit 2008 eingeschlichen haben, wir müssen hier weder Schuldige noch Wege für eine allfällige Fehlerquote suchen, zu gering ist das Problem eigentlich. Wir müssen einfach für die Richtigstellung besorgt sein. Parzellen, die zur Erledigung von Aufgaben der Stadt verwendet werden, gehören einfach ins Verwaltungsvermögen und die anderen ins Finanzvermögen. Und wenn die Geschäfte einen Betrag von mehr als 300'000 Franken ausmachen, geschieht dies über unseren Rat und das vollziehen wir nun. In diesem Zusammenhang sei auch verdankt, dass neben den in der Botschaft erwähnten Parzellen weitere drei erkannt wurden, davon ist die Parzelle 1637 aufgrund des Betrags ebenfalls im Gemeinderat zu behandeln, weshalb der zusätzliche Antrag auf dem lachsfarbenen Papier vorliegt. Ich denke, auch über den werden wir am Schluss abstimmen. Über diesen Punkt haben wir auch am längsten diskutiert, nämlich ob hier nicht von Anfang an schon eine korrekte Zuteilung möglich gewesen wäre. Wir liessen uns aber davon überzeugen, dass das Vorgehen richtig war, da zum Zeitpunkt des Kaufs zwar der Zweck klar war, aber noch kein Projekt vorlag. Wir haben schlussendlich den Anträgen 1 bis 4 in der Botschaft und dem Antrag auf dem lachsfarbenen Papier in ungewohnter Einstimmigkeit zugestimmt. Ich hoffe und gehe davon aus, dass Sie, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, dies auch tun werden. Deshalb habe ich ausnahmsweise das Materielle und das Eintreten miteinander verbunden.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Da es keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat gibt, ist Eintreten unbestritten.

Materielle Beratung

Gemeinderat Marcel Rutz, Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Ich werde mich kürzer fassen als notiert. Die Fraktion SVP/EDU stimmt den Anträgen in der Botschaft Nr. 9 zu, sowie auch dem nachträglichen Antrag auf dem lachsfarbenen Papier zur Überführung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen. Wir hätten aber noch eine Frage. Wäre es nicht möglich gewesen, diese Überführung im Zug der Umstellung auf HRM2 im Dezember vorzubereiten und dann abzuschliessen?

Gemeinderatsvizepräsidentin Ursula DUEWELL, Referentin im Namen der Fraktion FDP: Auch ich mache es kurz. Die Fraktion FDP stimmt der Übertragung der genannten Liegenschaften vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen einstimmig zu.

Gemeinderätin Susanne Dreyer, Referentin im Namen der Fraktion CVP/EVP: Diese Bereinigung der Bilanz war in unserer Fraktion unumstritten. Worüber wir etwas erstaunt waren, war, dass es solche Fehler gab und woher diese stammen. Sie sind ja nicht eine Folge der Umstellung auf HRM2. Nach Würdigung aller Informationen aus der Botschaft und des GPK-Protokolls hat die Fraktion CVP/EVP einstimmig Folgendes beschlossen: Das Vorliegen der Fehler und die daraus abgeleiteten Korrekturvorschläge sind für uns erklärbar und sinnvoll. Somit werden wir die Anträge 1 bis 4 auf Seite 6 der Botschaft sowie den Antrag für die Spielplatzparzelle auf dem lachsfarbenen Papier unterstützen.

Gemeinderat Pascal Frey, Referent im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Wir können nicht genau sagen, ob es bereits um den Frühlingsputz geht, aber wir finden diese Massnahme gut und unterstützen deshalb die Anträge.

Stadtpräsident Anders Stokholm: Ich bin gespannt, ob das Mikrofon überhaupt richtig tönt. Hier oben hört man Sie leider sehr schlecht, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Ich bitte Sie, angesichts der langen Traktandenliste ein bisschen langsamer zu sprechen. Ich habe zum Beispiel Sie, Frau Dreyer, nicht ganz verstanden. Aber ich habe mitbekommen, dass die Frage sich vor allem darum dreht, weshalb man nicht früher, bereits im Dezember, wie Marcel Rutz das gesagt hat, diese Bereinigung vorgenommen hat. Es ist so, dass im Zusammenhang mit der Umstellung auf HRM2 das Finanzamt der Stadt arbeitsmässig sehr stark belastet ist und wir sukzessive diese Pendenzen, die in diesem Zusammenhang anfallen, abarbeiten. Deshalb kommen die einen oder anderen Sachen nicht gleichzeitig daher. Ich bitte Sie um Verständnis dafür, dass wir es dann bringen, wenn wir im Finanzamt etwas abgearbeitet haben. Deshalb sind diese Sachen nicht früher gekommen. Aber sie wären natürlich sinnvollerweise auch früher gekommen, wenn man es dann gemerkt hätte.

Abstimmung

- | | |
|------------------------------|---|
| Antrag 1: | Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. |
| Antrag 2: | Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. |
| Antrag 3: | Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. |
| Antrag 4: | Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. |
| Antrag lachsfarbenes Papier: | Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. |

52

BOTSCHAFT KOMMUNALE VOLKSINITIATIVE "DIE FRAUENFELDER WOHNINITIATIVE" UND REGLEMENT ÜBER DIE FÖRDERUNG VON PREISGÜNSTIGEM WOHNRAUM ALS INDIREKTER GEGENVORSCHLAG

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Es steht uns die Botschaft Nr. 10 des Stadtrats vom 26. Januar 2016 zur Verfügung, ebenfalls das Protokoll der GPK Finanzen und Administration vom 23. Februar 2016. Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte, gefolgt von der materiellen Beratung, danach werde ich das Reglement für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum des Stadtrats mit Änderung der GPK auf dem lachsfarbenen Papier artikelweise mit Ihnen durchgehen. Allfällige Anträge zu den einzelnen Artikeln können Sie dann anbringen und wir werden direkt über diese abstimmen. Ich bitte Sie jeweils, mir diese Anträge schriftlich abzugeben. Zu guter Letzt werden wir über die Anträge auf Seite 26 der Botschaft abstimmen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein und wir kommen zum Eintreten.

Eintreten

Gemeinderats-Vizepräsidentin Ursula Duewell, Referentin im Namen der GPK Finanzen und Administration: An der GPK-Sitzung vom 23. Februar 2016 liessen wir uns unter der Leitung von Vizepräsident Christoph Regli und Vertretern des Initiativkomitees über die Frauenfelder Wohninitiative und von den Vertretern der Stadt über das Reglement über die Förderung für preisgünstigen Wohnraum als indirekten Gegenvorschlag informieren. Die Gültigkeit der Frauenfelder Wohninitiative war unbestritten. Es war schnell klar, dass die Stossrichtung der Initiative allgemein unterstützt wird, aber vor allem der Fonds mit jährlichen Einnahmen von 500'000 Franken keine Unterstützung findet. Deshalb haben wir entschieden, nur den direkten Gegenvorschlag in der Kommission zu beraten. Ein Vorteil des indirekten Gegenvorschlags ist auch, dass das Begehren nicht auf Verfassungsebene abgehandelt wird. Der Vertreter der Initiative sicherte uns zu, dass im Fall einer Annahme des indirekten Gegenvorschlags die Initianten die Frauenfelder Wohninitiative zurückziehen werden.

Die uns zur Verfügung stehenden Unterlagen waren ausführlich und informativ. Sie bestätigen auch die Abklärungen des Initiativkomitees. Wir bedanken uns beim Stadtpräsidenten und bei den Mitarbeitenden Heinz Egli, Ralph Limoncelli und Reto Angern für die saubere und fundierte Arbeit.

Diskussionen gab es bei der Einschätzung des Frauenfelder Wohnungsmarkts. Es gab die Meinung, dass es im Vergleich zur übrigen Schweiz genügend günstigen Wohnraum gibt und kein Handlungsbedarf bestehe und dass es durch eine Unterstützung durch die Stadt zu Fehleranreizen komme. Obwohl die Wohnungsmieten in Frauenfeld unter dem schweizerischen Durchschnitt liegen, war die Mehrheit der Meinung, dass es zu wenig preisgünstige und qualitativ gute Wohnungen gibt. Der Bedarf ist vor allem bei jungen Familien und älteren Personen gegeben. Die Wohnungen, die in den letzten Jahren gebaut wurden oder sich im Bau befinden, sind in einem höheren Preissegment. Die GPK Finanzen und Administration ist für Eintreten, was in diesem Fall keine Entscheidung ist, da obligatorisch.

Gemeinderat Peter Wildberger, Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale: Während das Preisniveau für Altwohnungen auch gegenüber unseren Nachbarstädten Wil und Winterthur noch moderat ist, sind die Mieten für Neubauwohnungen in letzter Zeit stark gestiegen, angetrieben von der Agglomeration Zürich und dem Flächenwachstum pro Zimmer. Der Markt orientiert sich Richtung kaufkräftige Single- und Paarhaushalte. Das sind die Rosinen im Wohnungsmarkt und die werden vom freien Markt gern gepickt. Diese Zeichen der Zeit haben die Initianten auf CH-Kreisen erkannt. Es ist wichtig, auch für wenig Betuchte und Familien bezahlbaren Wohnraum zu erhalten, neu zu schaffen und wenn nötig zu fördern. Es braucht Platz für alle in unserer Stadt. Das Thema stiess beim Unterschriftensammeln bei der Bevölkerung auf ein grosses Echo und wir hätten an sich gern darüber eine Volksabstimmung durchgeführt. Wir freuen uns aber auch, dass der Stadtrat das Thema aufnahm, gründlich untersuchen liess und uns nun einen pragmatischen Gegenvorschlag präsentiert, der die Hauptanliegen der Initiative aufnimmt mit folgenden zwei Hauptunterschieden: Die Initiative sieht eine klare Aussage in unserer Gemeindeverfassung, also der Gemeindeordnung vor, während der Gegenvorschlag eine pragmatischere Regelung in einem Reglement enthält. Und die Initiative löst die Finanzierung mit einem jährlich zu speisenden Fonds, während der Gegenvorschlag bestehende Finanzierungsgefässe benutzt, was pragmatischer aber weniger transparent erscheint. Fazit: Der Gegenvorschlag ist praktikabel, pragmatisch, etwas weniger deutlich, aber in die gleiche Richtung zielend wie die Initiative. Wir freuen uns, dass aus der Idee der Initianten und dem Anliegen der Bevölkerung nun eine breit abgestützte politische Forderung wurde. Gern bieten wir Hand zu dieser Lösung und unterstützen den Gegenvorschlag. Die Fraktion CH/Grüne/GLP

ist einstimmig für Eintreten und in der weiteren Debatte werden sich einzelne Fraktionsmitglieder nochmals zu Wort melden.

Gemeinderat Thomas Gemperle, Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Weniger Gesetze, weniger Regulierungen, mehr Unternehmertum, weniger unnötige Gesetze, das sind alles Versprechen, die sonst in Wahlzeiten Hochkonjunktur haben. Wir haben heute wieder einmal die Möglichkeit, diese Aussagen einem Praxischeck zu unterziehen. Wollen wir mehr Staat und weniger Freiheit? Wollen wir der Stadt eine neue Aufgabe übertragen mit all den Konsequenzen? Um das geht es heute Abend. Der Stadtrat hat im Juli 2014 diese Frage noch verneint. Die Preisentwicklung sei nicht alarmierend. Ich frage daher den Stadtrat: Was hat sich seit Juli 2014 wirklich verändert, dass die Beurteilung des Wohnungsmarkts jetzt so unterschiedlich vorgenommen wurde? Die Initianten reden von einer kritischen Situation auf dem Wohnungsmarkt. Ich kann auch bei der Begutachtung dieser Studien und Zahlen keine Anzeichen sehen. Meine Vermutung geht in diese Richtung, dass der Stadtrat befürchtet, dass die extreme Initiative schlussendlich noch eine Mehrheit vor dem Volk erhalten könnte. Ich finde, Angst ist ein schlechter Ratgeber und Angst vor dem Volk ist noch schlimmer. Darum plädieren wir dafür, dass diese Initiative dem Volk vorgelegt und der Gegenvorschlag abgelehnt wird. Dies aus folgenden Gründen, die ich näher ausführen möchte:

1. Es ist ein Markteingriff ohne Notwendigkeit. Wie schon erwähnt, was gibt es für Gründe, dass man jetzt in einen funktionierenden Markt eingreift? Es fehlen die Fakten, es fehlen die Zahlen. Sehr oft wird von der Leerwohnungsquote gesprochen, die besonders tief sei, aber auch hier, wenn man mit anderen Städten in der Ostschweiz vergleicht, bewegt sich Frauenfeld im Mittelfeld und fällt nicht wahnsinnig ab. Zudem ist dieser Zahl nicht mehr die gleiche Bedeutung zuzumessen wie früher. Wir haben heute einen relativ transparenten Mietermarkt. Das bedeutet, dass wenn eine Wohnung mit vielleicht einer dreimonatigen Kündigungsfrist gekündigt wird, wird diese Wohnung ausgeschrieben und der Vermieter kümmert sich und bemüht sich auch überregional darum, dass diese Wohnung wieder besetzt wird. Frauenfeld ist ja, das wissen wir alle, nicht sehr unattraktiv, dass es schwierig wäre, eine solche Wohnung wieder zu vermieten. Eine weitere Zahl, die oft genannt wird, ist die Quote der Einfamilienhäuser. Auch hier, es wurde schon erwähnt, es sind diverse Projekte, was neue Wohnungen anbelangt, im Köcher. Ich sehe hier keine Probleme, zumal Frauenfeld immer noch in einem Wachstum begriffen ist. Wir haben immer noch eine Wachstumsphase, und da ist es ganz natürlich, dass das Angebot der Nachfrage ein wenig hinterherhinkt. Die Auswirkungen eines Markteingriffs bieten klar Fehlanreize, das wurde bereits genannt. Beispielsweise dass Personen, die in Genuss einer solchen Wohnung kommen, je nachdem, wenn sie eine gewisse Schwelle überschreiten, den Anreiz haben, weniger zu verdienen oder weniger zu leisten. Es gibt beispielsweise Probleme, wer überhaupt von solchen Wohnungen profitiert. Wie findet die Verteilung dieser harten Güter statt? Das sind alles Probleme, die wir uns einhandeln, wenn wir einen solchen Markteingriff vornehmen.
2. Wir sind kritisch gegenüber einem noch schnelleren Wachstum. Es ist ja ein wenig widersinnig. Da gibt es Leute, die proklamieren eine beinahe unbegrenzte Zuwanderung und wundern sich dann, dass die Preise steigen. Die Lösung, einfach das Angebot zu erhöhen, ist meiner Meinung nach nicht nachhaltig, da auch bei uns der Boden beschränkt und begrenzt ist. Wollen wir das Wachstum weiter fördern und anheizen, und das gerade in dieser Zielgruppe? Ich bin der Meinung, das ist eine schlechte Idee. Und da wären wir beim dritten Punkt.

3. Die Zielgruppe, wer genau von diesem Eingriff profitieren soll, ist viel zu unklar definiert. Wenn Sie das Reglement des Gegenvorschlags betrachten, sagt das nicht genau aus, wer davon profitieren soll. Sind es Sozialhilfebezüger? Das ist eine Vermutung oder eine Befürchtung, die durchaus real ist, da auch Sozialhilfebezüger teilweise aus psychischen Problemen einen gewissen Standard an Wohnungen zugesprochen erhalten. Da sind wir ein zusätzliches Magnet für diese Gruppe. Wer bekommt nun diese Wohnungen? Was ist fair? Es ist klar, ein solcher Eingriff fördert Unzufriedenheit. Jemand wird immer benachteiligt oder unfair behandelt. Es gibt Grenzfälle, es gibt Härtefälle, die bereits auch im Reglement, zwar sehr undefiniert, aber doch abgehandelt werden sollen.
4. Der vierte Punkt sind die Kosten, die ein grosses Fragezeichen sind. Ich frage den Stadtrat: Was sind jährlich die Kosten für die Umsetzung dieses Reglements? Das ist eine zusätzliche Aufgabe, die wir der Stadt übertragen. Es gibt Kontrollen, die gemäss Reglement durchgeführt werden müssen, es gibt Verhandlungen, die getätigt werden müssen. Es gibt sogar jährlich einen obligatorischen Bericht, der verfasst werden muss. Wir sind uns nicht im Klaren, was das für Kosten verursacht. Bevor wir einem solchen Reglement zustimmen, bin ich der Meinung, müssen wir alle wissen, was das für Kostenfolgen hat. Auf diese Frage erhoffe ich mir auch noch eine Antwort.

Zusammenfassend kann gesagt werden, es gibt aus meiner Sicht wirklich keinen Grund, in diesen Markt einzugreifen, auch die soziale Durchmischung ist in Frauenfeld völlig in Ordnung. Es wird keine einzige Wohnung günstiger durch diesen Eingriff, es kommen einzig noch mehr Leute nach Frauenfeld und wir heizen dieses Wachstum an. Die SVP/EDU-Fraktion lehnt den Gegenvorschlag ab und ist der Meinung, dass diese Initiative dem Volk ohne Gegenvorschlag vorgelegt werden müsste.

Um noch Montesquieu zu zitieren, er hat den berühmten Satz gesagt: „Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.“ Ich bin der Meinung, wir sollten uns daran halten. Nichtsdestotrotz wir sind einstimmig für Eintreten, aber für Ablehnung des Gegenvorschlags.

Stadtpräsident Anders Stokholm: Wenn wir die Wohninitiative zu beurteilen haben, haben wir drei Fragen zu beurteilen. Wir haben die Gültigkeit, die Anliegen der Initiative und die Massnahmen zu prüfen. Das sind die Aufgaben, die sich der Stadtrat gestellt hat. Er hat bezüglich der Gültigkeit festgestellt, dass diese gegeben ist und er hat sich dann hinter die Analyse des Anliegens gemacht und im Unterschied zum Juli 2014 hierzu einen ausführlichen, fundierten Bericht angefordert und diesen auch der Kommission und Ihnen weitergegeben. Diesen Bericht kann man lesen, wie man will, offenbar lesen wir, also der Stadtrat, ihn anders als andere, wir sehen in diesem Bericht klar belegt, dass es eine Knappheit gibt, eine Knappheit, die wir als solche feststellen, weshalb diese Initiative auch innert kürzester Zeit die notwendigen Unterschriften zusammengebracht hat, für junge Familien und für Ältere, um auch das Zielpublikum anzusprechen. Wir haben auch deshalb im Rahmen der Erarbeitung der Legislatur Schwerpunkte einen entsprechenden Legislaturschwerpunkt, besser gesagt ein Leitziel gesetzt, nämlich das Leitziel 4.1 Wohnraum: „In Frauenfeld steht ausreichend qualitativ guter und auch bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung. Die Stadt trifft im Rahmen ihrer Möglichkeiten Massnahmen, damit die verschiedenen Bevölkerungsgruppen bedarfsgerechten und erschwinglichen Wohnraum finden.“ Insofern sind wir zum Ergebnis gekommen, dass das Anliegen berechtigt ist und wir haben uns dann hinter die Prüfung und die Beurteilung der Massnahmen gemacht und haben auch aufgrund des Berichts gesehen, dass die Massnahme mit dem grössten Hebel diejenige der Kostenmiete ist. Etwas, was man vor allem bei gemeinnützigen Wohnbauträgern findet. Wo wir die Wirkung als zu wenig ausreichend und angesichts der knappen Finanzen der Stadt als nicht

erstrebenswert sehen, ist der Fonds. Ein Fonds, sind wir der Meinung, ist nicht notwendig. Der grösste Hebel ist wie gesagt die Kostenmiete. Auch wollen wir keine generelle Vergünstigung im Reglement festgeschrieben haben. Was wir aber im Unterschied zur Initiative noch hinzugefügt haben, ist die Überprüfung der städtischen Wohnungen im Hinblick auf die Möglichkeit, dort mittels Kostenmiete auch einen Beitrag zu leisten. Das ist also in einem Bereich, in dem wir als Stadt bereits im Markt tätig sind. Der Markt ist deshalb allerdings bisher nicht gestorben und hat darunter, so wie ich das beurteilen kann, auch nicht massgeblich gelitten. Wir haben deshalb aufgrund dieser Einschätzung das vorliegende Reglement als direkten Gegenvorschlag erarbeitet und wir denken, dass dieses Reglement, dieser Vorschlag, eine sinnvolle, mit Augenmass betriebene Lösung des angesprochenen Problems ist und darstellt.

Ich möchte noch auf die Fragen und die Bemerkungen von Gemeinderat Gemperle eingehen. Was die Notwendigkeit betrifft, so lesen wir eben die Seiten 14 und 15 des Berichts offenbar etwas anders als Gemeinderat Thomas Gemperle. Wenn dort steht, dass aufgrund des Drucks auf dem Markt die Situation sich in der nächsten Zeit verschärfen wird, dann sehen wir hier einen gewissen Handlungsbedarf gegeben.

Ich denke nicht, dass wir hier von einem Markteingriff reden. Es werden gegenwärtig 400 Wohnungen gebaut. Wir reden da von den städtischen Wohnungen, das sind 100, und wir reden von gemeinnützigen Wohnbauträgern, vielleicht sind das eins, zwei, drei im Lauf der nächsten fünf bis zehn Jahre, die hier tätig werden. Die werden vielleicht 240 Wohnungen bauen, also irgendwo in der Grössenordnung von jeweils 80 Wohnungen. Jetzt werden innerhalb von zwei Jahren 400 Wohnungen aufgestellt. Ich glaube nicht, dass wir hier zu einer Verfälschung des Markts beitragen.

Was die Kosten betrifft, so können diese Aufwendungen, die mit dem Reglement als Arbeit auf die Verwaltung zukommen, mit den bestehenden Ressourcen abgefangen werden. Es entstehen also rein aus dieser Bearbeitung mit der Umsetzung des Reglements keine Kosten. Natürlich im Rahmen des Landkreditkontos und wenn wir Vergünstigungen gewähren, dann werden dort Kosten anfallen, diese zu beziffern wäre jetzt allerdings verfrüht. So gesehen danke ich Ihnen dafür, dass Sie eintreten. Alles Weitere folgt später.

Materielle Beratung

Gemeinderatsvizepräsidentin Ursula Duewell, Referentin der GPK Finanzen und Administration: Bei der materiellen Beratung befasste sich die GPK nur mit dem indirekten Gegenvorschlag, da die Wohninitiative wie bereits erwähnt zu wenig Unterstützung fand. Unsere Änderungsvorschläge sind auf dem lachsfarbenen Papier nachzulesen, welches Ihnen vorliegt und im Extranet am 26. Februar 2016 aufgeschaltet wurde.

Was sind die Ziele des indirekten Gegenvorschlags? Die Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem und qualitativ gutem Wohnraum, die Erhöhung der Anzahl von beispielsweise Genossenschaftswohnungen, die zu Kostenmiete abgegeben werden. Ein Ziel ist auch eine soziale Durchmischung in den Quartieren im Interesse von Familien, Jung und Alt.

Wie will man das erreichen. Durch Erwerb und Abgabe von geeigneten Grundstücken im Eigentum oder Baurecht, bevorzugterweise im Eigentum und durch die Gewährung von Darlehen. Die Abgabe von Land kann unter dem Verkehrswert erfolgen. Über die Landvergünstigung muss

gemäss Finanzkompetenz der Organe entschieden werden. Das Landkreditkonto wird vermehrt zu diesem Zweck eingesetzt. Landabgaben über das Landkreditkonto erfolgen gemäss Reglement über die Bodenpolitik. Der Stadtrat veröffentlicht eine Liste der Grundstücke, die für solche Wohnüberbauungen geeignet sind. Die Stadt stellt Konditionen. Zum Beispiel werden Mietwohnungen erstellt, für die nur sogenannte Kostenmieten verlangt werden dürfen. Auch Belegungsvorschriften müssen regelmässig überprüft werden. Ein weiterer Punkt ist die Vermietung von städtischen Wohnungen. Der Stadtrat publiziert eine Liste der stadteigenen Wohnungen, die sich für Wohnförderung eignen. Die auf dieser Liste aufgeführten Wohnungen werden im Grundsatz der Kostenmiete vermietet. Der Stadtrat regelt auch die Vergabekriterien und Belegungsvorschriften. Die Schlussbestimmungen halten fest, dass der Stadtrat einmal pro Legislatur dem Gemeinderat einen Rechenschaftsbericht vorlegen muss. Die Abstimmungsergebnisse der GPK Finanzen und Administration waren wie folgt: Die kommunale Volksinitiative, die Frauenfelder Wohninitiative wurde mit 6 zu 0 Stimmen als gültig erklärt. Die kommunale Volksinitiative, die Frauenfelder Wohninitiative, wurde mit 4 Nein und 2 Ja abgelehnt, damit wird die Initiative zur Ablehnung empfohlen. Dem Reglement über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum, dem indirekten Gegenvorschlag des Stadtrats, wurde mit 5 Ja und 1 Nein zugestimmt. Die Initianten der Frauenfelder Wohninitiative werden bei einer Annahme des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum die Volksinitiative zurückziehen. Der angekündigte Änderungsvorschlag der CVP/EVP-Fraktion wird bei Annahme durch den Rat von den Initianten akzeptiert.

Gemeinderat Peter Hausammann, Referent im eigenen Namen sowie im Namen des Initiativkomitees: CH verfolgt die Wohnsituation in Frauenfeld schon seit einer Weile. 2014 hat man das vertieft analysiert und einen Handlungsbedarf festgestellt. Der trockene Wohnungsmarkt wird nicht nur subjektiv wahrgenommen. Frauenfeld hat einen sehr tiefen Leerwohnungsbestand. Verschiedene Untersuchungen und Medien sprechen vom tiefsten in der ganzen Ostschweiz. Man hat sich dann überlegt, welche Massnahmen sinnvoll sind. Wir haben uns für konkrete, wirksame und möglichst einfache Massnahmen entschieden. In einer intensiven Phase haben wir die Initiative ausgearbeitet und Unterschriften gesammelt. Das Resultat lässt sich sehen. Sie wissen, die Initiative wurde mit einem Sammelrekord eingereicht. Danach hat der Stadtrat seinerseits den Wohnungsmarkt und die Initiative analysiert. Das wurde sehr sauber und fundiert gemacht. Ich möchte danken und anerkennen und das hier auch öffentlich festgehalten habe. Die Grundlagen, die der Stadtrat erarbeiten liess, sind klar und ich verstehe nicht ganz, wie man daraus lesen kann, dass wir keine Probleme mit bezahlbaren Wohnungen in Frauenfeld haben sollen. Die Ergebnisse der Analyse haben im Wesentlichen die Anträge des Initiativkomitees bestätigt. Bei der Stossrichtung waren wir gleicher Meinung, bei den Massnahmen eigentlich auch. Bei einem uns wichtigen Punkt, dem Wohnbaufonds, ist der Stadtrat anderer Meinung als das Initiativkomitee. Darum ist er auch im Gegenvorschlag nicht drin. Die Verhandlungen des Stadtrats mit dem Initiativkomitee sind sehr gut und sehr speditiv verlaufen. Der Stadtschreiber hat einen ambitionierten Zeitplan ausgearbeitet, welcher eingehalten werden konnte. Die Finanzierung über einen Wohnbaufonds wäre aus Sicht des Komitees klar und sauber und vor allem für alle tragbar. 5 Mio. Franken in zehn Jahren bei einem Eigenkapital von 90 Mio. Franken für die Stadt, respektive 115 Mio. Franken gesamt, beziehungsweise bei 0,6 Prozent vom Umsatz der Stadt während zehn Jahren beziehungsweise 0,3 Prozent des Umsatzes inklusive Werke und AZP würde die finanzielle Situation in der Stadt vertragen. Uns ist aber bewusst, dass die Auffassungen in dieser Angelegenheit auseinandergehen. Es handelt sich wohl um ein Akzeptanzproblem, weil man, aus unserer Sicht unbegründet, Angst vor dem Tabu Steuerfusserhöhung hat. Wie bereits in den Medien und in der Botschaft angekündigt, hat das Initiativkomitee versprochen, die Initiative zugunsten des vorliegenden Reglements zurückzuziehen, wenn dieses so durchkommt, auch wenn dann ein Herzstück fehlt. Natürlich finden wir die Initi-

ative nach wie vor super und Sie gestatten mir an dieser Stelle einen kleinen Werbespot. Die Frauenfelder Wohninitiative ist ein klassisches Beispiel für Chruppfä und Hirnä. Wir haben dafür intensiv gehirnt und hart gekrampft. Auf der anderen Seite müssen wir ja auch auf die Bürgerinnen und Bürger, die die Initiative unterschrieben haben, Rücksicht nehmen. Aber wir sind der Auffassung, dass mit diesem Reglement zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum eine akzeptable, eine gute Lösung für eine sehr gute Sache, eine Kompromisslösung vorliegt. Und CH ist schon immer mit dem Anspruch angetreten, sachliche und pragmatische Politik zu machen. Wir sind nicht der Meinung, dass die Menschheit nur dann glücklich wird, wenn wir jeweils mit unserer Maximalforderung durchdringen. Damit noch die zwei Punkte, welche die SVP-Fraktion angesprochen hat:

Der Wohnungsmarkt funktioniere ja schon noch. Der Wohnungsmarkt funktioniert nicht. Es geht da ja um Wohnungen und wir haben eindeutig zu wenig bezahlbare Wohnungen. Wir haben eine zu grosse Anfrage, die nicht befriedigt werden kann, weil der Boden eben knapp ist. Das ist nicht dasselbe wie ein Markt in der Unterhaltungselektronik oder Autos und solche Sachen. Mieter sind gezwungen, hohe, mangels Alternative zu hohe Angebotsmieten zu akzeptieren. Oder sollen sie in die Höhle gehen oder zelten? Und die Aussage, man müsse das Wohnen dem Markt überlassen, ist bei einer solchen Ausgangslage, in der heutigen Zeit, zynisch. Das ist nicht von mir, ich habe mehrere solche Reaktionen bekommen seinerzeit während der Unterschriftensammlung und das waren nicht Leute aus dem rot-grünen Lager.

Damit zur Aufgabe des Staats: Warum um Gottes Willen soll ausgerechnet Wohnbaupolitik nicht auch Aufgabe des Staats sein? Ich verweise da auf Artikel 108 der Bundesverfassung. Ich möchte Ihnen doch auch ein Zitat des Bundesamts für Wohnungspolitik zu denken geben: „Wohnen stellt ein Grundbedürfnis dar. Die Schweiz gehört traditionell zu den Ländern mit einer sehr guten Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum. Diese ist grundsätzlich Sache der Privatwirtschaft. Marktunterstützend sorgen der Bund, Kantone und Gemeinden dafür, dass guter und erschwinglicher Wohnraum auch in Zukunft für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung steht.“ Es geht im Wesentlichen darum, dass die Stadt mit einer vernünftigen Wohnpolitik Wohnbauträgern ermöglicht, Wohnungen zu Kostenmiete anzubieten. Um das und nichts anderes. Diese Bodenpolitik, liebe SVP, macht die Stadt seit Jahrzehnten, seit Jahrzehnten. Bisher allerdings vor allem für die Industrie, für das Gewerbe und für die Einfamilienhausbesitzer. Das ist auch in Ordnung so. Früher, relativ viel früher, muss man mittlerweile sagen, hat es die Stadt auch für Mieter gemacht. Ich erinnere an den Kauf der Hochhäuser und einmal auch durch ein Baurechtsmodell, das ist dasjenige beim Reutenen, das ist aber auch schon bald 20 Jahre her. Wenn es um diese Sachen geht, da habe ich nie irgendeinen Einspruch von euch gehört. Nie. Also bitte aufhören mit diesen Argumenten.

Gemeinderat Christian Wälchli, Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Unsere Fraktion hat sich mit dem Thema ausführlich auseinandergesetzt. Zum einen lehnen wir die Initiative ab und unterstützen zum anderen aber die Schaffung und Erhaltung von preisgünstigem Wohnraum in Frauenfeld. Den vom Stadtrat vorgelegten indirekten Gegenvorschlag heissen wir im Grossen und Ganzen gut. Wir unterstützen klar das neue Reglement und somit den indirekten Gegenvorschlag. Allerdings wird unsere Fraktion klarheits- und ergänzungshalber zu Art. 4 Abs. 1 lit b und Art. 7 einen Änderungsantrag stellen. Den drei Anträgen in der stadträtlichen Botschaft stimmen wir als CVP/EVP-Fraktion einstimmig zu.

Gemeinderat Pascal Frey, Referent im Namen der Fraktion SP/Grüne/JUSO: Die Initiative behandelt ein Thema, das auch uns wichtig ist. Sie kennen sicher unseren Leitspruch „für alle statt für wenige“. Aus diesem Grund stehen wir hinter der Idee und können diese klar unter-

stützen. Frauenfeld ist genossenschaftliches Brachland. Dies kann als Entscheidungsgrundlage herausgelesen werden. Wir sind froh, dass dies auch vom Stadtrat anerkannt wird und wer weiss, vielleicht wird bei der nächsten Überarbeitung des Zonenplans eine Zone für Einfamilienhäuser, wovon es in Frauenfeld ja überdurchschnittlich viele gibt, in eine normale Wohnzone umgewandelt. Dies würde bei einer Verdichtung nach innen helfen, die nötig ist. Der grösste Unterschied zwischen der Initiative und dem Reglement ist der Fonds. Unserer Meinung nach wäre ein Fonds verpflichtender, da das Geld in diesem wenn möglich verteilt werden sollte. Somit ist der Druck höher, Projekte zu fördern, als wenn man es einfach in einem Reglement niedergeschrieben hat. Ausserdem bringt ein solcher Fonds zusätzliche Anreize für Interessenten. In unserer Fraktion haben die 5 Mio. Franken, die ja zweckgebunden in den nächsten zehn Jahren ausgegeben werden sollen, auch zu reden gegeben. Wir sind aber der Meinung, dass dieses Geld grundsätzlich gut investiert wäre, auch wenn der Grundsatz der Kostenmiete eine grössere Ersparnis bringt. Es ist doch noch einmal die Hälfte dessen, was durch die Kostenmiete eingespart werden kann. Und je nach Familienbudget ist dies entscheidend. Ausserdem ist die Ausgabe klar definiert, ebenso der Zweck. Wir können also davon ausgehen, dass die drei Franken im Monat, welche diese Ausgabe den Steuerzahler kostet, der im Monat 10'000 Franken verdient, gut investiert ist. Wir können mit beiden Lösungen leben. Wichtig ist, dass etwas getan wird und dies wurde offensichtlich erkannt.

Gemeinderat Jürg Senn: Bei jedem Anstieg der Wohnungsmieten fordern linke Parteien und Mieterorganisationen ein Eingreifen des Staats. Staatliche Eingriffe in den Wohnungsbau und die Mietpreise lösen das Problem jedoch nicht nachhaltig. Sie bringen mittel- bis langfristig keine tieferen, sondern sogar höhere Mieten, da sie Investitionen in den Wohnungsbau verhindern. Auch führt die Vergabe von Land an Wohnbaugenossenschaften oft neue Probleme mit sich. Wenn man das knappe Gut unter dem Marktpreis verteilt, sind die logischen Folgen Begünstigung und Filz. Und schliesslich gibt es nichts Gemeineres als gemeinnützigen Wohnungsbau. Gegen die Regeln der Marktwirtschaft erhalten ein paar wenige Vergünstigung für Wohnraum, worauf für alle anderen wegen dieser Marktverzerrung die Mieten ansteigen. Auch das Argument der sozialen Durchmischung zieht nicht, denn diese ist bei Genossenschaftswohnungen sogar geringer als bei Wohnungen auf dem freien Markt. Zum Beispiel ist das Quartier Friesenberg im Zürcher Kreis 3 nicht nur der Stadtteil mit dem höchsten Anteil an Genossenschaftswohnungen, sondern auch das Quartier mit dem geringsten Ausländeranteil.

Gemeinderat Alex Blumer, Referent im Namen der Fraktion FDP: Der Gültigkeitserklärung der kommunalen Volksinitiative Frauenfelder Wohninitiative stimmen wir einstimmig zu. Die Initiative hingegen lehnen wir unter Berücksichtigung des Gegenvorschlags einstimmig ab. Intensiv haben wir uns also mit dem indirekten Gegenvorschlag und dem Reglement auseinandergesetzt. Frauenfeld ist schubweise gewachsen, hat aber den Bevölkerungszuwachs bis jetzt sehr gut gemeistert. Eine gesunde Bevölkerungsdurchmischung ist aus Sicht der FDP klar erstrebenswert. Auch dass Wohnungen aus Kostenmiete unter Berücksichtigung von Kriterien wie Einkommen, Vermögen, Personenzahl usw. abgegeben werden sollen, können wir nachvollziehen. Hingegen erachten wir es auch als gegeben, dass in Frauenfeld genügend diversifizierter Wohnraum vorhanden ist und weiterhin erstellt wird. Zu beachten ist auch, dass die aktuellen Mietpreise in Frauenfeld unter dem Schweizer Durchschnitt liegen und somit auch hier kein expliziter Handlungsbedarf besteht. Wir stellen uns daher die Frage, ob ein Eingreifen in den Wohnungsmarkt durch die Stadt sinnvoll ist. Auch besteht die Gefahr, dass mit dieser Wohninitiative nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung profitieren kann. Aus diesen Gründen ist die FDP-Fraktion knapp gegen den direkten Gegenvorschlag.

Gemeinderätin Sandra Kern, Referentin im eigenen Namen und als Mitinitiantin der Wohninitiative: Vor einigen Jahren habe ich ein sehr persönliches Votum darüber gehalten, wieso ich als Jugendliche Frauenfeld, unserem Kaff, doch nicht den Rücken zugekehrt, sondern den Rückweg nach Frauenfeld gefunden und diese Stadt zu lieben gelernt habe. Nun setze ich mich seitdem dafür ein, dass diese Stadt lebenswert bleibt – in der Kulturlandschaft, der Politik, lange Jahre in der Jugendarbeit und so gut es geht durch meine Lebensweise und im gesellschaftlichen Rahmen. Ich möchte hier bleiben. Ich habe unterdessen eine kleine Familie und fühle mich in Frauenfeld sehr wohl. So geht es vielen Einwohnern und alteingesessenen Frauenfeldern. Doch leider können viele davon aus finanziellen Gründen oftmals diese Entscheidungen nicht mehr beeinflussen. Genau meine Situation macht es ja so schwierig. Die Familie wächst, der Raumbedarf auch, doch das Budget schrumpft. Sollten wir doch irgendwo aufs Land ziehen? Die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt beobachte ich seit Jahren mit Besorgnis. Nicht nur die allgemein stetig ansteigenden Mietpreise und der Leerwohnungsbestand, zu welchem wir nun genügend Zahlen und Fakten gehört und gelesen haben, sondern auch die Entwicklung bei den Neubauten. Darum will ich in meinem Votum auf letztgenannten Punkt eingehen und erläutern, welcher weitere Aspekt meine Motivation, hier etwas zu unternehmen, mitbeeinflusst hat.

Es sind in den letzten Jahren viele neue Wohneinheiten mitten in der Stadt errichtet worden. Doch alles nur Wohnungen in einem Segment, welches für einen Normalbürger nicht erschwinglich ist. Luxuswohnungen überall, wo man hinschaut. Ich habe gesehen, viereinhalb Zimmer für 4'000 Franken. Wer soll das wohl bezahlen? Ich habe lange hingeschaut und mir je nach Art der Entwicklung im Wohnungsmarkt auch den gesellschaftlichen und demografischen Wandel begonnen auszumalen. Solche Wohnungen in einem solchen Preissegment und an einer solchen Lage ziehen doch etwas überspitzt ausgedrückt nur Zuzüger aus den westlichen grossen Städten an, für welche das immer noch Schnäppchen sind. Diese Neuzuzüger kommen aber leider nicht wegen unserer Stadt an sich, sondern weil sie an einer Wohnlage in der Nähe der Grossstadt interessiert sind. Sie wollen gern eine Wohnung mieten in der Stadt, damit sie nah an den Zugverbindungen und den nötigen Einkaufsmöglichkeiten für den Haushalt sind. Die Arbeit und ihr gesellschaftliches Leben aber findet weiterhin im Westen statt. Sie wollen hier einfach ihre Ruhe, ein Interesse an unserer Stadt und an einem gemeinsamen Leben haben sie aber nicht. Im Gegenteil. Sie empören sich über zu laute Gartenbeizen, unnötige Outdoor-Veranstaltungen, Geschwätz der Teenys auf der Parkbank und so weiter. Sie verhindern gesellige Anlässe oder kulturelles Wirken. Wichtig ist Substanz für unser gemeinsames Leben und Begegnen in Frauenfeld. Kurzum: Frauenfeld wird nach und nach zu einer Schlafstadt, zu einer Agglomeration der Grossen im Westen. Wollen wir das? Ich hoffe, alle hier drin werden dies verneinen. Darum ist es irgendwann einfach an der Zeit, für die Stadt, die wir alle wollen, den Hebel anzusetzen und in den leider nicht sehr gerechten Markt einzugreifen. Wir können nicht so lange zuschauen, bis alles zu spät ist, sondern müssen jetzt handeln. Die Stadt reguliert den Markt durch Bodenpreise und Landvergabe schon immer, hauptsächlich zugunsten des Gewerbes und somit des Arbeitsmarkts, was auch gut und recht ist. Doch wurden auch Einfamilienhäuser quersubventioniert, was in meinen Augen weniger verständlich ist. Warum soll sie also nicht auch etwas für den Wohnungsmarkt und somit für ein lebenswertes Frauenfeld machen? Es geht mir also nicht nur um die Wohnsituation per se, sondern auch um die Frage, was wir für ein Frauenfeld haben und wer wir sein wollen. Wollen wir ein eigenes Zentrum, eine eigenständige Stadt bleiben oder immer mehr die reichen Westler anziehen und unseren normalen Mittelstand, übrigens die Zielgruppe, zu der gehöre auch ich, aus der Stadt vertreiben? Und was können wir dafür tun, was beeinflussen, um unsere Stadt zu erhalten und in unsere gewünschte Richtung zu lenken? Wie gesagt waren diese Vorstellungen vielleicht etwas überspitzt dargestellt. Doch diese Entwicklung findet nicht nur in meinem Kopf statt, sondern hat sich bereits an mehreren Orten in Frauenfeld bewahrheitet. Darum habe ich mir lange überlegt, wo man denn

ansetzen kann. Was gibt es für Regulationsmöglichkeiten? Wie kann man verhindern, dass nicht nur die geldgeilen Investoren zum Zug kommen, sondern eben auch mal Genossenschaftler, welche eine faire Miete verlangen? Und auch eine Ergänzung zu Herrn Gemperle: Es geht nicht darum, das Angebot zu erweitern und immer mehr Zuzieher anzuziehen, genau das will ich auch nicht. Ich liebe unsere Stadt und diese Grösse. Sondern es geht darum, eben auch anderen überhaupt die Chance zu geben, an Land zu kommen, und das haben die Genossenschaftler in Frauenfeld momentan nicht. Wir haben bei CH daher mehrfach über diese Thematik gesprochen. Schlussendlich wurden an einem Parteitag vor einigen Jahren noch einmal eingehend die Möglichkeiten behandelt und somit der Weg geebnet für die Wohninitiative.

Wir haben nun eine sehr gute Variante gefunden, an einem kleinen Ort anzusetzen, um Frauenfeld zumindest in diesem Punkt wieder etwas in eine gesunde Richtung zu steuern. Dieses Anliegen wird auch, wie wir alle gesehen haben, von der Bevölkerung mehr als gutgeheissen. Das Thema brennt den Leuten unter den Nägeln. Es freut uns daher auch sehr, dass sich auf einmal, wie im Wahljahr herauskam, viele Parteien das Thema Wohnen auch auf die Agenda geschrieben haben und nun auch der Stadtrat sich eingehend mit dem Thema auseinandergesetzt, die Problematik ernstgenommen und nun eine für uns akzeptable Lösung präsentiert hat. Wir könnten die Initiative auch allein weiterführen, und ich bin zuversichtlich, wir hätten Erfolg damit. Jedoch ist es in unseren Augen zielführender, wenn wir nun eine Lösung haben, hinter der wir alle oder zumindest ein grosser Teil stehen werden, sodass wir diese Thematik mit mehr Kräften angehen können. Darum zähle ich auch auf eure wohlwollende Zustimmung zum Gegenvorschlag.

Gemeinderat Christoph Regli, vorerst im eigenen Namen: Wer in Zürich den Lohn verdient, findet den Vergleich der Mietzinsen dieser beiden Städte richtig. Anders sehen es Bewohner, die mit einem Frauenfelder Lohn auskommen müssen. Und diese gibt es noch. Zum Glück, denke ich.

Namens der CVP/EVP-Fraktion stelle ich nun zum indirekten Gegenvorschlag zur Frauenfelder Wohninitiative einen Änderungsantrag zur Ergänzung des Reglements. In den Art. 4 Abs. 1 lit b sowie Art. 7 des Reglements beantragen wir bei der Kostenmiete eine Ergänzung zur Verdeutlichung durch die Erwähnung der Rückstellungen für Erneuerungen. Die Stelle lautet dann: „Dazu gehören die Anlagekosten, Kapitalverzinsung, Abschreibungen, Rückstellungen für Erneuerungen und Betriebskosten.“ In den Fraktionsdiskussionen sind wir darauf gestossen, dass man eigentlich einfach davon ausgegangen ist, dass selbstverständlich auch bei der Kostenmiete für zukünftige Sanierungen und Renovationen zur Werterhaltung des Mietobjekts gewisse Rückstellungen gemacht werden müssen. Diese sind bei den Abschreibungen enthalten, haben wir gedacht. Von solchen werterhaltenden Investitionen profitiert letztlich auch wieder der Mieter. Diese Rückstellungen für Erneuerungen sind allein durch Abschreibungen aber nicht unbedingt gedeckt. Wir haben uns auch bei „Faire Mieten, lebendige Stadt“ schlaugemacht und gesehen, dass auch dort die erwähnten Rückstellungen als Teil der Betriebskosten explizit erwähnt sind. Damit das auch in Frauenfeld klar sein wird, bitten wir Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Wir werden, wie ich eingangs erwähnt habe, beim Artikel direkt abstimmen.

Gemeinderat Michael Lerch, Referent im eigenen Namen: Im Gegensatz zur knappen Mehrheit der FDP-Fraktion schätze ich die Situation etwas anders ein. Ich nehme in Anspruch, dass ich als Grundbuchverwalter von Frauenfeld etwas beurteilen kann, dass die Situation bei den Mietzinsen noch nicht dramatisch ist, Fakt ist aber, dass die Situation sich laufend ver-

schärft. Die Neubauten, es wurde bereits erwähnt, sind für viele Personen, insbesondere Familien, kaum mehr erschwinglich, zumindest nicht für normal verdienende Personen. Somit werden diese Einwohnerinnen und Einwohner gezwungen, wenn sie eine neue Wohnung wollen, mehr Platz benötigen, von Frauenfeld wegzuziehen oder in eine Bruchbude zu zügeln, was vielleicht auch nicht unbedingt das Ziel ist. Das darf aus meiner Sicht nicht sein. Folge von den Wegzügen wäre einerseits, dass Urfrauenfelderinnen und Urfrauenfelder ihre geliebte Stadt verlassen müssen, weitere Folge wären weitere Zupendler nach Frauenfeld, mehr Verkehrsaufkommen. Ob das erstrebenswert ist, ist auch die Frage. Der Gegenvorschlag wiegt meiner Meinung nach das wachsende Problem auf eine massvolle Art auf. Ich habe persönlich keine Lust, dass aus Frauenfeld ein Küsnacht am Zürichsee wird oder ein St. Moritz. Orte also, wo sich Normalsterbliche kein Eigentum mehr leisten können und wahrscheinlich auch keine Mieten mehr leisten können. Was mir an der Initiative nicht gepasst hat, fiel beim Gegenvorschlag raus, die finanzielle Unterstützung mit dem Fonds. Meiner Meinung nach soll die Lösung des Wohnbauproblems durch Eigeninitiative mit leichter Unterstützung durch die Stadt aufgenommen werden. Ich erinnere ans Jahr 1963, das ist also einige Jahre her, ich war noch nicht auf der Welt, aber damals fanden auch einige Frauenfelderinnen und Frauenfelder, so kann das nicht weitergehen, und da wurde aus bürgerlichen Kreisen die Genossenschaft Alterssiedlung Frauenfeld gegründet. Die Stadt fand das Anliegen gut und unterstützte es punktuell, aber grundsätzlich lief diese Genossenschaft eigenständig. Ich denke auch erfolgreich. Es gibt die Wohnbaugenossenschaft Sonnmatt in Frauenfeld, die aus meiner Sicht ebenfalls erfolgreich unterwegs ist. Und da müsste zusätzliche Initiative auf den Tisch, damit dem genossenschaftlichen Wohnen wieder etwas Schwung verliehen wird. Mit dem Gegenvorschlag werden sinnvolle Rahmenbedingungen gesetzt und mit Eigeninitiative können diese dann zum Erfolg gebracht werden. Ich bitte Sie daher, dem Gegenvorschlag Zustimmung zu erteilen und die Initiative abzulehnen.

Gemeinderat Peter Wildberger, Referent im eigenen Namen: Eigentlich ist die Diskussion jetzt etwas durcheinandergelassen. Ich habe ein Votum zum Reglement. Christoph Regli hat bereits einen Antrag gestellt und ich habe da einen anderen Antrag vorbereitet. Dieser zweite Satz, den Christoph Regli angesprochen hat, und zwar in Art. 4. Ziff. 1 und in Art. 7, ist nicht sehr glücklich herausgekommen. Das Problem der Berechnung des Mietpreises ist etwas komplex und der Antrag der CVP befriedigt mich überhaupt nicht. Zum Problem der Amortisation bzw. Rückstellung für Erneuerungen: Ein Haus in guter Qualität verliert seinen Wert auch nach 50 Jahren nicht, wenn es unterhalten und erneuert wird. Ich konnte vor wenigen Jahren eine gut 30 Jahre alte Wohnung zu einem höheren Preis verkaufen, als ich beim Ankauf bezahlt hatte. In diesem Fall war eine Amortisation also überhaupt nicht nötig. Andererseits ist es auch möglich, dass ein Haus schlechter Qualität einmal abgerissen wird, dann sollte es natürlich abgeschrieben sein. Ich schlage deshalb vor, dass die Hausbesitzerin wählen kann, entweder angemessene Rückstellungen für Erneuerungen oder Abschreibungen gemäss gesetzter Lebensdauer. Allenfalls eine Kombination davon, aber nicht beides voll kumulativ. Das wäre dann gegenüber den Mietern nicht fair. Zusätzlich beantrage ich, das Wort Anlagekosten aus dem Satz herauszunehmen. Diese werden den Mietern ja gar nicht direkt belastet, sondern indirekt über die Verzinsung, Rückstellungen für Erneuerungen oder Amortisation. Dagegen würde ich Verwaltungskosten noch erwähnen. Mein Antrag für diesen zweiten Satz lautet deshalb: „Dazu gehören die Kapitalverzinsung, die Betriebs- und Verwaltungskosten sowie Rückstellungen für Erneuerungen oder Abschreibungen.“ *(Korrektur gemäss Gemeinderatsprotokoll vom 18. Mai 2016)*

Gemeinderat Marcel Epper: Ich wollte zuerst eigentlich nichts zu diesem Thema sagen, aber jetzt hat mich doch der Hafer gestochen. Sie wissen vielleicht, ich bin Präsident der Wohnbaugenossenschaft Sonnmatt in Frauenfeld, ich präsidiere diese seit weit über 20 Jahren. Die Genossenschaft Sonnmatt wurde in den 30er-Jahren gegründet, also etwa 1937, entstanden aus

der KVP, heute CVP. Also unsere Partei hat sich bereits deutlich länger mit diesem Thema beschäftigt als die CH, aber dies sei hier nur am Rand erwähnt. Hier geht es um Folgendes: Zum Ersten kann ich Ihnen einfach aus meiner Erfahrung als Geschäftsführer und Präsident der Wohnbaugenossenschaft sagen, dass wir seit Jahren, sicher seit fünf, sechs, sieben Jahren keinen einzigen Franken mehr für Inserate ausgeben. Warum? Ganz einfach: Wenn wir eine Wohnung ausschreiben oder eine Wohnung frei wird, dann überrennen uns Interessenten, um diese Wohnung mieten zu können, weil wir als nicht gewinnorientierte Wohnbaugenossenschaft eben in einem Preissegment sind, das eben nicht im mittleren oder oberen Segment ist, sondern die eben eher im unteren Segment ist. Dies ist für mich schon ein deutlicher Indikator, dass in diesem Bereich des genossenschaftlichen Wohnens ein Bedarf besteht.

Zum Zweiten, und auch hier muss ich ein Stück weit den Vorrednern widersprechen, die Stadt Frauenfeld hat auch schon früher das genossenschaftliche Wohnen zumindest indirekt unterstützt. Ich erinnere daran, dass gerade wir eine Siedlung in der Bannhalde haben, dieses Land gehörte vormals auch der Stadt Frauenfeld und wir konnten damals dieses Land von der Stadt erwerben und hatten dadurch überhaupt erst die Möglichkeit, diese genossenschaftliche Siedlung dort zu erstellen. Was ist das Problem einer Wohnbaugenossenschaft in Frauenfeld? Wir bekommen kein Land, um uns entwickeln zu können oder um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Das ist das Hauptproblem, das wir hier in Frauenfeld haben. Ich denke, der indirekte Gegenvorschlag hat ja den Schwerpunkt, dass eben hier die Möglichkeit geschaffen wird gegenüber der Konkurrenz, die deutlich höhere Preise bezahlen könnte, zu einem vernünftigen Preis zu Land zu kommen, um genossenschaftliches Wohnen zu ermöglichen. Ich bin aber gleichzeitig ein entschiedener Gegner dieses Fonds, der im Initiativtext vorgesehen ist. Ich glaube, ein solcher Fonds ist der völlig falsche Anreiz. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, auch aus meiner Erfahrung und aus Gesprächen mit anderen Genossenschaftlern, dass eine Genossenschaft, um nachhaltig existieren zu können, aus eigener Kraft finanziell aufgestellt sein muss. In dem Moment, wo sie zusätzlich finanzielle Hilfeleistungen bekommen, sind sie eben nicht mehr gezwungen, haushälterisch mit ihren finanziellen Möglichkeiten umzugehen. Gerade das Beispiel des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes des Bundes ist typisch hierfür, das ist ein Beispiel mit total völlig falschen Anreizen. Ich bin froh, wenn ich mit der letzten Siedlung jetzt auch aus dem Gängelband des Bundes wieder herauskomme, weil da falsche Anreize gestellt werden. Wichtig ist, Land zu bekommen für eine Genossenschaft in Frauenfeld zu einem vernünftigen Preis gegen starke Konkurrenz, aber es ist falsch, zusätzliche finanzielle Anreize zu schaffen.

Noch eine letzte Bemerkung: Wenn man sich mit Mietrecht beschäftigt und mit Mietzinsgestaltung beschäftigt, muss man schon aufpassen, dass man die Begriffe nicht durcheinanderbringt. Amortisation und Abschreibung ist nicht das Gleiche. Und Abschreibung ist nicht das Gleiche wie Rückstellung für Erneuerungen. Es muss auch einer Genossenschaft möglich sein, aus dem Gewinn heraus einen angemessenen Anteil in Rückstellungen ableiten zu können, um für die Erneuerung des genossenschaftlichen Wohnens Geld zur Verfügung zu haben, ohne dafür jedes Mal Fremdkapital aufnehmen zu müssen. Das Problem bei den Abschreibungen ist, wir sind ja hier bei der Rechnungslegung auch auf Abschreibungen angewiesen, die auch steuerrechtlich von Bedeutung sind. Wir haben eine solche Siedlung und wir können dort praktisch nicht mehr abschreiben. Das heisst, wir hätten auch kein Geld, das wir für Rückstellungen auf die Seite legen könnten. Darum ist es umso wichtiger, dass man in einer Genossenschaft eben einen Rückstellungsfonds hat, den man für Erneuerungen, Unterhalt etc. verwenden kann. Ich bitte Sie daher, einerseits dem indirekten Gegenvorschlag zuzustimmen und die Initiative aufgrund des Fonds, der dort drin ist, abzulehnen, und im Übrigen dem Antrag der CVP/EVP-Fraktion bezüglich der Ergänzung mit der Rückstellung für Erneuerungen zuzustimmen. Den Antrag von Peter Wildberger lehne ich ab, weil er für mich nicht durchdacht ist.

Gemeinderat Peter Hausammann: Nur ganz kurz zum Abänderungsantrag der CVP/EVP/Fraktion: Wir sind in der Fraktion hier nicht gleicher Meinung. Aus meiner Sicht, der Sicht von CH und des Initiativkomitees ist dieser Antrag zur Definition der Kostenmiete eine sinnvolle Klarstellung, der wir zustimmen können. Kollege Epper hat es ja am Schluss seines Votums noch einmal erklärt. Genau so ist es und die Wohnbaugenossenschaften sind darauf angewiesen, dass sie auch solche Rückstellungen machen können. Bei uns in der Initiative war das kein Problem, weil wir die Kostenmiete nicht definiert haben. Wenn wir das im Gesetz definieren, dann muss es klar sein. Es gibt Leute, die subsummieren diese Rückstellungen in die Abschreibungen hinein, aber so, wie es jetzt vorgeschlagen ist, ist es klarer und besser.

Gemeinderat Heinrich Christ: Ich habe nur eine kleine Bemerkung zu Antrag 2 in der Botschaft. Der ist nicht so geschickt formuliert und verbindet zwei Dinge miteinander. Im ersten Teil heisst es: „Die kommunale Volksinitiative wird dem Volk unterbreitet.“ Dann nachher kommt etwas ganz anderes: Die Empfehlung des Stadtrats oder der Antrag des Stadtrats ist, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Erstens ist es nicht gut, zwei Dinge zu vermischen und zweitens kann man jetzt hier für das Protokoll festhalten, da der erste Teil des Satzes auch unnötig ist, weil wenn der Gemeinderat dem ersten Antrag zustimmt, ist es auch verpflichtend, dass die Initiative dem Volk unterbreitet wird, ausser das Initiativkomitee zieht sie zurück. Ich entnehme den Gesichtern Zustimmung, das heisst, ich kann auf einen entsprechenden Antrag verzichten. Sinngemäss heisst das, wenn wir nein stimmen zum Antrag 2, heisst das, wir sind gegen die Empfehlung des Stadtrats, aber wir sind für Unterbreitung der Initiative.

Die Vorlage wird artikelweise durchberaten.

Seite 1, Art. 1

Gemeinderat Thomas Gemperle: In Artikel 1 geht es um die Wohnungen nach Kostenmiete. Ich möchte einfach da nochmals erwähnen, dass wir uns bewusst sind, was stetig erhöhen heisst. Das heisst wirklich, dass wir jedes Jahr die Anzahl der Wohnungen, die nach Kostenmiete vermietet werden, erhöhen müssen, dass diese geprüft werden, dass die kontrolliert werden, dass Sie sich bewusst sind oder dass wir uns bewusst sind, was das für einen Aufwand bedeutet. Dann steht, dass die Stadt das im Rahmen ihrer Möglichkeiten sicherstellt. Das ist eine herrliche Formulierung, die sehr unklar ist und sehr unklar definiert, was darunter zu verstehen ist. Die Möglichkeiten sind gewaltig, wenn man sich überlegt, was die Stadt eigentlich für Möglichkeiten hätte. Das als Ergänzungen dazu.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Herr Gemeinderat Gemperle, stellen Sie einen Antrag? Oder waren das allgemeine Bemerkungen?

Gemeinderat Thomas Gemperle: Das waren allgemeine Bemerkungen.

Seite 1, Art. 2

Gemeinderat Thomas Gemperle: Ich stelle den Antrag, bei Artikel 2, dass die Stadt auf die Vergabe von Darlehen verzichtet. Es ist hier ausdrücklich festgehalten, dass auch Darlehen in Betracht gezogen werden können. Ich bin der Meinung, es ist nicht Aufgabe der Stadt, Bank zu spielen. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, mit Darlehen in diesen Markt einzugreifen, was sowieso schon problematisch ist. Und darum stelle ich den Antrag, dass dieser Passus gestrichen wird. Es stellt sich auch die Frage, zu was für einem Zinssatz diese Darlehen vergeben werden. Es stellt sich die Frage, was für Rahmenbedingungen gesetzt werden. Es stellt sich die Frage nach der Gleichberechtigung. Wenn da verschiedene Anträge kommen, werden die jeweils gleichbehandelt? Das sind alles Fragen, die sich zusätzlich stellen. Ich stelle den Antrag, dass dies gestrichen wird.

Gemeinderat Christoph Regli: Mir geht es darum, hier kurz zu entgegnen. Wir sind in der Fraktion eher der Meinung, dass das Land nicht günstiger abgegeben werden sollte, sondern dass es einen vernünftigen Preis an der unteren Grenze darstellen soll, der bezahlt werden muss, dafür aber ein günstiges Darlehen abgegeben werden kann. Somit sollte nämlich auch eher die rechte Seite einverstanden sein. Es ist ja kein Geschenk, sondern es ist eine Gegenleistung, die gefordert wird. Ich denke, wenn wir das wegschaffen, dann schaffen wir ein grosses Element weg, das wirklich eine Hebelwirkung haben kann im Wohnungsbau für Frauenfeld.

Abstimmung

Der Antrag von Thomas Gemperle wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 2, Art. 4

Gemeinderat Thomas Gemperle: Artikel 4 spricht genau diese Problematik an, die ich im Eintretensvotum erwähnt habe mit dieser Zielgruppe, dass viel zu wenig klar definiert ist, wer davon profitiert. Es steht, der Wohnbauträger hat Vorschriften zur Belegung der Wohnungen zu erlassen und kontrolliert deren Einhaltung regelmässig. Das ist ein sehr schwammiger Artikel, der ist sehr unspezifisch und ich kann mir darunter überhaupt nichts vorstellen. Ich frage den Stadtrat: Was sind die Ideen, wie diese Vorschriften aussehen sollen? Und wie wird da sichergestellt, dass alle gleichbehandelt werden, wenn mit jedem Wohnbauträger solche Vorschriften ausgehandelt werden?

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Wir haben zu Artikel 4 die beiden Anträge, einerseits von der CVP/EVP und andererseits den Antrag von Gemeinderat Peter Wildberger. Ich werde die beiden Anträge einander gegenüberstellen und dann den obsiegenden Antrag gegenüber den stadträtlichen Antrag in der Botschaft und im Reglement stellen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Besten Dank.

Die Fraktion CVP/EVP möchte folgenden Änderungsantrag zur Ergänzung des Reglements stellen: Art. 4 Abs. 1 lit. b des Reglements soll wie folgt zu ergänzen sein: *Dazu gehören die Anlagekosten, Kapitalverzinsung, Abschreibungen und neu Rückstellungen für Erneuerungen und Betriebskosten.*

Der Antrag von Gemeinderat Peter Wildberger betrifft auch Art. 4 Ziff. 1, zweiter Satz von lit. b. Dazu gehören die Kapitalverzinsung, die Betriebs- und Verwaltungskosten sowie Rückstellungen für Erneuerungen oder Abschreibungen.

Abstimmung

Antrag CVP/EVP: 33 Stimmen
 Antrag Wildberger: 1 Stimme
 Enthaltungen: 1 Stimmen

Antrag CVP/EVP: 34 Stimmen
 Antrag Stadtrat: 0 Stimmen
 Enthaltungen: 1 Stimme

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Somit wird der Änderungsantrag der Fraktion CVP/EVP aufgenommen. Wünscht der Stadtrat das Wort?

Stadtpräsident Anders Stokholm: Dazu nicht, aber ich denke, ich beantworte die Frage, wenn sie gestellt ist. Ich denke, das macht Sinn, damit wir nicht am Schluss wieder alle Fragen aufrollen müssen. Wir haben in Artikel 8 des Reglements einiges festgehalten. Dort steht Vermögensgrenze und Verhältnis zwischen Mietzins und Einkommen. Es ist aber dort auch festgehalten, dass das eine Kompetenzdelegation darstellt an den Stadtrat und der Stadtrat wird sich in dieser Angelegenheit an Vorbildern, die im gemeinnützigen Wohnungsbau üblich sind, orientieren. Dazu gehören z.B. Belegungsgrenzen oder das Verhältnis zwischen Mietzins und Einkommen. Dazu gehört auch das Verhältnis zwischen Personen, die in einer Wohnung leben zu den Zimmern – also nicht eine Person in einer Fünfstübliwohnung, sondern zum Beispiel Zimmerzahl minus eins. Das sind mögliche Bestimmungen.

Seite 2, Art. 7

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Zu Artikel 7 auf Seite 2 liegt ebenso ein Antrag der CVP/EVP-Fraktion vor. Es sei ebenso wie folgt zu ergänzen: *Dazu gehören die Anlagekosten, die Kapitalverzinsung, die Abschreibungen und neu Rückstellungen für Erneuerungen und die Betriebskosten.*

Ebenso zu Art. 7 zum zweiten Satz ist der Antrag von Peter Wildberger. Dazu gehören die Kapitalverzinsung, die Betriebs- und Verwaltungskosten sowie Rückstellungen für Erneuerungen oder Abschreibungen.

Gemeinderat Peter Wildberger: Ich ziehe diesen Antrag zurück.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Gemeinderat Peter Wildberger zieht seinen Antrag zurück, somit können wir direkt über den Antrag der Fraktion CVP/EVP gegen den städtlichen Antrag abstimmen.

Abstimmung

Antrag CVP/EVP: 33 Stimmen
 Antrag Stadtrat: 0 Stimmen
 Enthaltungen: 2 Stimmen

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Somit ist auch diese Änderung von Artikel 7 auf Seite 2 so angenommen. Besten Dank.

Abstimmung über die Anträge auf Seite 26 der Botschaft

Antrag 1: Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Dieser Antrag unterliegt gemäss Art. 13 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats dem Rekursrecht. Ein Rekurs ist innert 20 Tagen mit Antrag und Begründung an das Departement für Inneres und Volkswirtschaft des Kantons Thurgau zu richten.

Antrag 2: Dieser Antrag wird mit 26 Ja- gegen 9 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag 3: Dieser Antrag wird mit 21 Ja- gegen 14 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Gemeinderat Peter Hausammann: Ich habe mitbekommen, dass die SVP nach dem Behördenreferendum gefragt hat. Ich sage das, weil man das jetzt klären muss. Wir hatten als indirekten Gegenvorschlag ein Reglement, ein Gesetz, das dem fakultativen Referendum untersteht, da muss man nach dem Behördenreferendum fragen. Ich würde beliebt machen, dass Sie die Frage stellen, damit wir nicht ein Problem damit bekommen.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Wir haben das vorhin mit dem Stadtschreiber geklärt und es wurde uns versichert, dass das erst zu einem späteren Zeitpunkt zu machen ist. Aber ich stelle die Frage nach dem Behördenreferendum natürlich gern.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Gut, ich schlage Folgendes vor: Wir stimmen trotzdem über das Behördenreferendum ab, vorbehaltlich des Rückzugs, dann haben wir das besprochen. Antrag 3 unterliegt gemäss der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum nach Art. 11 der Geschäftsordnung. Wird das Behördenreferendum gewünscht?

Abstimmung

Es sprechen sich 10 Gemeinderäte für das Behördenreferendum aus. – Es müssen mindestens 12 Gemeinderäte dafür stimmen. Somit gibt es kein Behördenreferendum.

BOTSCHAFT KREDIT FÜR DIE ÜBERNAHME DER BASISINFRASTRUKTUREN DER WÄRME FRAUENFELD AG

– Gemeinderat Ernst Rüsi im Ausstand –

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Die stadträtliche Botschaft Nr. 7 vom 17. November 2015 sowie drei Protokolle der GPK Bau, Werke, Anlagen der 4. Sitzung vom 7. Dezember 2015, der 5. Sitzung vom 4. Januar 2016 und der 6. Sitzung vom 20. Januar 2016 stehen zu unserer Verfügung. Wie üblich beraten wir zuerst das Eintreten, danach folgt die materielle Beratung, bevor wir über den Antrag auf Seite 20 der Botschaft abstimmen werden. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Besten Dank.

Eintreten

Gemeinderat Marcel Epper, Referent im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen: In der GPK war Eintreten unbestritten und entsprechend wurde einstimmig für Eintreten votiert. Ich bitte Sie ebenfalls, auf dieses Geschäft einzutreten.

Gemeinderat Stefan Leuthold, Referent im Namen einer Minderheit der GPK Bau, Werke, Anlagen: Es ist mir wichtig zu betonen, dass wir im Grundsatz den Stadtrat in seinen Bestrebungen unterstützen, auch weiterhin aktiv Massnahmen zur Energieeffizienz umzusetzen. Es geht heute auch nicht darum, irgendwelche Schuld zuzuweisen, das wäre eher die Aufgabe einer separaten PUK, sondern um die konstruktive Suche nach der besten Lösung. Unsere Kritik richtet sich denn auch gegen das geplante Vorgehen und nicht gegen das Projekt als solches. Wir sind der Meinung, dass die vorliegende Botschaft unvollständig ist, weshalb ich Sie bitte, darauf nicht einzutreten. Lassen Sie mich dies begründen.

1. Der Stadtrat schlägt in seiner Botschaft acht mögliche Szenarien vor, wie das Unternehmen Wärme Frauenfeld AG aus seiner misslichen finanziellen Lage befreit werden kann. Unsere GPK hat sich an drei Sitzungen mit der vorliegenden Botschaft befasst und dabei diese Varianten diskutiert. Leider muss ich in meinem heutigen Votum berücksichtigen, dass zahlreiche Informationen, welche wir in der GPK erhalten haben, der Schweigepflicht unterliegen und deshalb nicht an die Öffentlichkeit gelangen dürfen. Soviel zum Thema Transparenz.
2. Wie aus der stadträtlichen Botschaft hervorgeht, wird die Variante B favorisiert. Mit der Variante B würde die Wärme Frauenfeld AG weiter bestehen bleiben, jedoch nur als rechtliches Konstrukt ohne Vermögenswerte. Die Werkbetriebe Frauenfeld würden die Basisinfrastruktur und deren Finanzierung übernehmen, das Stadtwerk Winterthur und die Wärmzentrale teilen sich die Finanzierung. In der GPK wurde uns diese Option wiederholt als die einzige realistische Lösung dargestellt, nach dem Motto Vogel friss oder stirb. Wenn wir uns heute für die stadträtliche Botschaft aussprechen und damit wie erwähnt die Variante B befürworten, empfehlen wir dem Frauenfelder Stimmvolk, 5 Mio. Franken auszugeben, ohne im Gegenzug Transparenz und parlamentarische Kontrolle zu erhalten. Gleichzeitig bleibt offen, ob bei Variante B nicht später nochmals Millionenbeträge in das Fehlkonstrukt Wärme Frauenfeld AG gesteckt werden müssen. Zudem macht dieses sogenannte Unbandling

die Aufteilung in Netzunterhalt und Betrieb bei einem Wärmering dieser Grösse unnötig kompliziert. Als Frauenfelder Stimmbürger wäre für mich völlig klar, dass ich eine solche Vorlage ablehne. Und wenn ich mir den Hut des Parlamentariers aufsetze, finde ich es sehr speziell, dass wir uns in der Budgetdebatte jeweils wegen Bagatellbeträgen streiten und heute eine unvollständige Vorlage durchwinken sollen, in der es um 5 Mio. Franken geht.

3. Eine Minderheit unserer GPK favorisiert die Variante E, die Auflösung der Wärme Frauenfeld AG und die Übernahme des gesamten Unternehmens durch die Werkbetriebe Frauenfeld. Dass die Werkbetriebe keine eigene Contractingabteilung hochziehen möchten, weil einerseits die Erfahrung fehlt und es sich wirtschaftlich nicht rechnet, dafür haben wir Verständnis. Darum haben wir in der GPK die Ausarbeitung einer Variante E2 verlangt. Bei dieser würde die Wärme Frauenfeld AG ebenfalls aufgelöst, die weitere Zusammenarbeit zwischen den Aktionären müsste vertraglich geregelt werden. So könnten beispielsweise die Stadtwerke Winterthur weiterhin das Contracting der Anlage sicherstellen. Unserer Meinung nach hätte die Botschaft mit diesen Varianten E und E2 nochmals überarbeitet werden müssen. Wir sind der Ansicht, dass es für eine Zusammenarbeit zwischen den Städten Frauenfeld und Winterthur im Bereich Wärmeversorgung keine AG braucht. Das könnte beispielsweise auch ein Zweckverband sein. Bestimmt liessen sich die Frauenfelder Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von einem solchen Konzept überzeugen. Mit unserem Antrag sind wir jedoch leider in der GPK unterlegen.

Im Namen einer Minderheit der GPK Bau, Werke, Anlagen stelle ich den Antrag, auf die Botschaft nicht einzutreten. Wir fordern eine neue Botschaft, in der die Varianten E und E2 detailliert abgeklärt werden und welche im Sinn der Transparenz zusätzlich sämtliche bisher geheim gehaltenen Unterlagen enthält.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Ich werde am Ende der Eintretensdebatte über den Nichteintretensantrag von Stefan Leuthold abstimmen lassen. Gemeinderat Ernst Rüsi ist in Ausstand getreten.

Gemeinderat Philipp Geuggis, Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir danken dem Stadtrat für diese detaillierte Botschaft. Wir sind der Ansicht, wir haben hier einen Vorschlag, der ausreichend ausgearbeitet wurde, insbesondere sind wir der Ansicht, dass wir mit den drei GPK-Protokollen inklusive Anhängen sämtliche Fragen beantwortet erhalten haben. Der Präsident der GPK Bau, Werke, Anlagen hat uns mitgeteilt, dass die GPK-Protokolle wie auch die Anhänge verwendet werden dürfen, dass diese nicht geheim sind. Von da her sehen wir absolut keinen Grund, wieso wir nicht auf dieses Geschäft eintreten sollten. Die Fraktion FDP wird einstimmig für Eintreten sein.

Gemeinderat Robert Zahnd, Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Auch die Fraktion SVP/EDU hat keine Freude an diesem Geschäft. Obwohl eigentlich eine gute Sache, wurde die Wärme AG zu blauäugig, wenn nicht sogar dilettantisch angegangen und auch so betrieben. Schon der Start mit den unserer Meinung nach überschrittenen Kompetenzen zum Teil wegen des angeblichen Drucks von angedachten Konkurrenzanlagen liess eine seriöse Planung mit Businessplan, Kundenakquisition etc. anscheinend nicht zu. Verwunderlich ist nur, dass die Thurgauer Kantonalbank und der Kanton so eingestiegen sind. Dass sich verschiedene Kunden auf die eigene Badi zurückgezogen haben, zeigt auf, dass mit dem Bau begonnen wurde ohne genug verbindliche Zusagen. Zuletzt kam noch der Preiszerfall des Öls dazu, was eventuelle Neukunden auch nicht unterschreiben liess. Dass die Thurgauer Kantonalbank dann schliesslich den zugesagten Kredit stoppte, führte zur heutigen Situation. Nun müssen wir aber vorwärtsschauen und die Vergangenheit hinter uns lassen. Da nützt auch das Schreiben von den Kollegen Haus-

ammann und Geiges von letzter Woche nichts, auch das zeigt keine wirkliche Lösung auf. Ein solches Schreiben hätte auch schon Anfang Jahr gemacht werden können. Sie hätten da schon kommunizieren können, dass Sie eine AG als Geschäftsform niemals unterstützen würden. In einem Punkt gebe ich Ihnen aber recht. Die Transparenz im ganzen Geschäft war nicht gegeben und wirft auch heute noch Fragen auf. Wenn man aber an der Ehrlichkeit des Stadtrats, der Werkbetriebe und der AG zweifelt, sollte man selber ehrlich sein und eine PUK verlangen. Auch wir verlangen vom Stadtrat eine verbindliche Zusage, wer in Zukunft Einsicht in ein Geschäft hat und wer über einen weiteren Ausbau entscheidet. Ist das die GPK oder der Gemeinderat? Laufen spätere Ausbauten wie auch der ausserordentliche Unterhalt übers Budget? Diese Aussagen hätten wir gern heute vor unserer Abstimmung. Uns ist auch klar, dass die AG ohne heutigen Entscheid, wie es weitergehen soll, keine Chance mehr hat. Jeder Tag, den die AG mit höherem Zins als mit dem Kredit von der Stadt respektive den Werkbetrieben arbeiten muss, kostet zu viel. Ein Konkurs der AG könnte uns allenfalls aber noch mehr kosten. Denn die erstellten Anlagen können nicht einfach abgestellt werden. Der Kanton mit dem Staatsarchiv und das Huber-Areal würden sicher juristisch für eine neue Heizung kämpfen. Zudem würden die gemachten Leitungen auch nicht mehr viel gelten. Die Stadt ist in einem, ich sage es nochmals, eigentlich guten Geschäft aufgelaufen. Dies nicht zuletzt, weil sie dem gekauften Energielabel nachgelebt hat. Helfen wir denn auch ohne viel Begeisterung der Wärme Frauenfeld AG aus dem Dreck. Die SVP/EDU-Fraktion tritt auf das Geschäft ein und stimmt dem stadträtlichen Antrag grossmehrheitlich auch zu, wenn die Zukunft transparenter aufgezeigt wird.

Gemeinderat Heinrich Christ: Eintreten oder nicht eintreten? Bei dieser Frage geht es in zweierlei Hinsicht um Transparenz und Bürgernähe. Transparenz und Bürgernähe sind Werte, die nicht nur wir als Fraktion CH/Grüne/Grünliberale uns auf die Fahne geschrieben haben. Transparenz und Bürgernähe sind keine linksalternativen Phantasmen oder Spinnereien. Transparenz und Bürgernähe haben auch Sie Ihren Wählerinnen und Wählern versprochen. Wir müssen diese Werte ernstnehmen. Wenn wir uns diese Begriffe vor Augen führen, können wir das Eintreten oder das Nichteintreten aus zwei Blickwinkeln betrachten.

Formale Gründe: Die Botschaft des Stadtrats wurde an drei GPK-Sitzungen besprochen. Die Vertreter der Stadt und der ebenfalls immer anwesende Verwaltungsratspräsident der Wärme Frauenfeld AG versuchten, an diesen Sitzungen die GPK-Mitglieder von den Vorzügen der von ihr favorisierten Variante B zu überzeugen. Im Lauf dieser Sitzungen reichten sie dazu verschiedene Papiere nach, beziehungsweise die Wärme Frauenfeld AG reichte diese Papiere nach, diese waren ja mit dem Label der Wärme Frauenfeld AG versehen. Und sie informierten etwas ausführlicher über die finanzielle Situation der Wärme Frauenfeld AG und die finanziellen Verstrickungen der AG mit der Stadt. Da wurde auch deutlich, dass diese Verstrickungen im Ausmass weit darüber hinausgehen, was wir in der Antwort auf die einfache Anfrage Hausamann/Geiges gehört haben. Der Stadtrat hat den GPK-Mitgliedern und später auch dem gesamten Gemeinderat mitgeteilt, dass die Anhänge wie auch die GPK-Protokolle keiner besonderen Schweigepflicht unterliegen. Gleichzeitig macht er aber deutlich, dass man diese Dokumente nicht weitergeben darf. Was auch immer diese interessante Interpretation der Paragraphen 17 und 21 unseres Geschäftsreglements zu bedeuten haben, unserer Fraktion ist das zu wenig. Ein solches Geschäft bedarf der Öffentlichkeit. Wir haben heute Gäste auf der Tribüne, nicht nur heute, ich denke, es soll so sein, dass die Gäste oder auch die Presse, die zuhört, die gleichen Grundlagen haben zu diskutieren oder mitzuhören oder mitzudenken wie wir Räte. Alles andere wäre gefährlich. Andere wichtige Fragen wie auch die nach der Regelung konkrete Form der Zusammenarbeit oder die konkrete Abgeltung der Leistungen der vorgeschlagenen Variante sind in dieser Botschaft noch nicht erläutert. Auch in den GPK-Protokollen finde ich dazu nur cursorische Hinweise. Of-

fenbar bestanden zum Zeitpunkt, als die Botschaft verfasst wurde, noch keine klaren Vorstellungen zu diesen Fragen.

Fazit: Es ist fahrlässig und unwürdig, auf dieser unklaren Grundlage mehrere Millionen Franken Volksvermögen zu investieren. Wir sind gegen Eintreten, denn Hochhalten von Transparenz und Bürgernähe lassen keinen anderen Schluss zu. Diese Werte lassen sich, auch wenn man das Ganze jetzt inhaltlich anschaut, nochmals aus der Sicht von Transparenz und Bürgernähe diskutieren. Letztlich geht es ja darum, wie sich dieser Wärmering, dieses Konstrukt oder diese Anlage schlussendlich weiterentwickeln soll, egal in welcher Rechtsform. Uns ist es wichtig, dass wir eine transparente Weiterentwicklung machen und dass wir – wir als Stadt sind sowieso Hauptfinanciers dieser Anlage – Einblick in Zukunft haben. Bei der Gründung der Wärme Frauenfeld AG wurde die Öffentlichkeit aussenvor gelassen. Als sich finanzielle Probleme abzeichneten, wurde die Öffentlichkeit nochmals aussenvor gelassen. Oder ich gehe davon aus, dass die Probleme ein Stück weit zuerst verschwiegen wurden. Erst jetzt oder letzten Herbst, als es nicht mehr anders ging, gelangte man an den Gemeinderat. Das ist für die Zukunft nicht mehr akzeptabel. Auch dem letzten Kollegen oder den letzten Kolleginnen, die sich vor anderthalb Jahren noch mit der formalistischen Argumentation, es handle sich ja nur um eine Einlage von 300'000 Franken Aktienkapital und im Übrigen habe die Stadt nichts zu befürchten, damals zufriedengaben, dürfte inzwischen klar sein, dass es nun weithergeht. Ob wir wollen oder nicht, es steckt viel Zittern in diesem Millionenprojekt drin. Wen dem nicht so wäre, müssten wir heute nicht über diesen Kredit entscheiden. Unsere Fraktion fordert für die Zukunft des Wärmerings eine Lösung, die dem Volk und seinen Repräsentanten, also uns, angemessen Einblick und Mitsprache bei der Entwicklung gibt.

Wenn Sie die Botschaft auf Seite 8 aufschlagen, sehen Sie schöne farbige Darstellungen. Die Zusammenstellung möglicher Organisationsformen und Überlegungen, weshalb sich der Stadtrat für Variante B entschieden hat. Einmal abgesehen davon, dass nicht ganz klar ist, ob sich der Stadtrat oder nicht eher der Verwaltungsrat der Wärme Frauenfeld AG für Variante B entschieden hat. Für uns stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage diese Erwägungen gemacht wurden. Ein Blick in die GPK-Protokolle zeigt, dass offenbar nur Variante B vertieft geprüft wurde. Bei der Zusammenstellung auf Seite 8 handelt es sich also eher um eine Art Ergebnis eines Brainstormings. Zum Beispiel wurden nach unserer Kenntnis bezüglich Variante E keine konkreten Gespräche mit möglichen Contractingpartnern aufgenommen. Eine andere, in der Botschaft nicht erwähnte Möglichkeit läge in einer vertraglich geregelten Zusammenarbeit zwischen den beiden Partnern Frauenfeld und Winterthur. So könnte man Chancen und Risiken dieses Geschäfts ähnlich wie bei Variante B fair auf beide Partner verteilen. Auch diese Variante wurde trotz entsprechenden Hinweisen in der GPK-Sitzung unseres Wissens nicht vertieft geprüft. Wir fragen uns, ob überhaupt je einmal ausserhalb der Aktiengesellschaft, also von Stadtpräsident zu Stadtpräsident, von Departementschef zu Departementschef mit Winterthur das Gespräch gesucht wurde, wie es mit dem Wärmering weitergehen könnte. Denn eigentlich ist es, so weit sind wir gekommen, nun nicht mehr primär Sache der Wärme Frauenfeld AG, eine Lösung zu finden. Zum jetzigen Zeitpunkt, das wäre bei vergleichbaren Fällen in der Privatwirtschaft genau gleich, zum jetzigen Zeitpunkt muss der Lead bei den Hauptaktionären oder den grossen Gläubigern liegen. Und das wären Frauenfeld und Winterthur. Es ist an uns, zusammen mit Winterthur eine gute, transparente Lösung zu finden. Diese Arbeit wurde noch nicht geleistet und wir wünschen uns, dass diese Arbeit nachgeholt wird. Vielleicht noch zum Thema Transparenz ganz am Rand: Irgendwo in den GPK-Protokollen erfahren Sie, dass seitens Wärme Frauenfeld AG das Angebot gemacht wird, künftig könne ein Vertreter des Gemeinderats Einsicht nehmen in die Protokolle und die Jahresabschlüsse der Wärme Frauenfeld AG. Das ist nett, ist auch gut gemeint, aber es ist bei Weitem nicht das, was wir uns unter einer transparenten Lösung vorstellen. Denn stellen Sie sich einmal vor, in fünf Jahren haben wir wieder Probleme, was machen Sie

dann mit dem einen Vertreter oder den zwei Vertretern des Gemeinderats, die damals die Protokolle anschauen durften? Sind die dann haftbar oder wie stellen Sie sich das konkret vor? Ich habe da grösste Zweifel.

Zweites Fazit: Auch aus inhaltlichen Gründen können wir nicht auf diese Vorlage eintreten. Unser Nichteintreten verstehen wir als Aufforderung für den Stadtrat, nochmals über die Zukunft des Wärmerings nachzudenken und zusammen mit Winterthur eine transparente und wirtschaftliche Lösung zu finden. Entgegen anderen Behauptungen haben wir, soweit wir informiert sind, die nötige Zeit dazu. Eine Betreibung der Aktiengesellschaft ist angesichts der vornehmlich staatlichen oder parastaatlichen Gläubiger höchst unwahrscheinlich. Eine Überschuldung der AG gemäss Art. 725 OR ist in den nächsten Monaten wohl nicht zu erwarten. Falls dem nicht so ist, sind wir froh um konkrete Zahlen, die das Gegenteil belegen.

Kurz: Das Beste, das wir jetzt machen können, ist Ruhe bewahren, nicht auf das Geschäft eintreten und dem Stadtrat Gelegenheit für einen zweiten Vorschlag und eine vollständige Botschaft zu geben. Mir fehlt es nicht an Vertrauen zum Stadtrat Röbi Zahnd, ich vertraue dem Stadtrat, und genau deshalb möchte ich jetzt keine PUK einberufen. Ich möchte in aller Ruhe und aller Vernunft dem Stadtrat die Möglichkeit geben, dieses Geschäft noch einmal zu überdenken. Nehmen wir uns bitte die Zeit dazu.

Gemeinderat Pascal Frey, Referent im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Der Wärmering ist eine gute Sache. Daran gibt es immer noch nichts zu kritisieren. Und wir sind weiterhin zuversichtlich, dass sich die Investition lohnen wird. Der Stadtrat hat mit der Idee richtig gehandelt, das haben wir bereits damals gesagt, als es um den Bericht ging. Er hat die Vorbildfunktion übernommen und ist für Innovationen eingetreten. Dafür möchte ich ihm danken. Leider geht es hier aber nicht um die Grundidee, sondern um die drohende Insolvenz und leider ist die Informationslage eher schlecht. Einige Fragen sind nicht abschliessend beantwortet, beziehungsweise werfen die Antworten bereits wieder neue Fragen auf. Zudem stört uns, dass immer wieder klar geschrieben wird, dass sich der Wärmering erst langfristig lohnen wird. Anscheinend haben wir auch jetzt nicht einmal mehr Zeit, in Ruhe darüber zu diskutieren, ohne dass uns der Himmel auf den Kopf fällt. Hier wäre zum Beispiel ein Überbrückungskredit ein geeignetes Mittel oder wird es allenfalls noch werden. Dann können wir uns ein klares Bild machen und auch das vage Gefühl der Nötigung würde dann verschwinden. Unsere Fahne weht in diesem Geschäft mal so, mal so. Wir möchten den Wärmering möglichst ohne Probleme weiterführen, aber dafür auch die beste Lösung haben. Gut möglich, dass die Variante B die beste ist. Aber es sind dennoch Fragen offen, die nach einer Klärung schreien. Und wir müssen auch bedenken, dass das Geschäft noch vors Volk muss. Und wenn wir da nicht gemeinsam am gleichen Strick ziehen, kann dies im schlimmsten Fall zum Debakel führen und Frauenfeld wird einiges Geld in den Sand setzen, was schade wäre. Beide Lösungen, Zurückweisung oder der vorgeschlagenen Variante zustimmen, sind leider auf diese Art nicht perfekt. Zurückweisen könnte hier also die pragmatischste Lösung sein, um möglichst geschlossen auftreten zu können.

Gemeinderat Stefan Geiges, Referent im eigenen und im Namen von Gemeinderat Peter Hausammann: Für mich sollte man dann nicht eintreten, wenn die Botschaft nicht das erfüllt, was man von der Botschaft erwartet. Ich stelle aber zuerst den Antrag ans Präsidium, ob ich zwei Papiere im Gemeinderat verteilen darf, welche Grundlagen der Diskussion von Peter Hausammann und von mir sind. Selbstverständlich innerhalb der zehn Minuten Redefrist.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Es ist erlaubt. Vielleicht kann ein Kollege das Verteilen übernehmen.

Gemeinderat Stefan Geiges: In diesen zwei Papieren sind die Details aufgeführt, warum wir es juristisch nicht ganz gleich sehen wie der Stadtrat. Sie haben von uns per E-Mail zwei Dokumente erhalten, in welchen wir Ihnen unsere Bedenken zum einen und zum anderen die offenen Fragen formuliert haben. Das Einzige, was beantwortet wurde, ist die Aufhebung der Geheimhaltung. Einige Beispiele, warum wir heute auf die Vorlage nicht eintreten sollten, sind:

1. Die vorliegende Botschaft erfüllt die wichtigste Forderung nicht, nämlich die volle Transparenz gegenüber dem Gemeinderat, somit Ihnen. Das Volk hat überhaupt nichts mehr zu sagen. Dieses bezahlt 5 Mio. Franken für ein Leitungsnetz, das es nicht bestellt hat. Dass der zukünftige Ausbau, welcher aber nicht definiert wurde, nicht mehr vom Volk abgesegnet werden muss, ist ja auch klar. Die neue Bauetappe liegt ja wohl kaum über 2 Mio. Franken, eher unter 300'000 Franken, also in der Kompetenz des Stadtrats.
2. Eine AG mit zweifelhafter Entstehung und komischer Fortsetzung wird künstlich am Leben erhalten. Auch dies war eine Forderung von uns, es sei ganz klar, es muss eine Lösung ohne AG geben.
3. Zum dritten Punkt sind die zwei Papiere, die wir verteilt haben mit unserer detaillierten Ausführung. Da ich der Meinung war, die Sitzung dauert heute etwas länger, wollte ich, dass wir Zeit haben, das durchzulesen.

Wir beraten heute über eine Botschaft mit einem Antrag über 5 Mio. Franken, welche wir für die Übernahme einer Basisinfrastruktur einer AG bezahlen. Die Gelder unserer Werkbetriebe sind durch Gebühren finanziert und zweckgebunden. Es darf doch nicht sein, dass die Wasserkunden Leitungen bezahlen, welche sie nicht nutzen. Ich wollte auf die heutige Sitzung einen Verwaltungsrechtsspezialisten anfragen. Mir wurde aber schnell klar, dass dies mehrere Tausend Franken kosten würde. Der Stadtrat hätte dies leicht abklären können, zum Beispiel beim Anwaltsbüro Lindt Law, welches die Beurteilung der Submissionsverordnung gemacht hat. Nach der heutigen Sitzung entscheide ich dann, ob ich eine solche Abklärung noch für nötig finde. Nochmals: Treten Sie doch nicht auf eine Vorlage ein, bei welcher Sie nicht wissen, ob Sie es dürfen oder nicht.

In dem Text, den ihr bekommen habt, steht klipp und klar drin, dass man nicht mit Geldern der Werkbetriebe etwas kaufen darf, was mit den Werkbetrieben nichts zu tun hat. Es kann doch nicht die Idee sein, dass wir am Schluss mit Geldern der Werkbetriebe ein Casino kaufen oder sonst irgendetwas, was der Stadt am Herzen liegt und wo sie das Gefühl hat, jetzt müssen wir es halt anders machen. Meiner Meinung nach ist es nicht rechtens, dass wir einen Kredit sprechen aus einem Konto der Werkbetriebe.

Als zweiten Punkt zum Thema Kompetenz oder unter dem Motto „dürfen wir gar nicht“ nehme ich die Abstimmung über Swiss Renewables AG. Damals stimmten wir über 8,5 Mio. Franken ab. Dies war zusammengesetzt aus dem Aktienkapital von 450'000 Franken, der Rest waren Investitionen, und zwar nicht Sofortinvestitionen, sondern inklusive solcher der nächsten Jahre. Dies hätte der Stadtrat in eigener Kompetenz auch lösen können. Im vorliegenden Fall stimmen wir nur über die sofortige Summe ab. Gemäss unserem Artikel 57 der Gemeindeordnung sieht es so aus: „Hat ein Geschäft sowohl einmalige als auch wiederkehrende Ausgaben zur Folge, bestimmt sich die Zuständigkeit für die Krediterteilung nach der Gesamtheit der voraussichtlichen Ausgaben, die innert zehn Jahren nach dem Beginn der Leistung erforderlich werden.“ Das ist unsere Verfassung. Und an diese haben wir uns zu halten. Dieser Artikel wäre wohl auch die

Antwort darauf, ob der Stadtrat seine Kompetenz überschritten hat bei der Zeichnung von 300'000 Franken Aktienkapital. Aber darum geht es ja gar nicht. Sondern ich will aufzeigen, dass die vorliegende Botschaft nicht wirklich fertig ist. Die möglichen Folgekosten hätten möglichst genau ermittelt werden müssen. Wenn man jetzt endlich aufräumen will bei der Fernwärme AG, so müssen wir es gleichmachen wie damals bei der Swiss Renewables AG. Dies käme dann auf ca. 7 Mio. Franken als Antrag auf Seite 20. Es kann doch nicht sein, dass wir gegen unsere eigene Verfassung verstossen. Liebe Gemeinderätinnen, liebe Gemeinderäte, geben Sie der Fernwärme, dem Stadtrat und uns eine Chance, endlich das zu tun, was man von Anfang an hätte machen müssen, nämlich die Fernwärme ohne AG zu betreiben. Selbstverständlich werde ich in der materiellen Beratung auch einen Rückweisungsantrag formulieren. Es wird sicher nicht besser, wenn wir noch mehr in der Suppe herumrühren. Ich empfehle Ihnen aus diesem Grund, auf Nichteintreten zu plädieren.

Gemeinderat Peter Hausammann: Keine Angst, Kollege Geiges hat es ja gesagt, er hat auch in meinem Namen gesprochen. Ich äussere mich da zum Eintreten nicht mehr, nur zum Vorwurf von Kollege Zahnd, Kollege Geiges und ich hätten unsere Positionen zu spät mitgeteilt. Das erstaunt mich also schon etwas. Seit über einem Jahr diskutieren wir über die Wärme Frauenfeld AG – zum Teil heftig. Über ein Jahr. Und worüber diskutieren wir insbesondere? Über die AG und über diese unselige Konstruktion, darüber, dass es keine Botschaft gibt, keine GPK-Sitzung, keine Gemeinderatsdebatte, keine Volksabstimmung, keine demokratische Kontrolle, keine Transparenz etc. etc. Seit über einem Jahr. Und jetzt kommst du und sagst, wir hätten es zu spät mitgeteilt. Im Mai letzten Jahres waren Kollege Geiges und ich beim zuständigen Stadtrat und dem Verwaltungsratspräsidenten und haben ihm genau das gesagt. Im letzten Mai. Im Dezember war Kollege Geiges beim zuständigen Stadtrat. Ich war beim zuständigen Stadtrat und wir haben ihm das gesagt. Und wir waren mehrmals in den Medien. Ich möchte noch sagen, wir hatten einmal von uns aus die Medien bedient, sonst sind sie immer auf uns zugekommen. Dort haben wir die Position auch jeweils dargelegt. Und schliesslich haben wir unsere Position eine gute Woche vor der Gemeinderatsitzung schriftlich dargelegt. Da war ein ziemlicher Haufen Arbeit dahinter. Wir haben das gemacht. Dann ist noch die Geschichte mit dem rechtlichen Problem gekommen. Das habt ihr heute bekommen. Und ich muss sagen, ich habe noch nie von irgendjemandem von euch, auch nicht von der lieben SVP, eine Woche vorher ein Papier erhalten.

Gemeinderat Marcel Epper: Ich möchte nur kurz auf das Votum von Kollege Leuthold erwidern. Er hat heute den Eindruck erweckt, als wenn die Mitarbeit in der GPK bereits schon in der Diskussion in der GPK für Nichteintreten gewesen wäre. Das ist schlicht falsch. Ich möchte einfach heute klarstellen, in der GPK war bei sämtlichen Sitzungen Eintreten unbestritten. Es wurde einzig in der materiellen Beratung Rückweisung diskutiert, hier sind Anträge gekommen, aber zum Eintreten wurden keine Anträge gestellt. Es wurde von keinem ein Votum geäussert, dass er gegen Eintreten wäre. Wenn er heute diese Meinung so vertritt, vertritt er diese als Mitglied des Gemeinderats, aber wenn er als Minderheit der GPK spricht, dann ist das schlicht falsch deklariert.

Gemeinderat Christoph Tschanen: Ich will nur klarstellen, wenn wir bei richtig oder falsch sind, für die letzte Budgetdebatte hat die SVP mindestens eine Woche voraus unser Papier und unsere Anträge sämtlichen Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

Gemeinderat Heinrich Christ: Zu dem, was Marcel Epper gerade gesagt hat: Es ist natürlich so, die GPK muss das Geschäft ja vorberaten, es bleibt ja gar keine andere Wahl. In dem Sinn waren wir vielleicht implizit für Eintreten. Aber ich denke, jetzt im Gemeinderat ist es eine neue Situation, jetzt kann man eben genau nicht für Eintreten sein.

Stadtrat Ruedi Huber: Ich spreche als verantwortlicher Stadtrat für die Werkbetriebe der Stadt Frauenfeld. Wir sind es, welche schlussendlich die Basisinfrastruktur der Werke Frauenfeld übernehmen möchten. Wir sind es, die einen entsprechenden Kredit wünschen. Ihren Antrag auf Nichteintreten kann ich bis zu einem gewissen Grad nachvollziehen. Sie müssen heute über einen Fünfmillionenkredit befinden für eine Anlage, welche bereits vor einigen Jahren (2011) ohne Einbezug des Gemeindeparlaments geplant, gebaut und in Betrieb genommen wurde. Sie müssen über eine Organisationseinheit diskutieren, welche sich in den Händen von drei ganz verschiedenen Partnern befindet. Und Sie mussten aus Rücksichtnahme auf den Partner Stadtwerk Winterthur längere Zeit auf gewisse Detailinformationen verzichten. In Winterthur fand im letzten Jahr eine Volksabstimmung über einen Kredit von 70 Mio. Franken für das Energiecontracting statt. Diese Abstimmung durften wir nicht tangieren. Der Aktionärsbindungsvertrag der Werke Frauenfeld AG schreibt in Punkt 8 klar vor, dass Mitteilungen über Gesellschaft und Betrieb an Öffentlichkeit und an Dritte oder eben an Behörden nur im gegenseitigen Einverständnis aller Aktionäre vorgenommen werden dürfen. Über ein solches Einverständnis vom Stadtwerk Winterthur verfügen wir eben erst seit kurzer Zeit, dafür habe ich auch Verständnis.

Die wirtschaftliche Vernunft spricht jedoch klar für Eintreten. Was geschehen ist, kann halt mit allen weiteren Abklärungen nicht rückgängig gemacht werden. Wenn nötig können die Abläufe auch nach einem Kreditentscheid noch detailliert aufgearbeitet werden. Haben Sie keine Hemmungen, das zu verlangen, aber bitte vermischen Sie nicht mehrere Geschäfte ineinander. Unsere heutige Aufgabe ist es, und auch meine Aufgabe, Schaden abzuwenden. Und diese Chance besteht wirklich, dass wir schlussendlich keinen Franken verlieren. Und zwar sollten wir das so schnell wie möglich tun. Erlauben Sie mir einen Vergleich mit unserer Feuerwehr. Wenn es brennt, dann wird zuerst gelöscht, erst nachher wird abgeklärt, warum es gebrannt hat und was man tun muss, damit es zukünftig nicht mehr brennen kann. Das ist alles nötig, wird aber teilweise verschoben. Die notwendigen Entscheidungsgrundlagen für einen Kreditentscheid sind vorhanden. Es ist lange genug und gründlich evaluiert worden, zuerst im Verwaltungsrat, dann in den Werkbetrieben, im Stadtrat, in der GPK, Sie kennen die Protokolle. Und wir verfügen über eine gründlich evaluierte Lösungsvariante, bei welcher auch bei einem vielleicht eine Zeit lang stockenden Weiterausbau nur marginal Geld verloren geht. Ich erinnere Sie an die günstigen Zinsen für die öffentliche Hand. Die Chance, die teuren privatrechtlichen Kredite zu drei Prozent durch viel billigere Kredite, welche die öffentliche Hand erhält, zu ersetzen, muss jetzt genutzt werden. Pro investierte Million können wir Zinskosten bis zu 25'000 Franken pro Jahr einsparen. Diese Umfinanzierung, davon reden wir heute vor allem, die lohnt sich. Wenn wir jetzt nicht handeln, dann besteht das Risiko, dass ein Kreditgeber oder ein Aktionär die Bezahlung der noch offenen Rechnungen sofort durchsetzen will oder muss. Wer gibt mir das Recht, Rechnungen endlos lange zu stunden? Ich habe die Verantwortung für die Werkbetriebe. Und in Winterthur kann es ähnlich sein. Ein solcher Entscheid würde aber schlussendlich zu einem Konkurs und damit zu einem beträchtlichen Geldverlust und Imageschaden führen. Die Kunden und Kreditgeber, nicht nur Stadt und Stadtwerke, müssen jetzt endlich wissen, wie es weitergeht. Das ist auch die einzige Chance, dass sich das Unternehmen gut weiterentwickeln kann und es sich dann schlussendlich finanziell trägt. Und wenn wir es noch ein halbes Jahr lang schlechtschwätzen, dann ist sichergestellt, dass es nicht mehr rentiert. Fazit: Wir müssen das Problem jetzt lösen und ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten.

Zu Ihren Vorwürfen: Den Vorwurf, Sie hätten von uns für die Vorbereitung dieses Geschäfts zu wenige Informationen erhalten, kann ich nicht auf mir sitzen lassen. Aus meiner Sicht sind Sie sehr gut informiert worden: Information im Murg-Auen-Park-Pavillon, Besichtigung der Anlage Wärme Frauenfeld AG, es waren alle Gemeinderäte dabei, Bericht zur Wärme Frauenfeld AG (40 Seiten), 10 Seiten Gemeinderatsprotokoll dieser Debatte, GPK-Protokoll vom 7. Dezember 2015 (18 Seiten plus Anhang über Varianten), GPK-Protokoll vom 4. Januar 2016 (20 Seiten plus drei Anhänge mit Details), GPK-Protokoll vom 20. Januar 2016 10 Seiten, mit einem Anhang und dann auch die Möglichkeit zur Einsichtnahme in den Geschäftsbericht. Ich habe mich in den Werkbetrieben erkundigt, nur drei bis vier Gemeinderäte sind gekommen. Und die Kreditbotschaft für die heutige Sitzung (19 Seiten). Was wir leider nicht geschafft haben, das war eine sichere Prognose der Zukunft. Wir haben es in den Energiepreisen gesehen, das ist wirklich schwierig. Dieses Problem hat aber jedes Unternehmen.

Noch ein Wort zum Detaillierungsgrad von solchen Geschäften. Wir müssen auch immer wieder die Rollen von Parlament und Stadtrat oder Legislative und Exekutive anschauen. Vergleichen Sie doch mal bitte die von uns erhaltenen Informationen mit denjenigen bei ähnlichen Geschäften wie zum Beispiel dem Murg-Auen-Park oder dem regionalen Radweg. Beispiel regionaler Radweg 2011: Bausumme 2,5 Mio. Franken ohne Refinanzierungsmöglichkeit. GPK-Protokoll vom 23. Februar 2015 (8 Seiten), Kreditbotschaft an den Gemeinderat (9 Seiten). Haben Sie damals auch bemängelt, dass die Botschaft viel zu kurz sei? Haben Sie auch bemängelt, dass die Anzahl der täglichen Velofahrten nirgends angegeben worden ist? Haben Sie auch bemängelt, dass nicht alle Wegführungen im Stadtzentrum bereits rechtlich gesichert sind? Niemand hat gefragt.

Die Geheimhaltungspflicht betreffend GPK-Dokumenten besteht nicht mehr. Sie haben ein entsprechendes Mail vom GPK-Präsidenten Marcel Epper erhalten. Er dachte zuerst, es gelte nur für die GPK-Mitglieder, nachher haben Sie direkt ein Mail erhalten. Sie dürfen alle Informationen, die Sie haben, verwenden, aber es ist auch klar, gewisse Rohdokumente, die wir für die GPK erstellt haben, können Sie nicht einfach in den Medien publizieren. Sie können alle Argumente einbringen.

Zusammenarbeit mit Stadtwerk Winterthur: Wenn es Ihnen einmal nicht so gut geht und Sie nicht zu 100 Prozent sicher sind, wie die Zukunft aussehen wird, sind Sie dann lieber allein oder haben Sie lieber einen starken und kompetenten Partner, der Sie unterstützt und auch bereit ist, mitzuzahlen, Risiken mitzutragen und mit Ihnen zusammenzuarbeiten? Mit dem Stadtwerk Winterthur haben wir einen solchen verlässlichen Partner. Wir haben bisher mit ihm immer sehr gute Erfahrungen gemacht und wir von den Werkbetrieben sind auf einen solchen Partner angewiesen. Wir könnten nie allein eine Contractingabteilung betreiben.

Ein Gespräch mit den Behörden hat stattgefunden. Da wird einfach behauptet, wir hätten nicht gesprochen. Matthias Gfeller war in den Werkbetrieben, ich war auch in den Werkbetrieben, wir haben miteinander gesprochen. Bitte machen Sie nur Aussagen, wo Sie auch ein Fundament dazu haben.

Allein können und wollen die Werkbetriebe das Projekt Wärme Frauenfeld AG nicht stemmen. Gemeinsam mit dem Stadtwerk besteht aber die Möglichkeit, im Wärmemarkt vermehrt Fuss zu fassen und in ein zukunftssträchtiges Geschäftsfeld einzusteigen. Es wäre falsch, wenn wir von den Werkbetrieben uns im Wärmebereich weiterhin nur noch auf das eher rückläufige Erdgas verlassen würden. Wir müssen unser Angebot im Wärmemarkt erweitern und der Zukunft anpassen können.

Die AG: Auch wir haben uns diese Überlegungen lange gemacht und vielleicht würde es auch anders aussehen, wenn diese AG noch nicht bestehen würde. Aber jetzt haben wir sie. Im Bereich der Wirtschaft aber auch der öffentlichen Hand ist eine AG eben nicht ein rotes Tuch, sondern eine standardmässige Regelung der Zusammenarbeit verschiedener Partner. Dass dem wirklich so ist, können Sie leicht auch an anderen Beispielen erkennen, zum Beispiel Fernwärme Zürich AG oder jetzt soeben gegründet die neue Wärme Aadorf AG, auch verschiedene Partner, die miteinander zusammengehen. Es macht aus meiner Sicht absolut keinen Sinn, sich auf Experimente mit neuen Zusammenarbeitsformen einzulassen. Alle bereits bestehenden Kundenverträge müssten neu ausgehandelt werden, nur weil keine AG mehr gewünscht wird. Wir müssten einen Zweckverband gründen mit Winterthur, das ist nicht so einfach. Würden Sie als Gemeinderäte zum Beispiel das Risiko eines Kundenverlusts tragen und die entstehenden Kosten auf sich nehmen? Objektiv betrachtet bringt die Beibehaltung des Bindeglieds AG deutlich mehr Vorteile mit sich als Nachteile. Wenn Ihre Angst vor der AG, und so verspüre ich das, darin begründet ist, dass Sie mehr Einsicht in die Tätigkeit der Wärme Frauenfeld AG erhalten möchten, dass Sie keine Investitionen mehr wollen, welche am Gemeindeparlament vorbei vorgenommen werden, dann werden wir auch unter Beibehaltung der redimensionierten AG einen guten Weg finden, dass Sie als Gemeinderäte diese auch für mich verständlichen Ziele erreichen können. Zukünftig wird die stark reduzierte AG keine Investitionen mehr tätigen können. Solche müssen über die Aktionäre Stadtwerk Winterthur und die Werkbetriebe Frauenfeld erfolgen. Zukünftig muss somit beim Ausbau der Basisinfrastruktur der ordentliche Budgetweg beschritten werden. Der definitive Entscheid bleibt bei Ihnen als Gemeinderäte, also hier in diesem Saal drin.

Erlauben Sie mir einen Vergleich. Wenn Sie die jetzige AG mit einem Adler vergleichen, der hoch in der Luft seine Kreise zieht oder gezogen hat, dann wird die zukünftige, reduzierte AG ein gläserner Spatz mit gestutzten Flügeln im Käfig des Gemeinderats sein.

Ergänzend dazu wird in Zukunft Ihre GPK als Vertretung des Parlaments einen tiefen Einblick in die Geschäftstätigkeit der Wärme Frauenfeld AG erhalten, womit unserer Ansicht nach Transparenz geschaffen ist. Ich habe vernommen, dass der Verwaltungsrat der Wärme Frauenfeld AG bereits einen entsprechenden Entscheid gefällt hat.

Ich bitte Sie deshalb, an der AG als Bindeglied festzuhalten und diesen Antrag auf Nichteintreten abzulehnen.

Und dann ist ja noch dieses Papier ausgeteilt worden. Da bin ich mir vorgekommen wie in der Schule. Da bekommt man ebenfalls kurzfristig noch neue Blätter. Ich lese nicht so schnell wie ein Jurist, tut mir leid, aber was ich rausgehört habe, ist die Angst, dass wir Gebührengelder, zu denen Sie gezwungen worden sind, diese zu bezahlen, für dieses Projekt verwenden, statt Leitungen damit zu flicken. Da kann ich Ihnen versichern, dass das nicht der Fall ist. Wir sprechen von einer sich rechnenden Investition, sonst würden die Werkbetriebe diese nicht übernehmen wollen. Natürlich gibt es nie eine hundertprozentige Sicherheit. Als Wärmekunde haben Sie Alternativen: Sie können mit Pellets heizen, Sie können mit Schnitzeln heizen, Sie können mit Öl heizen, alles ist offen. Im Bereich der Wärme gibt es kein Monopol, darum ist das nicht gleich streng gehandhabt wie beim Wasser und Strom, wo Sie nur von den Werkbetrieben beziehen können. Das noch ganz kurz zu diesem Papier, den Rest werde ich dann in einer ruhigen Stunde noch lesen.

Fazit meiner Ausführungen: Es ist wichtig, dass wir die Zeit nutzen und ich bitte Sie wirklich, auf dieses Geschäft einzutreten.

Gemeinderat Stefan Geiges: Ich weiss, es ist unglücklich, nach dem Stadtrat noch zu sprechen, aber es ist mir ein grosses Anliegen. Ich sage in meinen Ausführungen ganz klar, es gibt keine rechtliche Grundlage, um 5 Mio. Franken von der Kasse der Werkbetriebe Frauenfeld zu zweckentfremden. Es gibt keine rechtliche Grundlage dafür. Es ist nicht gleich wie bei Swiss Power Renewables. Swiss Power Renewables hat ein Kraftwerk gekauft für Stromherstellung. Wie ihr wisst, fiel das runter, aber das ist ein anderes Thema. Sondern ich sage, es gibt keine rechtliche Grundlage. Wir haben auch Juristen hier, die können das gern betonen. Ich sage noch einmal, dass ich das gern am liebsten bei einem ausserkantonalen Verwaltungsrechtsspezialisten abgeklärt hätte. Bei den Juristen, die ich gefragt habe, war Achselzucken bis „geht nicht“ die Antwort. Das ist Zweckentfremdung von Gebührengeldern. Und wenn wir das hören, glaube ich, dann haben wir einen Grund, nicht mehr auf diese Botschaft einzutreten. Ich weiss nicht, ob es rechtlich abgeklärt wurde, nach meiner Information liegt keine rechtliche Grundabklärung vor, ob wir das dürfen. Das sind zweckgebundene Gelder. Ich wäre froh über eine entsprechende Antwort. Wir haben Juristen im Saal. Ich bin der Meinung, das geht nicht. So wie ich mein Rechtsverständnis habe in der Schweiz und für unsere Verfassung, die wir geschrieben haben.

Stadtrat Ruedi Huber: Ich glaube, wir sind jetzt in einer Pattsituation, das ist ganz klar. Aber ich möchte nochmals betonen, es sind nicht einfach fünf Millionen, die weggehen, sondern es ist ein Kredit, den wir möglichst günstig übernehmen möchten, damit das Projekt umfinanziert ist und nicht mehr so grosse Kosten entstehen, um dieses zu refinanzieren. Aber auch ich bin nicht Jurist. Wir haben genügend Juristen hier. Ich übergebe denen gern das Wort.

Abstimmung

Der Antrag auf Nichteintreten von Stefan Leuthold wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Materielle Beratung

Gemeinderat Marcel Epper, Referent im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen: Unsere GPK hat sich an drei Sitzungen intensiv mit dem vorliegenden Geschäft auseinandergesetzt. In der Diskussion hat sich schnell einmal gezeigt, dass die stadträtliche Botschaft verschiedene Fragen nur ungenügend beantwortete und zusätzliche Entscheidungsgrundlagen erarbeitet werden mussten, um die Kreditvorlage in ihren wesentlichen Aspekten beurteilen zu können. Die entsprechenden GPK-Protokolle mit den zugehörigen Anhängen sind für alle Gemeinderäte im Extranet einsehbar. Gestützt darauf verzichte ich darauf, den Gang der Diskussionen im Einzelnen darzustellen, sondern werde vielmehr eine Auslegeordnung der wesentlichen Aspekte vornehmen, die für die Entscheidungsfindung in der GPK von Bedeutung waren. Trotzdem werden meine Ausführungen als GPK-Sprecher mehr Zeit in Anspruch nehmen, wofür ich euch um Verständnis bitte. In Anbetracht einer Kreditvorlage von 5 Mio. Franken, dies hat auch die Eintrittsdebatte bereits gezeigt, und der Komplexität dieses Geschäfts scheint es mir wichtig zu sein, uns für die Beratung die nötige Zeit zu nehmen.

Es ist keine Frage, dass die Beratung des vorliegenden Geschäfts überhaupt keine Freude macht, da sie uns aus der finanziellen Zwangslage der Wärme Frauenfeld AG heraus quasi aufgezwungen wurde und bei dieser misslichen Ausgangslage eben nach Ansicht der Grossmehrheit der GPK keine Handlungsoption ist. Es wurden zweifellos in der Vergangenheit Fehler gemacht, sei

dies in der im Nachhinein zu optimistischen Beurteilung des Geschäftsgangs oder sei dies bei der falschen Einschätzung der Entwicklung der Energiepreise, der ungenügenden Beurteilung des Marktumfelds sowie der Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung. Für die Beurteilung dieser konkreten Kreditvorlage ist es jedoch müssig, heute darüber zu lamentieren, was man in der Vergangenheit hätte anders und besser machen müssen und wer dafür die Verantwortung trägt. An der unbefriedigenden Ausgangslage ändert dies nichts. Vielmehr sind wir alle aufgefordert, die in der Gesamteinschätzung bestmögliche Lösung zu finden, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Die Aufarbeitung der Vergangenheit und die daraus für die Zukunft zu ziehenden Lehren müssen an anderer Stelle abgehandelt werden. Ich erinnere hier beispielsweise an den Auftrag der Spezialkommission zur Erarbeitung eines Reglements zur Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte oder an die verschiedenen parlamentarischen Vorstösse, welche bereits zur Wärme Frauenfeld AG eingereicht wurden. Diese Aufarbeitung wird uns mit Bestimmtheit noch weiterhin beschäftigen.

Es ist aber eine Illusion zu glauben, dass es möglich sein wird, sämtliche offenen Fragen bis in alle Details klären zu können, um erst danach einen Entscheid zu treffen. Die Zeit dazu fehlt uns schlicht. Nach intensiver Debatte ist die Mehrheit der GPK an ihrer dritten Sitzung zur Überzeugung gelangt, dass die entscheidungswesentlichen Grundlagen vorliegen, um über diese Kreditvorlage befinden zu können. Dabei ist es nicht die Aufgabe des Gemeinderats, die Wärme Frauenfeld AG operativ zu führen und hierfür alle Geschäftsgrundlagen kennen zu müssen. Ein solches Rollenverständnis geht nach meiner Überzeugung zu weit, auch wenn ich aufgrund der bekannten Vorgeschichte Verständnis für das latente Misstrauen gegenüber der Wärme Frauenfeld AG habe. Heute haben wir vielmehr den strategischen Entscheid zu fällen, wie die Reise weitergehen soll und welches zukünftige Geschäftsmodell in Abwägung aller Chancen und Risiken Gewähr für eine bessere Zukunft bietet. Garantien dafür gibt es keine.

Bekanntlich haben im Jahr 2012 die Werkbetriebe Frauenfeld unter der Verantwortung des Stadtrats zusammen mit dem Abwasserverband und dem Stadtwerk Winterthur die Wärme Frauenfeld AG gegründet. Deren Zweck besteht darin, die im bereinigten Abwasser enthaltene Abwärme mittels eines an die Abwasseranlage angeschlossenen Wärmesystems für die Heizung von bis zu 30 grösseren Liegenschaften in der Stadt zu nutzen. Nach dem geplanten Vollausbau könnten jährlich bis zu 1,1 Mio. Kubikmeter Erdgas und 540'000 Liter Heizöl gespart werden, was zur Entlastung der Luft um rund 4700 Tonnen CO² pro Jahr führen würde. Diese Zielvorgabe ist aus heutiger Sicht im Rahmen des Energierichtplans und der daraus abgeleiteten Strategie nach wie vor richtig. Die dafür notwendige Basisinfrastruktur für die Wärmegewinnung auf der ARA sowie jene für den Wärmetransport ins Stadtzentrum ist bereits zu rund drei Viertel erstellt. Die Anschlussdichte ist aus den verschiedensten Gründen jedoch bis heute völlig ungenügend ausgefallen und liegt erst bei rund einem Drittel des vorhandenen Potenzials. Dieses Ungleichgewicht hat die Wärme Frauenfeld AG in grosse finanzielle Nöte gebracht, indem sie die Infrastrukturanlagen vorfinanzieren musste und der finanzielle Rückfluss aufgrund der noch zu geringen Anschlussdichte nicht in dem Ausmass erfolgte, wie dies prognostiziert war. Der Wärme Frauenfeld AG fehlt es heute schlicht an der Liquidität, um die laufenden Kosten zu decken und den erforderlichen Ausbau sicherzustellen. Verschärft wurde dieses Problem dadurch, dass die TKB vom ursprünglich zugesicherten Rahmenkredit von 5 Mio. Franken bis heute lediglich 2 Mio. Franken ausbezahlt hat und nicht bereit ist, zusätzliche Gelder zu sprechen. Hinzu kommt, dass das Fremdkapital zu deutlich schlechteren Zinskonditionen beschafft werden musste, als wenn die öffentliche Hand selbst Kreditschuldnerin gewesen wäre. Es ist davon auszugehen, dass die Wärme Frauenfeld AG in absehbarer Zeit, gemäss Angaben der Verantwortlichen vermutlich spätestens bis Ende des Jahres in eine Überschuldungssituation gerät und dannzumal möglicherweise gezwungen sein wird, die Bilanz zu deponieren, wenn keine Umfinanzierung

realisiert werden kann. Damit ergäbe sich ein Scherbenhaufen, welcher neben dem finanziellen Ausbau auch zu einem grossen Reputationsschaden für die Stadt Frauenfeld führen würde, den niemand will und den es zu verhindern gilt.

Bei der Entscheidungsfindung hat sich die Mehrheit der GPK wesentlich von den nachfolgenden Grundüberlegungen leiten lassen.

1. Die GPK geht davon aus, dass nicht mehr finanzielle Mittel in die Sanierung zu investieren sind als unbedingt notwendig. Je höher der gesamte Kapitaleinsatz ist, desto grösser ist im Worst-Case-Szenario das Verlustrisiko auf dem investierten Kapital.
2. Das Aktionariat der Wärme Frauenfeld AG besteht aktuell aus den Werkbetrieben Frauenfeld, dem Stadtwerk Winterthur sowie dem Abwasserverband Region Frauenfeld. Mit anderen Worten haben es die Stadt Frauenfeld beziehungsweise die Werkbetriebe nicht allein in der Hand, über die zukünftige Strategie beziehungsweise den richtigen Weg zu entscheiden. Jede Lösung muss zwingend auch vom Stadtwerk Winterthur und vom Abwasserverband mitgetragen werden. Ein Alleingang von Frauenfeld ist daher nicht zielführend.
3. Nach Ansicht der GPK ist bei der Entscheidungsfindung zu beachten, dass die Haftung sowie das finanzielle Risiko und damit letztlich die Verantwortung für die weitere Geschäftstätigkeit weiterhin auf mehreren Schultern verteilt bleiben. Damit wird einerseits das Risiko der Werkbetriebe reduziert und andererseits ist es nur folgerichtig, dass sich alle bisher Beteiligten auch weiterhin engagieren und finanziell beteiligen.
4. Es ist dafür zu sorgen, dass zukünftig die Transparenz gegenüber dem Gemeinderat seitens der Wärme Frauenfeld AG deutlich und nachhaltig verbessert wird.
5. Unabhängig der gewählten Lösung wird es seitens der Stadt Frauenfeld die Aufgabe der Werkbetriebe sein, deren Umsetzung operativ an die Hand zu nehmen. Es ist daher für die Mehrheit der GPK von entscheidender Bedeutung, dass die Werkbetriebe die getroffene Lösung aus Überzeugung mittragen und damit bestmöglich Gewähr bieten, dass die Neuausrichtung zum Erfolg geführt werden kann. Die operationelle, betriebswirtschaftliche und finanztechnische Sicht der Werkbetriebe, welche zweifelsohne über das notwendige Know-how für die Beurteilung der zukünftigen Strategieumsetzung verfügen, muss mit dem nötigen Gewicht berücksichtigt werden.

Auf Seite 8 der stadträtlichen Botschaft werden zusammenfassend die möglichen Szenarien zukünftiger Geschäftsmodelle beziehungsweise die verschiedenen Handlungsvarianten aufgezeigt. Die Varianten A, C, D, F und G wurden bereits schon vom Verwaltungsrat der AG im Rahmen seiner SVOT-Analyse aus zutreffenden Gründen abgelehnt und auch in der GPK nicht weiter vertieft diskutiert. Ich verzichte an dieser Stelle darauf, näher auf diese Varianten einzugehen. Die Variante A, nämlich die Inkaufnahme eines Konkursrisikos wurde von der GPK auf der Basis des entsprechenden Arbeitspapiers dagegen vertieft geprüft. Gesamthaft würde die Schadensbilanz im Fall eines Konkurses geldwerte Leistungen und offene Forderungsguthaben der Stadt Frauenfeld inklusive der Werkbetriebe im Umfang von ca. 3,6 Mio. Franken umfassen. Eine Herausnahme des Wärmerings aus der Konkursmasse würde schätzungsweise zusätzlich 2,5 Mio. Franken bis 3 Mio. Franken kosten. Damit ergäben sich im schlechtesten Fall bereits Kosten von rund 6 Mio. Franken ohne Berücksichtigung der zukünftigen Investitionen für den Ausbau der Anlage. Hinzu käme ein erheblicher Reputationsschaden, haftungsrechtliche Risiken und ein nicht zu unterschätzender Verlust an Glaubwürdigkeit gegenüber den Anschlusskunden bei der Fortsetzung der Geschäftstätigkeit nach dem Konkurs. Im Gegensatz dazu bietet die Variante B gemäss der stadträtlichen Botschaft einen Bruttokredit von maximal 5 Mio. Franken abzüglich der offenen Forderung der Werkbetriebe gegenüber der Wärme Frauenfeld AG von 1,7 Mio. Franken und verbunden mit der Option, die Geschäftstätigkeit ordentlich und nicht nach einem

Konkurs weiterführen zu können. Die GPK ist sich im Resultat darin einig, dass der Konkursfall jedenfalls keine vernünftige Handlungsoption darstellt.

Intensiv diskutiert wurde weiter die Variante E, wonach die Werkbetriebe Frauenfeld das ganze Unternehmen und dessen Finanzierung vollständig übernehmen würden, die Wärme Frauenfeld AG aufgelöst würde und das Stadtwerk Winterthur keine Funktion mehr hätte. Als Untervariante wurde zusätzlich die Übernahme durch die Werkbetriebe ohne Aufbau oder mit dem Aufbau einer eigenen Contractingabteilung diskutiert. Für beide Varianten wurden im Auftrag der GPK Arbeitspapiere erstellt, welche diese Varianten näher beleuchten. Es kann im Einzelnen darauf verwiesen werden. Im Resultat ist nach Ansicht der Mehrheit der GPK festzustellen, dass diese Varianten mit oder ohne Aufbau einer eigenen Contractingabteilung einen deutlich höheren Kapitaleinsatz verlangen würden. Neben den Übernahmekosten der bereits erstellten Anlagen von ca. 6,4 Mio. Franken müssten zusätzlich die zukünftigen Wärmезentralen von Neukunden selbst finanziert werden, zusätzliche Personalressourcen mit den entsprechenden Kosten zur Verfügung gestellt und die bestehenden Forderungsausstände gegenüber dem Stadtwerk beglichen werden. Je nach den getroffenen Annahmen ergäbe sich gesamthaft ein Investitionsvolumen, das vorsichtig geschätzt zumindest 15 Mio. Franken betragen würde. Zudem lägen zukünftig das finanzielle Risiko und die weitere Haftung ausschliesslich bei den Werkbetrieben. Aus den bereits dargestellten fünf Grundüberlegungen heraus hat sich daher die Mehrheit der GPK gegen diese Variante ausgesprochen.

Eingehend beraten wurde in der GPK sodann die Variante B sowie als Gegenvorschlag dazu die Option, dass die Werkbetriebe Frauenfeld zusammen mit dem Stadtwerk Winterthur sowie dem Abwasserverband mittels Kooperationsverträgen das Geschäft allein weiterführen und die Wärme Frauenfeld AG liquidiert wird. Auf Seite 9 wurden in der stadträtlichen Botschaft die Vor- und Nachteile der Variante B im Einzelnen dargestellt. Zu ergänzen sind die nachfolgenden Überlegungen:

Eines der Hauptrisiken bei Variante B liegt darin, dass sich die Zusatzinvestitionen nur dann auszahlen, wenn die Anschlussdichte innert nützlicher Frist im Lauf der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre planmässig gesteigert werden kann. Das gleiche Risiko besteht aber auch in der Gegenvariante mit Liquidation der AG. Zwei wesentliche Vorteile der Variante B gegenüber der Gegenvariante ohne AG liegen aber darin, dass der stadträtliche Vorschlag vom Stadtwerk Winterthur und vom Abwasserverband zustimmend mitgetragen wird sowie dass die bestehenden Endkundenverträge mit der AG weiterhin uneingeschränkt ihre Gültigkeit behalten. Im Fall der Gegenvariante ohne AG müsste der Inhalt der Kooperationsverträge zwischen den Werkbetrieben Frauenfeld und dem Stadtwerk Winterthur sowie dem Abwasserverband zuerst noch ausgearbeitet werden und es müsste die folgende Liquidation der AG durch die neuen Vertragspartner getragen werden. Es ist zumindest offen, ob die Beteiligten bei dieser Ausgangslage einen gemeinsamen Konsens finden würden, welcher den unterschiedlichen Einzelinteressen gerecht würde.

Zudem müssten auch bei einem solchen Lösungsmodell ein gemeinsamer Lenkungs- oder Steuerausschuss installiert werden, welcher die strategischen Entscheide fällt und für deren Umsetzung verantwortlich ist. In der Variante B übernimmt dagegen weiterhin der Verwaltungsrat der AG diese Funktion, wobei die einzelnen Verwaltungsräte ja gerade von den Aktionären selbst gestellt werden. Bei der Gegenvariante ohne AG müsste im Weiteren zuerst noch rechtlich geklärt werden, wie und unter welchen Modalitäten die heute mit der AG bestehenden Endkundenverträge auf das neue Konstrukt übertragen werden könnten. Übernimmt das Stadtwerk Winterthur allein die Endkundenverträge oder allenfalls zusammen mit den Werkbetrieben? Wer

haftet dann gegenüber den Endkunden und wer ist Ansprechpartner im Bereich des Vertriebs und des Verkaufs? Dies alles und noch viel mehr sind offene Fragen, welche bei der Variante B geregelt sind, bei der Gegenvariante ohne AG jedoch zuerst noch eingehend geklärt und ausgehandelt werden müssten, zumindest in der GPK nicht in der notwendigen Tiefe diskutiert wurden.

Ein weiterer Vorteil von Variante B liegt nach Ansicht der Mehrheit der GPK darin, dass die beteiligten Parteien als Aktionäre über den Aktionärsbindungsvertrag stärker an die AG gebunden sind und dass die Aktionäre auch ein ureigenes Interesse daran haben, dass das Geschäft gewinnbringend betrieben werden kann. Bei der Gegenvariante ohne AG wäre diese Bindung wohl kleiner, da eine ausschliessliche vertraglich geregelte Zusammenarbeit, wie sie im Einzelnen auch immer ausgestaltet ist, einfacher gekündigt werden kann. Es besteht bei der Gegenvariante ohne AG daher die Gefahr, dass die Eigeninteressen der Beteiligten stärker in den Vordergrund rücken, womit dieses Konstrukt wohl im Resultat nicht einfacher zu führen sein würde. Hinzu kommt, dass mit der Liquidation der AG letztlich zumindest ein Grossteil des investierten Aktienkapitals abgeschrieben werden müsste. In ihrer Diskussion war und ist für die Mehrheit der GPK von zentraler Bedeutung, dass sich die Vertreter der Werkbetriebe bis zuletzt unmissverständlich und klar für die Variante B ausgesprochen haben und davon überzeugt sind, dass diese Variante mit dem beantragten Kredit die bestmögliche Chance für die Zukunft eröffnet. So wurde seitens der Werkbetriebe argumentiert, dass alle anderen Varianten je nachdem, mit welchen Sicherheiten grösseren Risiken und höheren Investitionen verbunden sind.

Aus der grafischen Darstellung der Vertragsverhältnisse gemäss Anlagen zum GPK-Protokoll vom 4. Januar 2016 ist ersichtlich, wie die beteiligten Aktionäre bei der Variante B untereinander auf den verschiedenen Ebenen vertraglich verknüpft werden. Hervorzuheben ist hier, dass mit der Umsetzung der Variante B die Werkbetriebe Frauenfeld in Bezug auf zukünftige Investitionen zur Netzerweiterung beziehungsweise bezüglich Netzausschlüsse die alleinigen Entscheidungskompetenzen erhalten. Mit anderen Worten ist es aber unter diesem Zusammenarbeitsvertrag nicht mehr möglich, dass die Wärme Frauenfeld AG die Werkbetriebe quasi dazu zwingen könnte, in die Erweiterung des Netzes zu investieren. Vielmehr bleibt die Entscheidung, ob und in welchem Umfang in das Netz investiert wird, allein bei den Werkbetrieben und damit im Rahmen der Budgethoheit beim Stadt- bzw. Gemeinderat. Gemäss Auskunft des Verwaltungsrats der AG ist es vorgesehen, die konkreten Verträge bis April 2016 inhaltlich zu bereinigen und durch die Beteiligten zu unterzeichnen. Selbstverständlich geschieht dies unter dem Vorbehalt der Zustimmung zum beantragten Kredit durch den Gemeinderat und dann letztlich durch das Stimmvolk.

Die GPK hat ebenso die Frage der Transparenz gegenüber der AG diskutiert. Der Verwaltungsratspräsident der Wärme Frauenfeld AG, welcher an allen Beratungen der GPK teilgenommen hat, hat diesbezüglich Folgendes erklärt: „Danach hat der Verwaltungsrat der AG einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat über die GPK ein uneingeschränktes und unbefristetes Einsichtsrecht in die AG zu gewähren. Dieses Einsichtsrecht beinhaltet insbesondere Einblick in die jährlichen Geschäftsberichte, die Jahresabschlüsse mit Bilanz und Erfolgsrechnung, sämtliche Verwaltungsratsprotokolle und weitere wesentliche Unterlagen der AG.“ Mit diesem vertieften Einsichtsrecht zugunsten des Gemeinderats soll sichergestellt werden, dass allfällige Entwicklungen im Geschäftsgang der AG rechtzeitig erkannt und zur Diskussion gestellt werden können.

In Bezug auf die Weiterverwendung der GPK-Protokolle sowie deren Anhänge verweise ich Sie auf ein Mail vom 19. Februar 2016. Es handelt sich hierbei um die stadträtliche Antwort auf die entsprechende Anfrage der GPK.

In der GPK wurde auch die Frage der Rückweisung der stadträtlichen Botschaft an der zweiten und dritten Sitzung intensiv diskutiert. Im Resultat wurde der Rückweisungsantrag mit 2 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit der GPK vertritt hier die Ansicht, dass die Entscheidungsgrundlagen für eine materielle Beurteilung der Kreditvorlage vorhanden sind und mit einer Rückweisung an den Stadtrat zu viel Zeit verloren ginge, ohne wirklich neue Erkenntnisse zu gewinnen.

In der Schlussabstimmung hat die GPK dem stadträtlichen Kreditbegehren über 5 Mio. Franken bei 5 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen zugestimmt. Die Mehrheit der GPK hat damit der Variante B gemäss der stadträtlichen Botschaft den Vorzug gegeben. Namens dieser Mehrheit der GPK ersuche ich euch ebenfalls um eine Zustimmung zu dieser Kreditvorlage.

Gemeinderat Stefan Geiges, Referent im eigenen Namen: Ich stelle den Rückweisungsantrag des Geschäfts an den Stadtrat mit der Aufgabe, die Variante zur Übernahme der Wärme Frauenfeld AG durch die drei Aktionäre ohne AG abzuklären und neu zu beurteilen. Weiter stelle ich den Antrag, gemäss Art. 48 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung eine geheime Wahl durchzuführen. Gemäss diesem Artikel ist eine geheime Wahl dann möglich, wenn mindestens ein Fünftel der Anwesenden eine solche wünscht.

Begründung: Bevor ich zur Begründung komme, möchte ich noch zwei Sachen sagen. Das eine ist einen Antrag auf Verschiebung dieses Geschäfts auf die nächste Sitzung am 20. April stellen, denn ich habe noch immer keine Antwort betreffend Zweckentfremdung von Gebührengeldern. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass ich für die heutige Sitzung nicht nur die GPK-Protokolle gelesen habe, nicht nur den Bericht zum Wärmebetrieb noch einmal gelesen habe, sondern auch das Protokoll vom 1. Juli 2015, wo wir den Bericht genehmigten. Dann habe ich Swiss Power Renewables noch einmal durchgelesen und vieles mehr. Ich bin also einer der Gemeinderäte hier drin, die sich vorbereitet haben.

Begründung: Zuerst zum Grundsatz von uns Gemeinderäten Peter Hausammann und Stefan Geiges:

1. Die Fernwärme soll weiter betrieben werden.
2. Die Mitarbeiter, welche die Fernwärme erstellt haben, haben einen guten Job gemacht.
3. Die Form der AG hat bis jetzt nur Unklarheiten und Dreiecksverhältnisse gebracht und muss deshalb liquidiert werden.

Ich nehme erst die vorliegende Botschaft auseinander. Dies ist eine Botschaft vom Stadtrat an den Gemeinderat. Meine lieben Ratskolleginnen und Ratskollegen, in einer solchen Botschaft erwarte ich eine ausführliche Darlegung aller Fakten, nicht zuletzt aus dem Grund, dass viele Ratsmitglieder seit der Gründung der AG neu sind. Die Wärme AG wurde bereits am 15. Januar 2014 mit einer einfachen Anfrage von mir darauf aufmerksam gemacht, dass etwas schief läuft. Die damalige Antwort betreffend Risiko wurde damals mit dem Aktienkapital von 300'000 Franken beantwortet. Im Bericht vom 12. Mai 2015 kommen die 500'000 Franken aus dem Energiefonds dazu und ein Imageverlust. Neu, und dies nur gerade sechs Monate später lautet die Zahl – und da staunt ihr – 3'607'500 Franken. Diese Zahl stammt aus den Beilagen zum GPK-Protokoll vom 4. Januar 2016. Hätten wir keine AG, so könnten unsere GPK-Mitglieder ohne grossen Aufwand alles über die finanzielle Situation wissen und dies unter Art. 15 unseres Geschäftsreglements. Die AG hat uns über ein Jahr Zeit gekostet in diesem Bereich. An der Ratssitzung vom 1. Juli 2015 wurde zudem von vielen Fraktionen die Transparenz und die Einsicht in Zahlen gefordert. Sicher war nicht angedacht, dies mit den Auflagen umzusetzen, denn ich hoffe doch nicht, dass es üblich wird, dass ich mich als Gemeinderat anmelden muss und nichts

kopieren und nichts fotografieren darf (auch wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Werkbetriebe immer freundlich waren). Auch hier hat die AG nicht wirklich dazu beigetragen, die geforderte Transparenz umzusetzen. In der Botschaft wird als Hauptgrund die Reduktion von CO² aufgeführt. Viele angeschlossene Liegenschaften sind im Minergielevel gebaut und somit muss der CO²-Ausstoss wohl nebenher erfolgen. Auf Deutsch: Die Liegenschaften hätten sowieso die Einsparungen gemacht, jetzt einfach mit der Fernwärme. Die berühmte Formel 1 kWh Strom = 3-4 kWh Wärme – ob dies inklusive der grossen Pumpenleistung ist, die benötigt wird, um das Wasser von der ARA bis zum Regierungsgebäude zu pumpen, bezweifle ich. Auch diesen Punkt erfüllt die AG nicht, obwohl zu erwarten wäre, dass man mindestens unsere Reglemente akzeptieren würde.

Auf Seite 13 wird ersichtlich, wie erfolgreich die AG gewirtschaftet hat. Im Kaufpreis von 5 Mio. Franken ist bereits eine Abschreibung von 3.4 Mio. Franken enthalten. Denn wir kaufen Leitungen für 3,6 Mio. Franken und für 1,4 Mio. Franken kaufen wir die Anlage in der ARA. Der Wert allein für die beiden beträgt aber 7 Mio. Franken. Dies ergibt eine Differenz von 3,4 Mio. Franken. Hätten wir keine AG, so könnten wir solche Abschreibungen jährlich sehen an der Budget- und Rechnungssitzung und so würden wir sicher früher reagieren.

Ebenfalls auf Seite 13: Es betrifft die Dringlichkeit der Botschaft und aus diesem Grund haben wir anscheinend keine Zeit mehr, die Variante Hausammann/Geiges zu untersuchen. Es betrifft dies die kleinen Kredite, welche zu grossen Kosten führen. Hier werden die TKB, also die Thurgauer Kantonalbank mit 2 Mio. Franken, der Kanton Thurgau mit 1 Mio. Franken und der Energiefonds mit 0,5 Mio. Franken genannt. Ich glaube, wir sind uns einig, dass keine dieser Institutionen unsere Fernwärme in den Konkurs treiben will.

Noch eine Bemerkung zu Seite 14 der Botschaft: Dass eine alleinige Übernahme der Fernwärme durch die Werkbetriebe nicht das Richtige ist, wurde Gemeinderat Hausammann und mir schnell klar. Insbesondere genügte uns eine Klärung des Leiters der Werkbetriebe Ernst Haas, in welcher er aufzeigt, dass die Werkbetriebe zu klein sind für eine eigene Contractingabteilung.

Zum GPK-Protokoll: Stadtrat Ruedi Huber wusste, dass wir für die Variante Zusammenarbeit mit Winterthur sind. Leider haben wir es verpasst, dies den GPK-Mitgliedern gut zu erklären. Dies führte dazu, dass in den zwei ersten GPK-Sitzungen nicht über unsere Variante, sondern immer nur über die Übernahme durch die Werkbetriebe diskutiert wurde. Stadtrat Ruedi Huber teilte am 13. Dezember mit, dass es keine Angebote gibt. In der dritten Sitzung wurde das Thema angeschnitten. Ich zitiere aus dem Protokoll der GPK-Sitzung: „Kommissionspräsident Marcel Epper nimmt das Thema der zweitbesten Variante nochmals auf. Aus den Diskussionen innerhalb und ausserhalb der GPK konnte er entnehmen, dass die Variante AG als Betriebs- und Verkaufsplattform bestehen zu lassen, lediglich das ganze Geschäft an die Werkbetriebe Frauenfeld und Stadtwerke zu übertragen, eine Alternative sein könnte. Es müsste dann zwischen Winterthur und Frauenfeld ein Kooperationsvertrag gemacht werden und die AG aufgelöst werden. Ihn würde daher interessieren, wie eine solche Variante von den Werkbetrieben Frauenfeld beurteilt würde. Stadtrat Ruedi Huber ist diese Variante und die damit verbundenen Fragen bereits bekannt. Es stellt sich wirklich die Frage, ob die Sache auch ohne AG funktionieren würde. Zumindest das Transparenzproblem wäre dann gelöst. Er hat sich dazu erst Überlegungen gemacht, es müssten noch ganz viele neue Fragen geklärt werden. Es stellt sich beispielsweise die Frage der Endkundenverträge. Diese haben jetzt einen Vertrag mit der AG. Solche Verträge müsste man möglicherweise kündigen und somit stellt man sich der Gefahr, dass es bei neuen Verhandlungen zu Problemen kommen könnte. Es stellen sich auch Haftungsfragen, die geklärt werden müssten. Die Frage der Transparenz stellt sich auch hier. Man kann mit einer solchen Variante

die Transparenz immer sicherstellen. Aber die Steuerungsfrage darf nicht vergessen werden. Diese ist mit der AG klar beim Verwaltungsrat. Auch die Seite des Abwasserverbands muss betrachtet werden. Es handelt sich dabei schliesslich um den dritten Part in dieser Sache. Man wollte den Abwasserverband ganz bewusst in dieser AG einbeziehen. Man sieht also schnell, dass sehr viele neue Fragen auftauchen würden. Urs Manser stellt fest, dass er in keinster Art und Weise an dieser AG hängt. Darum geht es nicht. In der Zwischenzeit wurden ganz viele verschiedene Varianten durchgedacht und durchgespielt. Die Variante, wie sie vom Kommissionspräsidenten erwähnt wurde, hat man nicht in der Tiefe geprüft. In dieser Variante kommen neue zusätzliche Themen auf den Tisch.“ Wer das Protokoll gelesen hat, sieht, dass die GPK sehr viel geredet hat. Die GPK hat nicht wirklich etwas gegen unsere Variante. Das steht da nicht drin. Es gibt einfach neue Fragen, die abzuklären sind. Es ist ein anderer Weg, nicht mehr und nicht weniger.

Wenn Sie dieser Botschaft zustimmen, kaufen Sie die Katze im Sack.

1. Der Gemeinderat hat nach wie vor nichts zu melden in dieser Sache.
2. Die Transparenz gegenüber den Frauenfelderinnen und Frauenfeldern fehlt vollkommen.
3. Sie stimmen einer Botschaft zu, die 5 Mio. Franken gebundenes Geld zweckentfremden wird.
4. Themen wie „Ist der definierte Gasverbrauch von ca. 15 bis 20 Prozent eingehalten, was geschieht, wenn nicht?“ oder „Kann man die gleichen Rechte von privaten und öffentlichen Abnehmern gewährleisten? Und ist man bereit, der GPK Einsicht zu gewähren?“ werden ewig auftauchen, bis die AG die richtigen Auskünfte gibt. Ohne AG wären dies Fragen, welche man im Rahmen der GPK-Sitzung erledigen könnte.

Ich weise darauf hin, dass ich die Ausführungen des GPK-Präsidenten Marcel Epper heute zum ersten Mal so deutlich gehört habe, dass die GPK und der Gemeinderat Einsicht in die AG haben können. In diesem Sinn bin ich erstaunt. Aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Gemeinderat Hausammann und ich wollen nichts anderes, als was Sie uns schon lange gegeben haben, nämlich das Vertrauen, dass wir das Geschäft bestens kennen und es noch nicht fertig durchgedacht wurde. Deswegen bitte ich Sie, das Geschäft an den Stadtrat zurückzuweisen, damit die Fernwärme eine zweite Chance kriegt. Sie werden der AG keinen Gefallen machen, wenn Sie jemanden im Stadtrat schützen wollen.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Gehe ich recht in der Annahme, dass Sie über den Rückweisungsantrag geheim abstimmen wollen?

Gemeinderat Stefan Geiges: Ja.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Ich schlage vor, dass wir zuerst den Rückweisungsantrag deponieren und wenn die Diskussion erschöpft ist, über diesen Antrag abstimmen werden. Wird der Rückweisungsantrag abgelehnt, dann werden wir die materielle Beratung normal durchführen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden?

Gemeinderat Marcel Epper: Ich möchte darauf hinweisen, wenn Gemeinderat Geiges die geheime Abstimmung wünscht, muss zuerst darüber abgestimmt werden. Im entsprechenden Artikel 48 des Geschäftsreglements ist festgehalten, dass grundsätzlich offen abzustimmen ist, ausser ein Fünftel der anwesenden Mitglieder wünsche die geheime Abstimmung. Bei offenen Abstimmungen gilt jeder Antrag als angenommen, der das Mehr der Stimmenden hat. Bei Stimmengleichheit hat ja die Präsidentin den Stichentscheid, aber bei der geheimen Abstimmung

mung ist bei Stimmgleichheit der Antrag abgelehnt. Ich bin schon entschieden der Ansicht, dass über die Rückweisung offen abgestimmt werden kann, darum stelle ich hier den Anschlussantrag, hierzu braucht es mindestens zehn Mitglieder des Gemeinderats, dass keine geheime Abstimmung stattfinden wird, sondern im Fall der Annahme der geheimen Abstimmung mittels eines Namensaufrufs einzeln abgestimmt wird und das Ergebnis zu protokollieren ist. Hierzu bedarf es der Zustimmung von zehn Gemeinderäten.

Gemeinderat Andreas Elliker: Ich habe im Büro nachgeschaut, wie es mit der geheimen Abstimmung ist. Da braucht es einen Fünftel der anwesenden Gemeinderäte, also sieben. Es ist nicht 10 Prozent, wie bei offener Abstimmung mit Namensaufruf. Ich will das einfach klarstellen, ein Fünftel, 20 Prozent der Gemeinderäte müssen einer geheimen Abstimmung zustimmen. Das ist im jetzigen Fall sieben, dies in Vertretung von Bürgern.

Gemeinderat Heinrich Christ, Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale: Wer die Abstimmungsfrage nachschlagen möchte, kann dies gut tun, während ich rede. Ich möchte noch inhaltlich zu diesem Rückweisungsantrag sprechen. Ich und auch wir möchten nicht über alte Fehler reden. Wenn das so angekommen ist, so tut uns das leid. Der Stadtrat stellt uns den Antrag, 5 Mio. Franken Kredit zu sprechen. Ich glaube, wenn es um 5 Mio. Franken Kredit geht, darf man für die Zukunft darüber sprechen, was wir an Transparenz und Einsicht erwarten. Genau darum geht es, um diese 5 Mio. Franken und was wir entsprechend erwarten.

Zur Botschaft: Es geht nicht um die Länge der Botschaft. Auch eine gute Botschaft kann kurz sein. Uns ist es wichtig, eine vollständige Botschaft in den Händen zu haben. Eben diese Aufhebung der Geheimhaltung befriedigt uns nicht, das habe ich schon gesagt. Da stellt sich für mich, das habe ich vorhin vergessen zu sagen, die Frage, auf welcher Grundlage der Stadtrat überhaupt Art. 17 und 21 des Geschäftsreglements ausser Kraft setzt.

Es wurde uns auch vorgeworfen, wir hätten Angst vor AGs. Ich habe gewiss keine Angst vor AGs, ich habe das Glück, dass ich sogar ganz viele Aktien der richtigen AGs besitze und jedes Jahr die Dividenden einheimsen kann, was etwas Schönes ist. Und selbstverständlich sind die Aktiengesellschaften auch sehr wichtig für unser wirtschaftliches Leben. Das ist Zufall, eine wichtige Frage in meiner Dissertation kreiste nämlich darum, in welchem Zusammenhang macht es Sinn, eine AG zu bilden und wo macht es keinen Sinn. Und genau diese Frage lasse ich mir sicherlich nicht verbieten. Die müssen wir uns heute auch stellen. Ich denke, wenn es nur darum geht zu löschen, finden wir auch günstigere Lösungen. Der Begriff Übergangskredit wurde schon angesprochen.

Ich glaube, auch wenn es eilt, sollten wir uns nicht unter Druck setzen lassen. Es wäre schade, wenn wir heute nein sagen müssten. Besser ist es, das Geschäft zurückzuweisen, dem Stadtrat eine zweite Chance zu geben. Wie gesagt, ich vertraue dem Stadtrat. Wie es Marcel Epper in seinem Fraktionsreferat sagte und jetzt auch Stefan Geiges aus dem GPK-Protokoll zitierte, es gäbe andere Alternativen, andere Varianten und die wurden noch nicht zu Ende geprüft. Wie wollen wir wirklich wissen, dass die anderen Varianten schlechter abschneiden? Solange wir das nicht bewiesen haben, möchte ich nicht weiter über dieses Geschäft diskutieren. Deshalb unterstützen wir den Antrag auf Rückweisung und ich auch den Antrag auf geheime Abstimmung.

Gemeinderat Thomas Gemperle: Vielleicht habe ich etwas verpasst, aber mir fehlt immer noch die Begründung, warum Sie eine geheime Abstimmung wollen. Sind das rein taktische Gründe oder gibt es dafür einen Grund? Ich finde es ein wenig merkwürdig, wenn immer über

Transparenz gesprochen wird, wenn Transparenz das Thema ist und dann fordert man eine geheime Abstimmung. Da habe ich schon meine liebe Mühe damit und werde darum diesen Antrag ablehnen. Man kann zu seinen Meinungen stehen, finde ich.

Gemeinderat Peter Hausammann: Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag zu unterstützen. Zwei Vorbemerkungen: Zu dieser Geschichte betreffend Zweckentfremdung von Gebührengeldern wurden ja Juristen angesprochen. Das Papier, das von mir mitunterzeichnet wurde, gibt exakt meine begründete Meinung wieder, aber weil das Papier relativ kurzfristig ist, hier vielleicht zwei, drei Bemerkungen dazu:

Die Grundaussage ist eben die, die Gebühren für Wasser, Strom und Gas werden ja in Frauenfeld entsprechend ihren gesetzlichen Grundlagen für den Bezug dieser Leistungen zweckgebunden erhoben und bezahlt. Nicht für den allgemeinen Staatshaushalt, nicht für die Beteiligung an einem AKW, nicht für den Kauf oder den Bau einer Fernwärmeleitung. Und wegen dieses strengen Kostendeckungsprinzips sind eben grundsätzlich Ablieferungen an den Staatshaushalt oder indirekte Querfinanzierungen von anderen Zwecken grundsätzlich nicht erlaubt. Das gilt klar bei Wasser, Abwasser und Abfall. Bei Strom, Gas und Fernwärme ist es grundsätzlich möglich, aber dann braucht es ein Gesetz, das sagt, schaut, wenn ihr da Gebührenzahlungen von so und so viel habt, kommt so und so viel weg für das und das. Der Gemeinderat und der Stadtrat haben ja gezeigt, wie das konkret geht. Ich erinnere an den Energiefonds, dort haben wir genau das gemacht, und dort ist es korrekt und zulässig und richtig. Aber jetzt im Nachhinein kann man nicht mit einem Verpflichtungskredit diese Zweckbindung unterbinden, weil die gesetzliche Regelung und Bemessung der Abgeltung eben allgemein verbindliche Geltung hat. Es spielt eben auch keine Rolle, wie Stadtrat Huber angetönt hat, ob und wann der Kaufpreis refinanziert wird. Das ist irrelevant. Es geht eben um den Kredit für den Kauf. Zu bewilligen ist der Verpflichtungskredit und das kann man nicht aus den Gebührengeldern machen. Für das muss man eine andere Finanzierung finden. Ich bitte Sie, wischen Sie diesen Einwand nicht einfach vom Tisch. Ich erinnere an das Kunstmuseum.

Beim Votum von GPK-Präsident Marcel Epper bin ich mit vielen Sachen einverstanden, zumindest mit den meisten. Wir würden sagen, das ist ausser Streit. Die entscheidende Differenz ist eben die Frage, ob dieses Modell mit der AG das Richtige ist oder das Modell ohne AG mit den Kooperationsverträgen. Ich kann das vom Schiff aus nicht sagen. Aber ich möchte, dass das abgeklärt wird. Kollege Geiges und ich haben uns ja dazu ein bisschen etwas überlegt, und wenn wir selber herausgefunden hätten, das funktioniert sicher nicht, hätten wir die Idee gar nicht gebracht. Natürlich gibt es Fragen, aber man kann doch nicht eine Abklärung, die gefordert wird, mit dem Argument verweigern, es stellten sich Fragen. Es geht ja genau darum, diese Fragen zu klären. Und mit der Zeit kann man wohl auch nicht argumentieren. Ich erinnere, wir waren im Mai beim Verwaltungsratspräsidenten und beim zuständigen Stadtrat. Wenn in der Botschaft nichts drin ist und wenn man es dann wieder sagt, kann man doch nach fast einem Vierteljahr nicht sagen, wir hätten keine Zeit und wir müssten jetzt pressieren, weil sonst die AG hopsgeht. Es wurde auch in der GPK mit dem Zeitargument Druck aufgebaut, da hat es zuerst geheissen, es müsste hopp zackzack gehen, sonst gehe die AG hops, und diese Aussage musste nachher korrigiert werden. Also muss man jetzt nicht wieder mit diesem Argument kommen. Es ist extrem schade, dass man das nicht geprüft hat. Es muss eigentlich auf prima vista problemlos möglich sein, das Ganze ohne AG zu machen. Frauenfeld mit Winterthur und dem Abwasserverband mit vertraglichen Regelungen. Auch jetzt haben wir gehört, die AG beruht ja auch auf einer vertraglichen Vereinbarung und die Aufgaben der AG übernehmen die Beteiligten selber. Das kann deshalb kein Problem sein, weil die AG ja, wie wir mehrmals gehört haben – als ich das zum ersten Mal gehört habe, war ich bass erstaunt – die AG hat ja gar kein Personal, son-

dern schon bisher machen die Aktionäre die Arbeiten für die AG. Also alle machen das, was sie bisher schon gemacht haben, einfach nicht für die AG, sondern für Frauenfeld und Winterthur. Der Abwasserverband ist ja diesbezüglich nicht eingebunden, sondern der liefert einfach die Abwärme und hat die Räumlichkeit für die Anlage gemacht. Ich habe auch noch einmal die Vertragsparameter, die Kollege Epper angesprochen hat und die in der GPK verteilt wurden, zurate gezogen. Wenn ich das anschau, sehe ich da prima vista Ebene 1 grundlegende übergeordnete Verträge und Ebene 2 Übertragung der Assets von AG auf Frauenfeld und Winterthur. Das wird bleiben. Was muss passieren? Wir werden den übergeordneten Vertrag natürlich noch anpassen müssen. Wenn die AG weg ist, müssen die Assets, wie es auf Neudeutsch so schön heisst, übertragen werden. Die Ebene 3 dieser Pyramide: Zusammenarbeitsverträge, da haben wir ja dieses Zauberwort, das wird ja jetzt schon gebraucht, die werden auch gemacht, aber eben nur zwischen Frauenfeld, Winterthur und dem Abwasserverband. Die Zusammenarbeitsverträge, die alle diese drei mit der AG haben, braucht es dann nicht mehr. Diese Geschichten werden in die anderen Verträge umgeleitet. Ich sehe einfach nicht, wieso das nicht gehen sollte. Definiert sind das dann die einzelnen Energieleistungsverträge pro Objekt, da wird man sich dann überlegen müssen, macht man das mit Frauenfeld oder macht man das mit Winterthur oder gibt es allenfalls eine gemeinsame Lösung. Aber dass das nicht gehen soll, leuchtet mir nicht ein. Es wird auch gesagt, das sind Kundenverträge. Oh, jetzt müssen wir 30 oder 50 neue Verträge abschliessen. Wie viele Kunden hat denn die AG? Ich glaube acht. Davon sechs beim Kanton, einer bei der Stadt, ein Privater. Das können Sie mir doch nicht erzählen, dass das nicht funktionieren sollte, dass man diese Verträge überträgt. Die meisten werden ja froh sein, wenn es nachher die Stadt Frauenfeld ist und nicht mehr die AG.

Es wurde noch die Frage der Steuerung angesprochen. Natürlich muss man sich das nachher fragen, aber die Antwort hat Kollege Epper auch schon gegeben. Wie es Kollege Geiges gesagt hat, er ist ja gar nicht grundsätzlich gegen diese Geschichte. Ich habe das Gefühl, er fühlt sich zeitlich auch ein bisschen unter Druck. Mit einem Lenkungsausschuss, wie es bei vielen Projekten funktioniert – dann macht man halt einen Lenkungsausschuss mit dem Hinweis auf den Verwaltungsrat, den man hier hat, dann sei das Problem gelöst. Da mache ich ein grosses Fragezeichen. Was steht im Protokoll Seite 13? Verwaltungsratspräsident Manser: Die Wärme Frauenfeld AG leitet in erster Linie das Inkasso und leitet dann den Umsatz mit dem entsprechenden Verteilschlüssel weiter. Das ist doch ein bisschen überspitzt formuliert die Aufgabe der AG. Der Verwaltungsrat der AG kann ja nicht aufs Mal die Steuerungsgruppe sein für Sachen, die gar nicht die AG betreffen. Die AG, die wir in diesem neuen vorgeschlagenen Modell erhalten, ist ja eine amputierte AG, eine Eunuchen-AG. Und da kann man nicht sagen, der Verwaltungsrat dieser Eunuchen-AG sei dann die Steuerungsgruppe für die ganze Geschichte. Auch bei diesem Modell müssen die Partner so oder so noch eine andere Steuerungsgruppe haben. Auf jeden Fall sind das Fragen, die man klären muss, die man lösen kann, die man sicher nicht einfach vom Tisch wischen kann. Andere Sachen, die wir gar nicht gewollt haben, sind ja auch geprüft worden mit Blättern und Papieren. Wenn wir uns noch mit den Vorteilen und Nachteilen beschäftigen wollen, haben wir auch ein Papier ... *(diverse Korrekturen gemäss Gemeinderatsprotokoll vom 18. Mai 2016)*

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Gemeinderat Hausammann, darf ich Sie bitten, rein beim Rückweisungsantrag zu bleiben, weil wir nachher ...

Gemeinderat Peter Hausammann: Das ist ja zum Rückweisungsantrag.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Wenn es einen Rückweisungsantrag gibt, können wir weiterdiskutieren.

Gemeinderat Peter Hausammann: Das ist zum Rückweisungsantrag. Ich erkläre, warum wir zurückweisen mit dem Auftrag ohne die AG. Ich will erklären, wie es ohne AG laufen kann. Das ist ja der Witz der Rückweisung. Vorteile des neuen Geschäftsmodells werden erklärt, da die ersten fünf auf der ersten Seite. Die Kredite und Darlehen werden zurückbezahlt, dadurch Entschuldung der Wärme Frauenfeld AG. Das passiert auch beim anderen Modell. Die Finanzierungsproblematik wird langfristig gelöst. Auch beim anderen Modell: kostengünstiges Modell, sicherlich kostengünstiger als ein Vertragsmodell. Keine zusätzliche Kapitaläufnung durch die Aktionäre. Auch ausgewogenes Modell in Bezug auf die Einbindung aller Aktionäre. Das kann man genau gleich mit den gleichen Grundlagen lösen. In diesem Papier sind dann auch die Nachteile des neuen Geschäftsmodells drin, die Komplexität im Rahmen des Geschäfts wird erhöht. Und wenn man von vier einen wegnimmt und dann statt mit vier nur noch mit drei einen Vertrag machen muss, würde ich meinen, rein von der Logik als Laie – ich bin nicht Betriebswirtschaftler – dass es eben einfacher wird und nicht komplexer. Und dann steht hier drin: Nachteile neues Geschäftsmodell: Die vom Gemeinderat geforderte umfassende Transparenz lässt sich nur bedingt herstellen. Und dieser Nachteil wandelt sich eben zugunsten des Vorteils des anderen Modells, das geprüft werden soll, ab.

Also wir sehen Transparenz, Einbindung Volk und Gemeinderat, demokratische Kontrolle, keine Eunuchen-AG, weniger komplex, weniger Schnittstellen, weniger aufwendig, weniger Kosten. Wir sehen das prima vista, und weil wir das sehen, möchten wir das gern vertieft korrekt geprüft haben. Und wenn die Prüfung ergibt, dass wir einen Mist erzählt haben, dann sind wir die Ersten, die das zugeben.

Gemeinderat Stefan Geiges: Ich wurde angesprochen betreffend geheimer Wahl. Darauf möchte ich selbstverständlich Antwort geben. Bei diesem Geschäft haben viele von Ihnen, davon bin ich überzeugt, heute Abend Neues gehört. Sie haben die Fakten gehört und ich sage es noch einmal, wir haben keine rechte Grundlage, um über die 5 Mio. Franken abzustimmen. Das sind Fakten, die wichtig sind. Glauben Sie mir, in diesem Rat habe ich schon erlebt, da habe ich auch schon eine geheime Abstimmung gemacht, weil ich wusste, dass jemand anders stimmt, wenn es eine geheime Abstimmung gibt. Marcel Epper hat zu Recht gesagt, wenn sein Antrag durchkommt, ist Namensaufruf. Damit habe ich auch kein Problem. Aber Sie alle haben in Ihren Fraktionen Ihre Voten gefasst, beziehungsweise es ist ja eigentlich schon klar, wie wir abstimmen. Mit der geheimen Wahl gibt man die Chance, ohne Druck zu sagen, an und für sich ist die Rückweisung nicht schlecht. Daher bin ich jetzt dafür. Es geht nicht um Ja oder Nein, es geht um Rückweisung. Das ist der Grund, warum ich eine geheime Wahl möchte. Das ist das eine, und grundsätzlich bin ich dafür, dass wir unser Reglement brauchen. Marcel Epper hat das zu Recht entdeckt, dass man das auch anders machen kann. Ich habe mit keiner der Varianten Mühe. Ich bin Politiker. Ich kann auch verlieren.

Stadtrat Ruedi Huber: Ich habe hier zwei, drei Hinweise erhalten, zu welchen ich auch noch Stellung nehmen möchte: Das eine war der Vorwurf wegen den Leitungen, dass wir da 2 Mio. Franken abgeschrieben haben. Die Basisinfrastruktur kostete 7 Mio. Franken, davon kamen rund 2 Mio. Franken wieder zurück als Anschlussgebühren. Nur der kleinste Teil waren Abschreibungen. Das sind keine extremen Abschreibungen.

Die Vor- und Nachteile der AG wurden wirklich gründlich verglichen.

Der Dritte noch wegen diesen gebundenen Geldern, da bin ich nach wie vor der Meinung, dass wir hier kein gebundenes Geld verwenden. Wie bereits gesagt, bin ich auch kein Jurist. Auf jeden Fall nehmen wir auch kein Geld von den Werkbetrieben weg. Die Werkbetriebe helfen mit

zu finanzieren. Wenn das so klar ist, Peter Hausammann, dass man das Geld gar nicht einsetzen darf, d.h. den Kredit rechtlich nicht holen darf, bin ich schon etwas erstaunt, dass man das erst heute Abend herausfindet und uns mitteilt. Zwei Wochen vorher hätten wir das ruhig klären können, wir hätten jetzt diese Diskussion nicht. Ich wünsche da einen fairen Umgang miteinander.

Dann stellt sich für mich noch eine weitere Frage: Als die Werkbetriebe Solaranlagen hätten finanzieren sollen, gab das auch keine Diskussion, ob das eine Zweckentfremdung von Geldern ist. Als das Wasserkraftwerk gebaut wurde, ich weiss nicht, ob man damals ein Gesetz gehabt hat, das zu finanzieren. Ich lasse diese Fragen jetzt einfach auch einmal im Raum stehen.

Gemeinderat Peter Hausammann: Nochmals das mit den Argumenten: Ich habe das schon bei Kollege Zahnd gesagt, man kann es bringen, wann man will, es ist nie recht. Wir haben jahrelang immer wieder geredet und dann sagst du, lieber Röbi, fairer Umgang und sagst etwas von Verständnis und so, aber ich bekomme keine Informationen und nichts. Und ich liefere alle meine Argumente. Das mit der Zweckentfremdung war mir zuvor auch nicht bewusst. Ich habe mir andere Sachen überlegt. Dann hat ein Verwaltungsjurist mich darauf gebracht, dann war das auf dem Papier, das Kollege Huber bekommen hat, dem zweiseitigen Papier mit einem Verweis auf ein weiteres zweiseitiges Papier, drauf, Zweckentfremdung von Gebührengeldern. Es war einfach ein solcher Abschnitt. Dann habe ich mich nochmals hingesezt und mich dahintergeklemmt und das Papier auf heute noch gemacht. Bekannt war es seit einer Woche.

Abstimmung

Geheime Abstimmung (Geiges):	9 Stimmen
Abstimmung mit Namensaufruf (Epper):	23 Stimmen
Enthaltungen:	2 Stimmen

Gemeinderat Andreas Elliker: Ich will, dass diese Abstimmung möglichst rasch durchgeht. Die Gemeinderatssekretärin Heidi Arnold wird die Namen aufrufen. Ich bitte, mit Antworten Ja, Nein oder Enthalten zu melden. Ich werde dies aufführen. Die Gemeinderats-Vizepräsidentin wird es unabhängig auch aufführen. Das Vieraugenprinzip ist unabhängig.

Abstimmung mit Namensaufruf

Bernhard-Ott Anita:	Ja
Blumer Alex	Nein
Buff Eveline	Enthalten
Christ Heinrich	Ja
Dreyer Susanna	Nein
Duewell Ursula	Nein
Elliker Andreas	Nein
Epper Marcel	Nein
Erne Sandro	Nein
Frey Pascal	Ja
Geiges Stefan	Ja
Gemperle Thomas	Enthalten
Geuggis Philipp	Nein

Hänni Severin	Nein
Hausammann Peter	Ja
Hefti Michael	Ja
Keller Christoph	Nein
Kern Sandra	Ja
Kienast Samuel	Enthalten
Kurzbein Robin	Ja
Lerch Michael	Nein
Leuthold Stefan	Ja
Mader Christian	Nein
Marty Fredi	Ja
Regli Christoph	Nein
Rutz Marcel	Enthalten
Schläpfer Jörg	Nein
Senn Jürg	Nein
Stricker Benjamin	Ja
Tschanen Christoph	Nein
Wälchli Christian	Nein
Wildberger Peter	Ja
Zahnd Christa	Nein
Zahnd Robert	Nein

Der Rückweisungsantrag wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Materielle Beratung

Gemeinderat Christoph Regli, Referent im Namen der CVP/EVP-Fraktion: Im Grundsatz sind wir der Meinung, dass Frauenfeld mit der Energiezentrale und dem Wärmenetz Frauenfeld eine zukunftssträchtige und umweltfreundliche Form der Energiegewinnung fördert, was sehr begrüssenswert ist. Trotzdem ist die heutige Situation der Wärme Frauenfeld AG natürlich alles andere als erfreulich. Letztlich geht es darum, die beste aller schlechten Varianten für das Überleben des Konzepts herauszufinden. Pest oder Cholera? Der Konkurs scheint nur im ersten Moment ein taugliches Mittel zu sein, um Kreditvergaben zu bestrafen, die höhere Risikozinssätze einsetzten und sich letztlich doch auch auf die Sicherheit der Stadt stützten. Vielleicht erhalten wir die Differenz als Geschenk. Ein kleiner Beitrag, um ein komplexes Konkursverfahren zu verhindern. Zu viel ist neben dem Aktienkapital noch hängig, zu viel riskieren wir, wenn wir nichts machen. Auch wo es die Stadt und die verschiedenen Organe betrifft, soll nicht die Vergangenheit bewältigt werden. Für uns ist aber wichtig, dass wir feststellen dürfen, wenn auch Fehler auf Seiten des Stadtrats passiert sind, es scheinen keine strafrechtlich relevanten Tatbestände erfüllt worden zu sein.

Eine Kommission ist nun ja daran, Spielregeln dafür zu definieren, solches zukünftig zu verhindern. Wir sind froh, dass die Protokolle der GPK in der Diskussion verwendet werden dürfen. Für den Lösungsansatz scheinen uns folgende Punkte wichtig und erwähnenswert: Das Haftungsrisiko soll weiterhin auf drei Schultern verteilt und klar sein. Die Werkbetriebe Frauenfeld sollen hinter der Lösung stehen. Wir wollen, dass die Beteiligten beweisen wollen, was ihr Vorschlag verlangt und nicht dass der aufgezwungene Weg eben untauglich sei. Langfristig soll auch wie-

der Geld zurückfließen, auch wenn es keine Garantie für einen neuen Investor gibt und dies in den nächsten Jahren sicher nicht realistisch ist. Die Anlagen sollen in Betrieb bleiben und eine langfristige Finanzierung gewährleistet werden. Die AG soll auf ein Minimum reduziert werden, also ohne Infrastruktur. Wir sind uns bewusst und befürchten, dass die AG ein schlechterer Gesprächspartner ist als die Stadt. Das müssen wir aber in Kauf nehmen. Wir hoffen aber, dass uns die Organe der AG vom Gegenteil überzeugen werden. Uns ist auch sehr wichtig, der Gemeinderat hat in einer bestimmten, geeigneten Form Einsicht in die AG-Protokolle und das Jahresergebnis zu erhalten. Überhaupt sind wir der Meinung, dass eine bessere Kommunikation und Transparenz wichtig ist. Schön, dass die Stadtwerke Winterthur nun endlich solche Transparenz erlauben, wie es uns in der Mail von Marcel Epper kommuniziert wurde. Unschön in der Botschaft finden wir aber zum Beispiel auch, dass die Aufarbeitung der Geschichte auf Seite 7 erst im Februar 2015 beginnt und frühere, zu Recht kritische Fragen einfach ausgeblendet werden. Was wäre wohl passiert, wenn sich niemand so intensiv darum gekümmert hätte? Wir sind überzeugt, dass es ein sehr schlechter Lösungsbeitrag wäre, das Thema weiter hinauszuschieben. Aus obgenannten Gründen arbeitet die Zeit in diesem Geschäft wirklich gegen uns. In der Mehrheit sind wir bereits gegen die Rückweisung, die wir bereits vorhin abgelehnt haben, und damit verlieren wir auch die nötige Zeit nicht. Der ganze Mecano hätte früher starten müssen. Dem Antrag auf Seite 20 stimmen wir mit grosser Mehrheit zu. Ich hoffe und gehe davon aus, dass Sie dies auch tun werden.

Gemeinderat Heinrich Christ: Man kann es drehen und wenden, wie man möchte, es bleiben tausend oder mehr Fragen offen zu diesem Projekt, und wir können nicht mit gutem Gewissen ja sagen. Das heisst, wir müssen nein sagen, auch wenn uns das schwerfällt. Ich schaue zu den bürgerlichen Fraktionen, sie sind ja wirtschaftsnah, vertreten KMUs, die Wirtschaft, die Unternehmen. Ich frage mich, ob Sie als Unternehmer auf dieser Grundlage investieren würden. Ich habe schon vielen Kollegen von Ihrer Ratsseite persönlich auch gesagt, ich finde es gut, dass wir in den vergangenen Jahren viel Aufwand betrieben haben, dass die Budgetdebatte eine echte Budgetdebatte ist, dass wir auch bereit sind, über Kosten zu diskutieren. Im Vergleich zu heute sind sie zwar Peanuts, aber ich finde es gut und finde es auch richtig bei uns im Rat, dass wir ernsthaft über das Geld reden. Da möchte ich auch Sie alle hier im Rat an Ihre Verantwortung erinnern.

Gemeinderat Andreas Elliker: Ich will auch die linke Ratsseite in die Pflicht nehmen. Wenn es um das Energielabel geht, dann steht ihr immer vorne da, wir wollen das. Wir stehen für das. Wir sind überhaupt nicht glücklich von der rechten Seite, wie das Ganze gelaufen ist. Aber der Ferrari steht nun mal im Dreck. Und der Ferrari muss aus dem Dreck. Und für das braucht es einen Traktor und nicht ein Boot oder irgendetwas, was den Ferrari noch weiter in den Dreck zieht. Zu diesem Geschäft. Diese Botschaft wurde kritisiert, dafür habe ich auch Verständnis, aber ich kann die AFIP-Botschaft als Beispiel bringen, diese ist nicht besser und war nicht besser. Das Energielabel, die Goldmedaille ist der SVP und der EDU, unserer Fraktion egal. Wir wollen erneuerbare Energie, die bezahlbar ist. Da ist es ein Geschäft, wo wir gar keinen Einfluss haben, wie es entstanden ist. Aber ich bin überzeugt, dass unsere Kollegen auf der linken Seite vor fünf Jahren, wenn dieses Geschäft in den Gemeinderat gekommen wäre, die Ersten gewesen wären, die zugestimmt hätten, was die Geschichte überhaupt nicht entschuldigt. Aber es kommt mir schon vor, wenn man alternative Energie fördert und versucht zu fördern, dann seid ihr trotzdem nicht dafür, weil es euch nicht genügt oder sonst nicht. Ich tue mich damit schwer, denn ich bin gegen die Labels. Man kann auch so Energie polen. Die rechte Seite wurde heute genug gescholten, also muss ich euch sagen, dass ich nicht einverstanden bin, dass ihr alles zu Boden redet. Ich bin nicht glücklich mit der Situation, aber das Energielabel wollt ihr.

Gemeinderat Heinrich Christ: Ich bin immer müde um acht, aber gegen zehn werde ich wieder fit, dann dauert es noch Stunden, bis ich ins Bett muss. Ich sehe den Zusammenhang deiner Rede nicht ganz. Natürlich wollen wir das Energielabel, natürlich sind wir für erneuerbare Energien. Aber uns ist auch bewusst, wenn man in erneuerbare Energien investiert, muss man das richtig machen. Da haben wir ja genügend darüber geredet. Beim Konstrukt, das hier vorgeschlagen wurde, wissen wir eben nicht, ob es die beste Variante ist. Und wenn das beste Argument der Befürworter ist, wir müssen jetzt dringend etwas machen, dann reicht mir das nicht für 5 Mio. Franken.

Gemeinderat Philipp Geuggis, Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir haben die vorliegende Botschaft in unserer Fraktion eingehend diskutiert und sind grundsätzlich nicht sehr erfreut darüber, dass dieser Kredit überhaupt nötig ist. Allerdings sehen wir in diesem Geschäft klar zwei Baustellen. Die eine beschäftigt sich mit der Vergangenheitsbewältigung, da ist bereits die Spezialkommission an der Arbeit, um klare Richtlinien auszuarbeiten, in welchen Fällen sich der Stadtrat an einer AG beteiligen oder sie gründen darf. Wir sind der Ansicht, dass es zukünftig nicht mehr passieren darf, dass aus einer einmaligen Investition von 300'000 Franken finanzielle Verpflichtungen für die Stadt in der aktuellen Höhe generiert werden können. Bei dieser Botschaft und auch bei diesem Kredit geht es aber nicht darum, die Vergangenheit aufzuarbeiten, sondern im Gegenteil die Zukunft in geordnete Bahnen zu lenken. Daher geht es aktuell um die zweite Baustelle, nämlich die Zukunft der Wärme Frauenfeld AG. Das heisst, es geht aus unserer Sicht nicht um die Zukunft der Wärme Frauenfeld AG, sondern vielmehr um die Zukunft des Wärmerings Frauenfeld. Die Fraktion FDP unterstützt klar die Idee des Wärmerings und sieht darin eine sinnvolle und langfristig rentable Möglichkeit, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren. Mit einigem Erstaunen nehmen wir daher den massiven Widerstand gegen den Wärmering aus Teilen des Mittelinkslagers zur Kenntnis. Wie bereits erwähnt, geht es jetzt darum, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Natürlich könnte die Stadt Frauenfeld sich auf den Standpunkt stellen, dass sie das Schicksal der Wärme Frauenfeld AG nichts angeht und dass sie den Verlust des Aktienkapitals in Höhe von 300'000 Franken in Kauf nimmt. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Werkbetriebe gegenüber der Wärme Frauenfeld AG offene Forderungen in Höhe von 1,7 Mio. Franken haben und die Stadt der Wärme Frauenfeld AG aus dem städtischen Energiefonds ein rückzahlbares Darlehen im Rangrücktritt über 500'000 Franken sowie ein nicht rückzahlbares Darlehen in Höhe von 500'000 Franken gewährt hat. Damit würde sich für die Stadt bei einem Konkurs der Wärme Frauenfeld AG ein Verlust von insgesamt 3 Mio. Franken ergeben. Dazu käme, dass die Zukunft des Wärmerings unsicher wäre und nicht abschätzbar ist, ob dieser überhaupt weiter bestehen würde. Abgesehen von einem Imageschaden für die Stadt fordert nur schon der immense potenzielle finanzielle Verlust zum Handeln auf. Natürlich gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie die Lösung des Problems angegangen werden kann. Wie ihr der Botschaft entnehmen könntet, stehen grundsätzlich acht verschiedene Strategien im Raum. Der Verwaltungsrat der Wärme Frauenfeld AG hat nach einer eingehenden Analyse zwei Strategien weiterverfolgt, nämlich die Variante B, die jetzt zur Umsetzung vorgeschlagen wird, und die Variante E, wo die Wärme Frauenfeld AG aufgelöst würde, die Stadtwerke Winterthur keine Funktion mehr hätten und die Werkbetriebe Frauenfeld das ganze Unternehmen übernehmen würden. Diese beiden Varianten wie auch verschiedene andere Varianten teils in abgeänderter Form sind in der GPK Bau, Werke, Anlagen an drei intensiven Sitzungen eingehend diskutiert worden. Wie ihr den GPK-Protokollen entnehmen könnt, ist auch lange über eine sogenannte Variante E light diskutiert worden. Dabei ging es darum, die Variante E insofern abzuändern, dass die Werkbetriebe Frauenfeld eine eigene Contractingabteilung aufbauen würden. Das würde trotzdem bedingen, dass voraussichtlich 190 Stellenprozent für die Geschäftsführung, Projektvorfinanzierung und Akquise neu geschaffen werden müssten. Neben diesen Kosten kämen vor allem erhebliche Investitionen auf die Werkbetriebe Frauenfeld zu, weil neue

Wärmeanlagen finanziert werden müssten. Eine juristische Abklärung ergab zudem, dass die Werkbetriebe nicht einfach allein einen Contractor auswählen könnten, sondern gezwungen wären, dem Submissionsrecht entsprechend Aufträge auszuschreiben und zu vergeben. Das könnte dazu führen, dass plötzlich verschiedene Contractors auf dem Netz tätig wären, was den Betrieb unnötig kompliziert machen würde. Neben den erheblichen finanziellen und rechtlichen Risiken bei dieser Variante wiegt aus unserer Sicht am schwersten, dass die Stadt Winterthur komplett aus der Verantwortung entlassen würde und alle geschäftlichen Risiken allein bei den Werkbetrieben Frauenfeld liegen würden. Bei der aktuell zu diskutierenden Variante B bleibt die Wärme Frauenfeld AG als Vertragspartner für die Kunden bestehen. Die Werkbetriebe Frauenfeld übernehmen die Infrastruktur und die Stadtwerke Winterthur die Wärmezentrale. Diese Variante birgt verschiedene Vorteile. Für die Kunden ergibt sich keine Änderung, weil sie weiterhin den gleichen Vertragspartner haben. Die Werkbetriebe Frauenfeld tätigen die Nettoinvestitionen von 3,3 Mio. Franken für den Kauf der Infrastruktur. Die Stadtwerke Winterthur bleiben weiterhin auch finanziell mitverantwortlich und tragen entsprechende Risiken. Auch wenn unsere Fraktion grundsätzlich nicht begeistert darüber ist, sind wir absolut überzeugt, dass die vorgeschlagene Variante B die sinnvollste für die Stadt Frauenfeld ist. Wie bereits eingangs erwähnt, geht es im Moment nicht darum, die Vergangenheit der Wärme Frauenfeld AG aufzubereiten, sondern darum, das Fortbestehen des Wärmerings zu sichern. In Anbetracht der angespannten finanziellen Situation der Wärme Frauenfeld AG ist ein rasches Handeln unumgänglich und eine allfällige Deponierung der Bilanz und ein möglicherweise daraus resultierendes Desaster für die Kunden und die Werkbetriebe Frauenfeld sind zu verhindern. Kollege Geiges und Hausammann haben uns aufgefordert, den beantragten Kredit abzulehnen. Wir haben den Eindruck bekommen, dass es bei dieser Aufforderung einzig darum geht, die ungeliebte Aktiengesellschaft loszuwerden. Gegen das habe ich nichts einzuwenden, wenn dadurch nicht der ganze Wärmering aufs Spiel gesetzt würde. Aus unserer Sicht kann ewig darüber diskutiert werden, wie ein Weitergehen am sinnvollsten aussehen würde. Allerdings sind wir der Überzeugung, dass der Verwaltungsrat und die GPK Bau, Werke, Anlagen sich intensiv mit den Problemen auseinandergesetzt und uns den optimalsten Weg zu einer Lösung aufgezeigt haben. Aus diesem Grund hat die GPK der Botschaft mit grosser Mehrheit zugestimmt. Auf Seite 84 des Protokolls der GPK Bau, Werke, Anlagen der sechsten Sitzung vom 20. Januar 2016 ist klar festgehalten, dass der Gemeinderat der Stadt Frauenfeld zukünftig umfassenden Einblick in die Geschäfts- und Abschlussunterlagen der Wärme Frauenfeld AG erhalten wird. Ich zitiere: „Das würde also konkret heissen, dass der Verwaltungsrat der Meinung ist, der Gemeinderat, in welcher Form auch immer, soll das Einsichtsrecht in die Geschäftsberichte, Jahresabschlüsse, VR-Protokolle (entscheidwesentliche Papiere) haben. So ist dann bekannt, wie es der AG geht. Gemäss Kommissionspräsident Marcel Epper handelt es sich aber um eine Zusicherung der AG, dass die Einsicht umfassend gewährt wird. Die Spielregeln müssen noch definiert werden. Auch diese Aussage wird von Urs Manser bestätigt.“ Urs Manser ist der Verwaltungsratspräsident. „Der Verwaltungsrat steht hinter dieser Lösung.“ Damit wurde verbindlich festgehalten, dass die immer wieder bemängelte Transparenz der AG gegenüber unserem Parlament sichergestellt wird. Der Hauptkritikpunkt an der AG wird dadurch hinfällig. Dass die AG für die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Winterthur weiterhin benötigt wird, habe ich vorgängig schon erläutert. Wir befassen uns mit der Frage, ob wir die Zukunft des Wärmerings Frauenfeld sicherstellen wollen oder ein allfälliges Debakel in Kauf nehmen. Die Fraktion FDP ist überzeugt, dass der Wärmering ein ökologisch sinnvolles Projekt ist, das einen Teil zu mehr Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen beiträgt. Ob sich das Projekt finanziell gesehen positiv entwickeln wird, hängt zu grossen Teilen von der Entwicklung des Gas- und Ölpreises ab. Sollen diese ansteigen, wird der Wärmering auch finanziell rasch deutlich lukrativer. Unsere Fraktion hat ihre Entscheidung schlussendlich auf folgenden Grundlagen getroffen:

1. Der Wärmering Frauenfeld ist ökologisch sinnvoll und zukunftsweisend.

2. Es handelt sich um ein Projekt, das nur langfristig finanziell lukrativ sein kann, sodass private Investoren davon absehen würden.
3. Wenn nicht gehandelt wird, drohen der Stadt Frauenfeld immense finanzielle Verluste.
4. Mit dem vorgeschlagenen Vorgehen bleibt das unternehmerische Risiko auf Frauenfeld und die Stadtwerke Winterthur verteilt. Winterthur wird nicht aus der Verantwortung entlassen.
5. Gegenüber den Kunden der Wärme Frauenfeld AG verändert sich nichts und eine Kontinuität kann gewährleistet werden.
6. Die notwendige Transparenz der Wärme Frauenfeld AG gegenüber unserem Gemeinderat wird in Zukunft gewährleistet sein.

Die Fraktion FDP wird dem beantragten Kredit daher einstimmig zustimmen und setzt damit ein klares Zeichen für ein ökologisch nachhaltiges, zukunftsorientiertes Projekt und hofft, dass auch Kritiker über ihren Schatten springen und die Sache, nämlich den Wärmering statt das Prinzip ins Zentrum stellen werden.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Ich weise das Publikum nochmals darauf hin, dass das Filmen, Fotografieren und Aufnahmen nicht gestattet sind. Es betrifft den Herrn auf der Galerie in der Ecke. Ich schätze es nicht, wenn meine Weisungen nicht befolgt werden.

Gemeinderat Pascal Frey: Offensichtlich wurde ich bei meinem Eintretensvotum nicht richtig verstanden. Ich habe gesagt, der Wärmering ist eine gute Sache und wir unterstützen den Stadtrat dabei. Also bitte hier keine Kritik am Wärmering und auch nicht daran, dass er erstellt wurde. Und ich habe es auch gesagt, als es darum ging, den Bericht zu würdigen, auch dort haben wir gesagt, ja, wir hätten zugestimmt. Dies ist vielleicht protokolliert und das gebe ich durchaus zu, und es ist auch korrekt, dass wir diesen Wärmering unbedingt wollen. Und wir wollen ihn retten, das habe ich auch gesagt. Komisch ist einfach, wenn dann Zusatzinvestitionen auftreten im Anhang zum GPK-Protokoll der fünften Sitzung. Dort sind dann auf einmal bei der Variante E Kosten von 9,6 Mio. Franken plus zusätzliche Investitionen bis 2024 von 11,3 Mio. Franken für den gesamten Wärmering. Woher kommen diese Zahlen? Müssen wir die sowieso bezahlen? Wer muss diese bezahlen? Das sind einfach Fragen, die hier aufgeworfen werden, wo wir uns erhofft hätten, bei einer Rückweisung diese Fragen geklärt zu bekommen. Für unsere Fraktion ist es egal, ob eine Weiterführung grundsätzlich mit oder ohne AG passiert. Wichtig ist, dass die entstandenen Probleme in der AG gelöst werden können, wenn man diese weiterführt, und das mit dem Einsichtsrecht ist richtig, das wurde bereits gesagt, wäre gelöst. Wir haben uns auch überlegt, einen Antrag zu stellen für Variante E, das gesamte Netz und die Wärmeanlagen zu übernehmen, sehen aber davon ab, weil es nicht möglich ist, eine klare Zahl zu bestimmen, denn eigentlich wären es 9,6 Mio. Franken, in der GPK im Protokoll und in den Diskussionen sind auch 13 Mio. Franken und 15 Mio. Franken aufgetaucht. Was wurde da noch eingerechnet? Und es ist von da her nicht ganz einfach, dies zu machen. Ich sehe es so, wir ziehen unser Schild und unsere Rüstung an, wappnen uns und hoffen, dass es funktioniert mit diesen 5 Mio. Ich hoffe, dass wenn ich heute Abend aufstehe und ja sage zu diesen 5 Mio. Franken, wir nicht noch mehr unentdeckte Kosten oder Folgekosten, die jetzt nicht erwähnt wurden, erhalten. Sonst bitte ich den Stadtrat, diese noch zu erwähnen, damit wir wirklich alle Fakten auf dem Tisch haben.

Gemeinderat Stefan Geiges: Das hätte ich in meiner politischen Karriere nie geglaubt, dass ich mich für die linke Seite einsetzen muss. Zum Votum von Gemeinderat Geuggis muss ich schon ganz klar sagen, irgendjemand hat in der letzten Stunde nicht ganz richtig zugehört, was wir hier diskutiert haben. Keiner, weder links noch rechts hatte irgendetwas gegen den Wärmering. Keiner. Wir haben die Art und Weise nicht haben wollen, und dieses Votum ist nun mehr als daneben. Gemeinderat Marcel Epper hat seinen Job gut gemacht, das akzeptiere ich und kann ich nachvollziehen. Aber dieses Votum war nicht nötig, uns wieder hinzustellen, wir seien gegen den Wärmering. Wir haben heute weder eine Aufbereitung dieser Geschichte gemacht, noch haben wir gegen den Wärmering gesprochen. Wir wollten einzig und allein, dass unsere Idee und unser System abgeklärt wird. Da wehre ich mich vehement dagegen. Den Wärmering aufs Spiel setzen – bei Swiss Power Renewables haben 2090 ja gestimmt, 2092 haben nein gestimmt. Und wenn man schaut, damals mit 11 zu 27 im Gemeinderat knapp durchgekommen. Ich weiss nicht, wer da den Wärmering aufs Spiel setzt.

Gemeinderat Peter Hausammann: Mir geht es ähnlich wie meinem Kollegen Heiner, ich bin also auch noch nicht müde. Wir haben ja auch nachher noch Programm, habe ich gehört. Kollege Geuggis hat mindestens in einem Punkt Erfolg gehabt, drei Leute reagieren auf ihn. Das ist halt, wenn man einfach etwas erzählt, was hinten und vorne nicht stimmt. Vielleicht macht er das dann das nächste Mal nicht mehr, wenn er im Protokoll nachliest, was alles nicht stimmt, was er gesagt hat. Grundsätzlich zu Pascal Frey und Kollege Geiges: Vorgeschichte: Natürlich müssen wir ein konkretes Problem lösen. Das ist richtig. Aber das heisst eben nicht automatisch, dass die Vorgeschichte einfach ausgeblendet werden kann. Die leidige Vorgeschichte hat ja gezeigt, dass der Stadtrat eben bis jetzt nie bereit gewesen ist, Gemeinderat und Volk zeitgerecht, offen und transparent mit dem Wesentlichen von sich aus zu informieren. Wir mussten immer wieder kommen und ihm alles aus der Nase ziehen. Es wundert mich, dass sie noch keine längeren Nasen haben, so viel, wie wir da ziehen mussten. Das ist das Problem. Das Problem mit der Transparenz ist noch nicht gelöst. Oder wir haben vielleicht unterschiedliche Auffassungen über Transparenz und demokratische Kontrolle. Wenn Sie schon aus dem Protokoll zitieren, müssen Sie vielleicht alles lesen. Verwaltungsratspräsident Manser hat auch gesagt, wie weit diese Einsicht gehen soll, muss separat noch diskutiert werden. Was heisst das konkret? Einsicht via GPK? Der Verwaltungsrat kann sich beispielsweise vorstellen, ohne etwas einschränken zu wollen, dass eine Delegation das Einsichtsrecht erhält. Ja hallo, aber hallo. Eine Delegation, also drei Schnäuze können da vorbeigehen, die können das, dann bekommt man so ein kleines Büchlein, wo praktisch nichts drinsteht, man darf keine Dokumente kopieren, man darf nichts machen. Aber diese drei Schnäuze haben etwas gesehen und dann? Nochmals Art. 17 und 21 Geschäftsreglement, das ist ja geheim. Das ist doch keine Transparenz und keine demokratische Kontrolle. Das muss ich nochmals sagen, sonst haben wir Botschaften, GPKs, Debatten etc. etc. Da gehen drei oder vier Leute hin und nachher ist alles geheim. Das ist nicht das, was wir uns unter Transparenz vorstellen.

Stadtrat Ruedi Huber: Gemeinderat Peter Hausammann, jetzt weiss ich wenigstens, wieso ich einen Schnauz und eine lange, krumme Nase habe. Das habe ich mich schon lange gefragt. Es ist ganz klar, wir kommen immer wieder zur Geheimhaltungspflicht, die wir hatten. Der zweite Punkt ist die Rollenteilung zwischen Legislative und Exekutive. Wir können nicht jede Frage beantworten, wenn wir genau wissen, dann kommen wieder drei neue Fragen, die aufbrechen.

Pascal Frey, Sie haben gesagt, das habe ich nicht gewusst und das habe ich nicht gewusst. Ich bin nie an eine Parteiversammlung eingeladen worden, um Auskunft zu erteilen und es sind auch keine Mails eingegangen mit Fragen. Es kam auch kein Wunsch nach einem Gespräch. Ich denke, das wäre immer möglich gewesen. Die Gespräche mit Stefan Geiges und Peter Hausammann beweisen, dass ich offen war für ein Gespräch. Sie haben sich interessiert für das, was wir gemacht haben. Es waren aufschlussreiche Gespräche.

Ich setze mich im Moment ein für eine sogenannte grüne Vorlage und ich schaffe mir damit in meiner Partei keine neuen Freunde. Und einige Kolleginnen und Kollegen werden mich vielleicht nicht mehr ganz verstehen. Ich setze mich jedoch mit voller Kraft für den Erhalt dieses Fernwärmeprojekts ein, weil ich Kinder habe, weil ich Enkel habe. Ich habe sie zwar nicht viel gewickelt, aber mir ist es ein Anliegen, dass diese eine gute Welt mit idealen Lebensbedingungen haben. Ich denke, das ist auch Ihr Anliegen. Gute Lebensbedingungen in diesem Bereich heisst Unabhängigkeit von den unsicheren Ländern, bei denen wir unser Öl und Gas kaufen müssen. Saubere Luft, ein ausgeglichenes Klima, welches unseren Landwirten auch in Zukunft erlauben wird, genügend Nahrungsmittel zu produzieren und keine Schulden, welche wir heute nicht abgewendet haben. Der Entscheid, wie es weitergehen soll, liegt nun bei Ihnen. Sie müssen entscheiden, ob Sie beim Zurückschauen, Kritisieren und Absichern verharren wollen oder ob Sie das anstehende Liquiditätsproblem angehen und lösen wollen. Sie müssen entscheiden, ob Sie weiterhin jeden Tag den Banken über 100 bis zu 150 Franken Zinsen zahlen wollen. Es ist unser Geld, auch das von den Werkbetrieben ist unser Geld. Oder ob Sie für eine kostengünstige Lösung mit derzeit beinahe kostenlosen Krediten einstehen wollen. Es ist an Ihnen zu entscheiden, ob Sie eine gute Zukunft für uns alle und für unseren Nachwuchs wollen. Aus meiner Sicht liegen nun alle Pro- und Kontra-Argumente für einen effizienten Weiterbetrieb des Frauenfelder Fernwärmenetzes auf dem Tisch. Sie haben von uns einen ganzen "Kratten" voll Informationen erhalten und Sie haben diese Infos aufgenommen und hoffentlich auch gut verdaut. Wir von der Exekutivseite haben auch von Ihnen wertvolle Inputs erhalten, welche unser weiteres Vorgehen beeinflusst hat, und wir haben versucht, möglichst objektiv zu entscheiden.

Peter Hausammann, Stefan Geiges, dank Ihrer Beharrlichkeit – die war nicht immer angenehm – wird eine zukünftige Wärme Frauenfeld AG viel weniger Entscheidungsfreiheit haben. Dank Ihrer Beharrlichkeit werden die politischen Organe zukünftig viel mehr Einblick in die Tätigkeit dieses Fernwärmeanbieters erhalten. Und dank Ihrer Beharrlichkeit wird ein zukünftiger Weiterausbau der Basisinfrastruktur nur dann möglich sein, wenn Ihr Parlament hier drin im Rahmen des Budgets dazu ja sagt. Die Entscheidungswege werden dadurch etwas länger werden, das kann manchmal auch Risiken haben, wenn man einen guten Kunden hätte, dafür aber werden Entscheide ab jetzt dann viel breiter abgestützt sein. Eine ganz wichtige Massnahme hat der Stadtrat bereits anfangs 2015 ohne Ihren Auftrag selber umgesetzt, nämlich die Personalunion von Verwaltungsratspräsident der Wärme Frauenfeld AG, Chef der Werkbetriebe und gleichzeitig auch noch Stadtammann aufgehoben. Diese Personalunion existiert nicht mehr, die Rollen haben wir ab 1. Januar 2015 ganz klar getrennt. Aus meiner Sicht hat der Stadtrat seine Hausaufgaben vielleicht etwas spät, aber er hat sie gemacht. Er unterbreitet Ihnen nach einer gründlichen Evaluation die beste aller schlechten Lösungen, wie es geheissen hat, die beste Lösung für eine gute Zukunft des Fernwärmenetzes der Stadt Frauenfeld. Ich bitte Sie deshalb, im Namen von uns allen, von unserer Bevölkerung, der vorliegenden Kreditbotschaft mit einem grossen Mehr zuzustimmen. In diesem Sinne lege ich nun das Schicksal der Frauenfelder Abwasserfernwärmeversorgung in Ihre Hände. Ich bin gespannt auf Ihren Entscheid.

Abstimmung

Der Antrag auf Seite 20 der Botschaft des Stadtrats wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Gemeinderat Ernst Rüsi war im Ausstand.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Der Beschluss untersteht dem obligatorischen Referendum der Stimmberechtigten.

Somit haben wir die heute reich befrachtete Traktandenliste durchberaten. Die Sitzung hat uns gefordert, aber sicher auch gefördert. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, den 20. April um 18 Uhr statt.

Stadtpräsident Anders Stokholm: Wir hatten auf nach dieser Sitzung eine Zusammenkunft geplant und hatten dort auch etwas zu essen bestellt. Angesichts der fortgeschrittenen Stunde verzichten wir auf die Zusammenkunft, aber das Essen überlassen wir gern allen, die hier sind. Die Platten stehen draussen, bitte bedienen Sie sich und einen schönen Abend.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Ich danke für Ihr Engagement und Ihre Diskussionen.

Besten Dank für Ihr Engagement, die interessanten Diskussionen und dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung. Besten Dank der Stadtgärtnerei für den "blumigen Rahmen". Herzlichen Dank auch Beat Dürger und seinem Team für die Unterstützung.

Die Gemeinderatssitzung ist beendet. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

- - -

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr

* * *

